

Die Zerstörung der Weltwirtschaft



8

80

41395

1922 * Zentralverlag * GmbH * Berl:

AUER & CO.
HAMBURG
Fehlandstr. 11

St. Rammereck

Die
Zerstörung der Weltwirtschaft

Einzeldarstellungen über die Wirtschafts-
lage der wichtigsten Länder

Herausgegeben von der
Reichszentrale für Heimatdienst
unter Mitwirkung von
Paul Brandt
Chefredakteur der „Weltwirtschafts-Zeitung“



J 3 13 F
Bestandsbuch Seite _____ Nr. _____

März 1922

Zentralverlag G. m. b. H., Berlin

38/80/44395 (6)

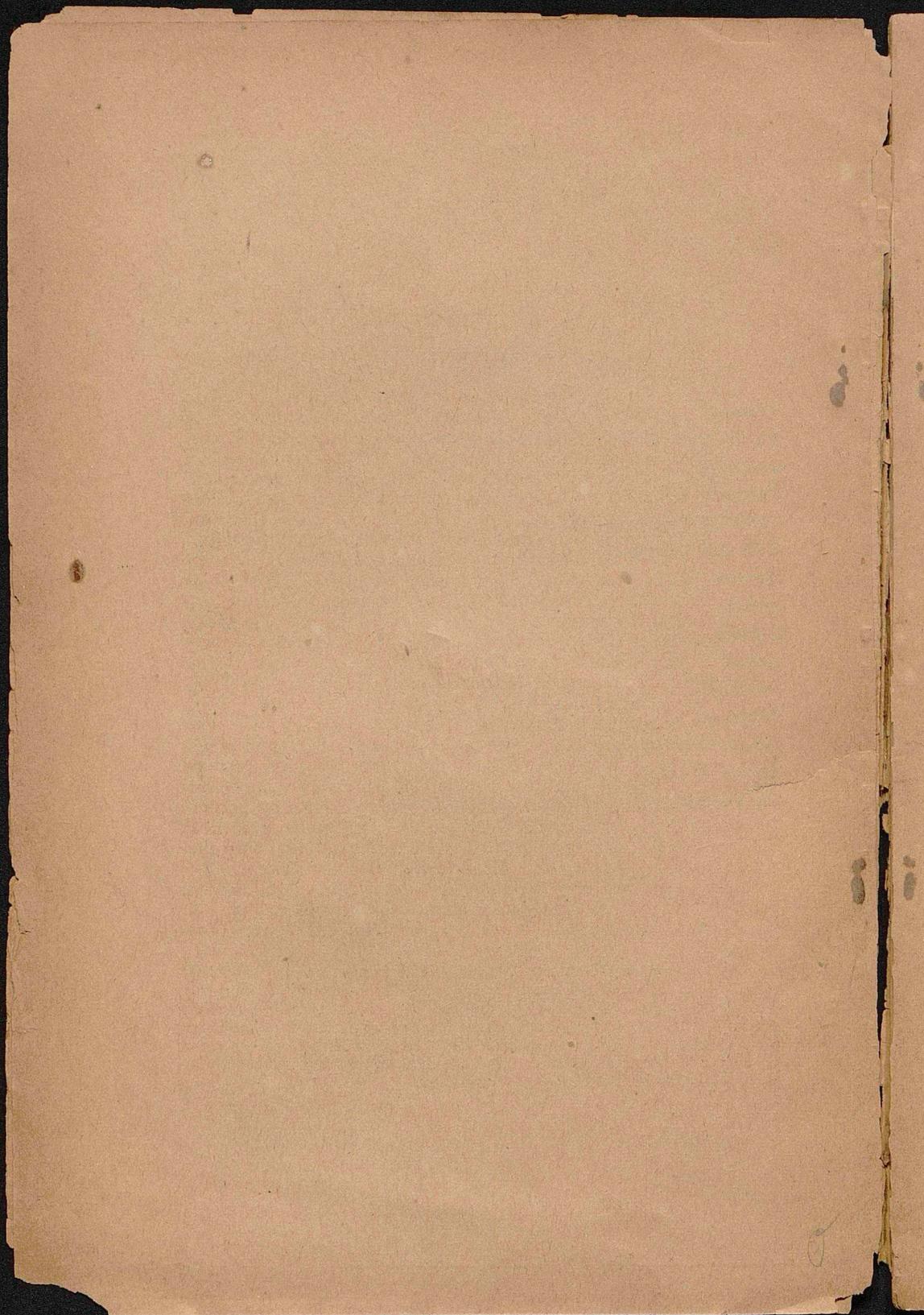
Fh

Masterfiche
vorhanden



Inhalt.

	Seite
Vorwort	5
Die Blütezeit der Weltwirtschaft und ihr Verfall	7
Frankreich	11
England	24
Vereinigte Staaten von Amerika	31
Süd- und Mittelamerika	36
Spanien	42
Italien	47
Schweiz	51
Holland	56
Dänemark	60
Norwegen	64
Tschecho-Slowakei	68
Japan	72
Die Ursachen der Zerrüttung der Weltwirtschaft	77



Vorwort.

Es wird hier der Versuch unternommen, in kurzen Zügen und in allgemeiner verständlicher Darstellung die Wirtschaftslage der für den Welthandel hauptsächlich in Betracht kommenden Länder zu schildern. In welcher Verfassung sich die Weltwirtschaft vor dem Kriege befunden hat, und welche Entwicklungslinien seit Kriegsende in den wichtigsten Volkswirtschaften erkennbar sind, soll hier aufgezeigt werden. Nicht durch die Mittel erschöpfender wissenschaftlich-methodischer Darstellung, auch nicht in breit ausmalender Art — das verbietet schon der zur Verfügung stehende beschränkte Raum —, sondern in knappen, das Wesentliche und Charakteristische der internationalen Wirtschaftsgestaltung aufhellenden Streiflichtern. Wenn es gelingt, die Kenntnis von der Wirtschaftslage der einzelnen Länder, die Einsicht in ihre ehemals innige wechselseitige Verknüpfung und in die Ursachen des weltwirtschaftlichen Abstiegs in weite Kreise hinauszutragen, so ist einer der Hauptzwecke dieser Arbeit erfüllt. Haben doch der furchtbarste aller Kriege und die auf ihn folgenden Friedensverträge nicht nur das Wirtschaftsleben Deutschlands, sondern das Gebäude der ganzen Weltwirtschaft in seinen Grundfesten erschüttert. Aufgabe der vorliegenden Einzeldarstellungen ist es, an Hand objektiver statistischer Unterlagen und Nachweise die Wirtschaftslage in den einzelnen Ländern zu schildern, und zwar glaubten die Herausgeber sich hierbei auf die Siegerstaaten und die ehemals neutralen Länder beschränken zu sollen, die — ebenso wie Deutschland — früher ein blühendes Wirtschaftsleben hatten und heute vielfach die gleichen Zerfallserscheinungen aufweisen wie die besiegten Staaten Europas.*)

Aufgebaut sind diese Darstellungen auf sachlichen Unterlagen, die zum Teil aus den einzelnen Ländern selbst herrühren, zum Teil auf Material zurückgehen, das von berufener Seite den Heraus-

*) Auf die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden (es sei hier auf die von der Reichszentrale für Heimatdienst soeben herausgegebene sehr aufschlussreiche Schrift „Die deutsche Wirtschaft vor Genua“ verwiesen); und ebensowenig kann Rußland in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden: es stellt ein isoliertes Problem dar, dessen besondere Bedingungen eine Behandlung im gestellten Rahmen ausschließen.

gebern zugeleitet wurde. Es ist daher das Bedürfnis erklärlich, auch an dieser Stelle allen denen, die ihre Mitarbeit zur Verfügung gestellt haben, insbesondere dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel, dem Internationalen Arbeitsamt in Genf (Zweigstelle Berlin), dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv sowie den Deutsch-Ausländischen Wirtschaftsvereinen, die ihre Sachkenntnis und ihre Materialsammlungen in den Dienst der Sache gestellt haben, z. B. dem Deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverband, dem Deutschen Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika, dem Deutsch-französischen Wirtschaftsverein und der deutsch-tschechoslowakischen Abteilung des Deutsch-Österreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes, den aufrichtigen Dank auszusprechen. Die reichen Erfahrungen aller dieser Stellen, die mit Rücksicht auf die gebotene Raumbeschränkung leider nur zum Teil verwertet werden konnten, haben zum Zustandekommen der kleinen Schrift erheblich beigetragen.

Berlin, Ende März 1922.

Die Blütezeit der Weltwirtschaft und ihr Verfall.

Ein Blick in das Leben der Weltwirtschaft vor dem Kriege weckt Gefühle wie ein Blick ins Traum- oder Wunschland.

Ein Höhepunkt weltwirtschaftlicher Entwicklung war erreicht, von dem man heute noch nicht sieht, wie er wieder erreicht werden kann, von dem man nicht weiß, ob er jemals wieder erreicht werden wird. Und kaum verständlich erscheint es dem Menschen von heute, wie auch die reiche Welt von damals empfunden werden konnte als beherrscht von wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen, nicht nur theoretischen, sondern auch praktischen und tatsächlichen. Genaueres Zusehen freilich ergibt, daß gerade in diesen mannigfachen Reibungen, unter denen die Blütezeit der Weltwirtschaft zu leiden hatte, sich Keime finden zu den furchtbaren kriegerischen Verwickelungen, die das Gebäude der Weltwirtschaft dann zerstörten. Aber wenn auch heute der Wunsch noch so lebendig sein mag, den Wiederaufbau der Welt nach gesünderen Grundsätzen auszuführen, als denen, die bis 1914 herrschten: weder ist die Gestaltung dieser neuen Idee bis jetzt gelungen, noch ist der Staatsmann sichtbar geworden, der sie in die Wirklichkeit zu übertragen vermöchte.

Andererseits steht nun aber doch fest: Bestimmte weltwirtschaftliche Entwicklungstendenzen, die vor 1914 sich durchsetzten, brachten nicht nur vorübergehenden Gewinn, sondern sind für alle Zeiten ein unverlierbarer Maßstab geworden, nach dem sich jede weltwirtschaftliche Neubildung zu orientieren haben wird.

Die ganze Wirtschaftsepoch, die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nimmt und im Jahre 1914 endet, bedeutet in der Weltgeschichte eine Periode zunehmenden internationalen Reichtums, die auch die kühnsten Erwartungen übertraf. Es gelang nicht nur, die Bevölkerung Europas um ungezählte Millionen zu vermehren und sie besser zu ernähren, zu bekleiden, zu behausen und zu erziehen als je zuvor. Es entstanden auch jenseits des Atlantischen und Stillen Ozeans neue gewaltige Wirtschafts- und Staatenmächte. Die Entfernungen, Raum und Zeit wurden überwunden; Sicherheit für Personen und Güter war beinahe im ganzen Erdenskreis gewährleistet.

Worauf baute sich diese Entwicklung auf? Zunächst auf niemals vorher erlebter Einschaltung geistiger Arbeit in den Produktions- und Verkehrsprozeß der Wirtschaft. Das Zeitalter der Entdeckungen verblaßt hinter dem Zeitalter der Erfindungen. Würde die Welt heute noch einmal durch eine Erfindung bereichert werden, wie sie die Erfindung der Dampfmaschine, des mechanischen Webstuhls oder der Bau der ersten Eisenbahn war, würden die augenblicklichen Produktionsmöglichkeiten noch einmal jene vielfache Steigerung erfahren, die sie im Laufe des 19. Jahrhunderts erfuhren — die Welt könnte wie ein Phönix verjüngt der Asche entsteigen. Aber so gewaltig die Probleme sind, um die die moderne Physik und Chemie ringen, so ungeahnte Aufschlüsse sie uns in theoretischer Hinsicht gewähren: die praktischen Erfolge sind bis heute noch Versprechungen geblieben. Und gerade die zunehmende Verarmung der Welt, die Unsicherheit aller Faktoren im Wirtschafts- und Erzeugungsprozeß, die ungeheuren Ansprüche, die heute an den Wagemut des Unternehmers gestellt werden, behindern ebensosehr die wissenschaftliche Erschließung wie die praktische Durchprobung technischer Neuerungen. Gerade die moderne Technik braucht Ruhe, Sicherheit und eine gewisse Stabilität der Verhältnisse, um gedeihen zu können.

Neben diesen Errungenschaften der technischen Wissenschaft und Praxis verblaffen alle andern Sterne, die über der Wirtschaft des 19. Jahrhunderts leuchteten. Aber gerade diese kleinen Sterne, sie sind die Richtpunkte, nach denen die Weltwirtschaft heute gesteuert werden muß! Schwierig freilich ist das Einhalten dieses Kurses, weil gemeinsamer, zielstrebigere Wille nicht nur Einzelner, sondern von Staaten dazu vornehmlich ist — indes Europa heute noch unfähig erscheint, einen gemeinsamen Willen zu erzeugen.

Der eine Leitstern der weltwirtschaftlichen Entwicklung vor dem Kriege war das Bestreben nach immer gesteigerter weltwirtschaftlicher Arbeitsteilung, der andere der nach gesteigerter Stabilität wirtschaftlicher Verhältnisse. Diese weltwirtschaftliche Arbeitsteilung war ermöglicht durch die Überwindung von Zeit und Raum, durch die moderne Technik. Bestimmte die Vervollkommnung der Maschinen, der Apparate und der Kultivierung des Bodens das Wie der Produktion, die Art des Produktionsprozesses an sich, so gestattete die Überwindung von Zeit und Raum durch die Technik in den einzelnen Ländern und innerhalb des einzelnen Landes wiederum an den einzelnen Orten jeweils das zu produzieren, was am besten, besser als an irgend welchen anderen Punkten der Erde, produzierbar war. So entwickelte sich in Deutschland eine Industrie, die in den innigsten Austauschbeziehungen zu den ganzen Gebieten des europäischen Ostens stand, dem es seine Rohstoffe abnahm, um ihm Fabrikate dafür zu geben. Aus den

Vereinigten Staaten und Südamerika gingen die gewaltigen Transporte von Rohstoffen an den englischen Markt, um von dort aus teils verhandelt und verladen, teils veredelt ihren Zug in die ganze Welt anzutreten. Die Industrie der einzelnen Länder selber spezialisierte sich nach denjenigen Bedingungen, die ihnen die günstigsten zur Erreichung eines bestimmten Produktionszieles waren. Und wenn ein Land auch noch so spezialisiert in gewissen Industriezweigen war, ja wenn es ihm an Industrien überhaupt fehlte und nur landwirtschaftliche Erzeugung von ihm betrieben wurde: es mußte zu keiner Zeit etwas von dem entbehren, was irgendwo sonst in der Welt produziert wurde, denn Eisenbahn und Schifffahrt führten ihm aus den nächsten Stapelplätzen jeden Bedarfsartikel in nahezu unbegrenzter Menge zu.

Aber auch die Stabilität der Wirtschaft hatte durch dieses System der Arbeitsteilung eine gewaltige Förderung erfahren. Eine Industrie war jetzt nicht mehr auf ein Absatzgebiet angewiesen, sondern sie hatte ihrer so viele, als es auf dem Erdenkreis überhaupt gab. Versagte das eine, so wandte sich der Export einem andern zu. Konnten so auch Störungen nicht vermieden werden, so waren sie doch unvergleichlich harmloser, als sie gewesen wären, wenn mit dem Verlust eines Absatzgebietes der ganze Absatz dieser Industrie verloren und die Industrie dann zur Schließung der Betriebe gezwungen worden wäre. Und ebenso wurde Beständigkeit erreicht in der Versorgung der Welt aus den Welkernten. Nicht mehr waren die Länder angewiesen auf den Ausfall der Ernte ihres oder eines benachbarten Landes; sondern die Ernte der ganzen Welt wurde in Bewegung gesetzt, um da abzuhelpfen, wo Mangel war. Und versagte die Ernte des einen Landes, so mochte die eines anderen um so besser ausgefallen sein. Dem Emporschnellen der Preise wurde auf diese Weise ein Halt geboten, eine Krise wurde vermieden. Freilich, wir wissen: auch diese Grundtendenz der internationalen Entwicklung hatte Widerstände zu überwinden. Schutzöllnerische Bestrebungen wurden überall vertreten; nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet: nur selten zu Recht, meistens zu Unrecht. Aber auch dort, wo sie sich durchsetzten, haben sie doch niemals eine Form angenommen, durch die der Ablauf der weltwirtschaftlichen Entwicklung wirklich in Frage gestellt oder in wesentlich andere Richtung gedrängt worden wäre. Und in einem Punkte herrschte eine absolute, die Welt verbindende Abereinstimmung: an der Verbesserung des Geldwesens, an der Regulierung des internationalen Zahlungsverkehrs arbeiteten die besten Köpfe einträchtig zusammen. Auch hier gab es noch Störungen: die Länder der Silberwährung brachten manche Unruhe, manche Sprunghaftigkeit in die Kurve der wirtschaftlichen Entwicklung. Noch schien die Beherrschung des Kapitals und Geldmarktes auch

den industriellen Expansionsbewegungen allzuwenig gewachsen zu sein. Aber ein gewaltiger Fortschritt war erst kurz vor dem Weltkrieg erreicht, als die Vereinigten Staaten das Bundes-Reserve-Banksystem eingerichtet hatten, belehrt durch die furchtbare Wirkung der Geldkrise von 1907. Gewiß: es gab noch Krisen, aber deutlich war erkennbar, daß ihre Wucht nicht zu-, sondern abnahm, und schon schienen sich Möglichkeiten anzubahnen, um ihr Gewicht wie die Häufigkeit ihres Eintretens erheblich zu vermindern.

Da kam der Krieg.

Der Krieg war die vollkommenste Aufhebung aller Faktoren, die die Wirtschaft der Welt bis dahin bestimmt hatten. Die Technik wandte sich nicht mehr dem wirtschaftlichen Fortschritt, sondern der Vernichtung zu, und sie besorgte diese Aufgabe so vollkommen, wie sie jemals eine frühere erfüllt hatte. Die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung wurde mit einem Male aufgehoben; die Stabilität aller wirtschaftlichen Verhältnisse, die Kontinuität aller wirtschaftlichen Beziehungen war unterbrochen.

Heben wir kurz die entscheidenden Eingriffe des Krieges in die Weltwirtschaft hervor, Eingriffe, die in ihren Rückwirkungen bis heute erkennbar sind und im weiteren Verlauf der Geschäfte zur Zerrüttung der weltwirtschaftlichen Beziehungen führten:

1. Es entstand eine allgemeine Umstellung der Wirtschaft in den feindlichen und neutralen Ländern auf Kriegsbedarf. Die Wirtschaft der Welt wurde auf Erzeugung und Ermöglichung unwirtschaftlicher Handlungen eingerichtet. Damit ging der Prozeß allgemeiner Verarmung an.

2. Am den Bedarf der Welt teils an unwirtschaftlichen Kriegsgütern, teils an Wirtschaftsgütern, die infolge der allgemeinen Umstellung auf Kriegsproduktion nicht befriedigt werden konnten, zu decken, sprangen neue Industrien in die Höhe. Ob sie sich auf die Dauer halten konnten, oder ob sie nur vorübergehend zur Deckung eines Notbedarfs dienten, darüber konnte erst die Zukunft nach dem Kriege entscheiden. Diese Neugründungstätigkeit wurde neben der tatsächlichen während des Krieges bestehenden Nachfrage durch spekulative Übertreibungen gefördert.

3. Der Bedarf des Krieges mit seinen Bestellungen à tout prix entzündete in der ganzen Welt ein Spekulationsfieber, das auch die Schätzung des Bedarfs der Welt, die man nach Abschluß des Krieges erwartete, phantastisch übersteigerte. Die ersten Jahre nach dem Krieg standen unter dem Druck dieser Spekulation, der jetzt langsam zu weichen beginnt.

4. Entscheidend tritt zu alledem hinzu, daß das Zentrum Mitteleuropas, Deutschland und Rußland, aus dem Kriege und den Bedingungen des Versailler Friedens sowie den staatlichen Umwälzungen so geschwächt hervorging, daß diese Länder nur einen Bruchteil dessen am Weltmarkte einzukaufen imstande sind, was sie früher zu kaufen in der Lage waren. Das bedeutet Ab-

saßkrise schärfster Art für die gesamte Weltwirtschaft. Mit Deutschlands und Rußlands Ausfall sind aber auch die anderen mittel- und osteuropäischen Staaten aufs allerschwerste getroffen. Um so mehr, als die Verkehrs-, Zoll- und Paßverhältnisse dort sehr im Argen liegen und Produktions- wie Absatzmöglichkeiten erschweren.

5. Aus allen diesen Gründen setzt eine beispiellose Unsicherheit des Wirtschaftslebens ein, im Gegensatz zur früheren Stabilität, weil das ganze Währungssystem in die Luft fliegt und anstelle der Gold- die Papierwährung tritt. Auch der Silbermarkt kommt ins Wanken und erschwert den Verkehr nach Ostasien, indes Unruhen in China und Indien ein übriges tun, um auch den Absatz in diesen bedeutenden Gebieten zu erschweren. Die letzten Ausstrahlungen der Bewegung am Silbermarkt wie am Valutamarkt werden fühlbar auch in der Umformung, der der lateinische Münzbund unterzogen werden mußte. — —

In den folgenden Blättern soll dargelegt werden, wie auf die Wirtschaft der wichtigsten Staaten der Krieg gewirkt hat, und wie jene Nachkriegsjahre, die keine Friedensjahre waren, sondern unter dem Druck eines nach dem Kampf der Waffen ungemindert schaf einsetzenden Krieges der Wirtschaft standen, das Werk der Zerstörung fortführen. Ein Wirtschaftskampf, der vornehmlich geführt wird, weil einzelne Länder sich von andern die Kosten des Krieges bezahlen lassen wollen, und dies in einem Ausmaß, das gegen alle wirtschaftliche Vernunft erzwungen, nicht aber durch wirtschaftliche Überlegung gerechtfertigt werden kann.

Frankreich.

Frankreich, vor dem Krieg die Gläubigernation, der Bankier der Welt, der fremden Staaten etwa 60 Milliarden Fr. zur Verfügung stellen konnte, steht mehr als drei Jahre nach dem Kriege, aus dem es als Sieger hervorgegangen ist, nachdem der Versailler Vertrag ihm die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung in Kontinentaleuropa verschafft und seinen Hauptkonkurrenten dem wirtschaftlichen und finanziellen Chaos preisgegeben hat, selbst vor den größten finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Seine Schuldner von ehemals sind bankrott — Rußland, Polen. Seine Forderungen an sie werden vorläufig nur „pour mémoire“ geführt. Der Krieg hat Frankreich nahezu 300 Milliarden Fr. gekostet, Lasten, die, wie in manchen andern Ländern, durch die Steuerpolitik kaum gemildert werden konnten; der „Frieden“ verschlingt auch keine geringen Summen. Aus dem Krieg ging Frankreich schwer mit Schulden beladen hervor: 35 525 Millionen Fr. zu *pari* gerechnet allein die äußere Schuld.

Die Achse des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Systems des französischen Staates ist seine Finanzlage, sein Budget. Am 1. Oktober 1921 betrug die innere Schuld Frankreichs in Millionen Fr.:

101 805	ewige Schuld
42 530	befristete Schuld
93 534	schwebende Schuld
237 867	

und die äußere Schuld

6 105	kommerziell	}	zu pari gerechnet
29 420	politisch		
35 525			

Die Gesamtschuld Frankreichs betrug also 273 392 Millionen Frank; berechnet man aber die äußere Schuld nach dem ungefähren Kursstand des Frank mit etwa 90 Milliarden Fr., so kommt man auf die stattliche Summe von 327 867 Millionen Fr. Gesamtschulden des Staates.

Die äußere Schuld wächst zudem jährlich automatisch durch Hinzurechnung der vorläufig gestundeten Zinsen um etwa 2 Milliarden Fr.

Vor dem Krieg kamen 849 Fr., jetzt fallen 5 773 Fr. Staatsschuld auf den Kopf der Bevölkerung.

Im Vordergrund der Beratungen für das Budget von 1922 stand die Frage der Ausbalanzierung des Budgets. Im Herbst 1921 unterbreitete der damalige Finanzminister Doumer der Kammer seine Budgetpläne. Die enorm hohe Staatsschuld bildet eine drückende Last. Es sollte deshalb auf jeden Fall der Versuch gemacht werden, sie zu amortisieren. Doumers Richtlinien waren: Bruch mit der bisherigen Anleihepolitik, die ein Hindernis für den finanziellen und wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bildete, Deckung aller Ausgaben durch ordentliche Einnahmen, Aufhebung der Spezialkonten, Herstellung eines einheitlichen „allgemeinen“ Budgets, Einführung des sogenannten „recouvrables Budgets“, in dem als Einnahmen die Zahlungen des Schuldners — Deutschlands — und die Diskontierung seiner durch Garantien und Pfänder gesicherten Verpflichtungen fungieren sollten.

Doumer wollte die Einnahmen nicht durch Erhebung neuer Steuern, um den Erfolg der im Juni 1920 geschaffenen Steuer Gesetze nicht zu kompromittieren, und auch nicht durch Erhöhung der allgemeinen Einkommensteuer erhöhen. Er und später auch die Redner der Mehrheit in der Kammer erklärten Vermögensabgabe, Vermögenssteuer, Zwangsanleihe für ungerecht. In diesem Zusammenhang wird eine aus englischer Quelle stammende Tabelle von Interesse sein, die zeigt, wie gering in Frankreich das Einkommen im Vergleich zu England und Deutschland mit Steuern

belastet ist. Es ist hierbei auf Grund der Großhandelsindexziffern vom September 1921 1 Frank = 5 Mark, 1 £ = 220 Mark gesetzt. Die prozentuale Besteuerung des Einkommens beträgt demnach (auf den neuesten Stand gebracht):

Jahreseinkommen	Frankr.	Engl.	Deutschl.
Junggeselle über 30 Jahre			
20 000 M. = 4000 Fr. = 90 £	3,25	0,0	8,8
Mann mit Frau, 2 Kinder			
50 000 M. = 10 000 Fr. = 225 £	1,55	0,0	6,52
Mann, Frau, 4 Kinder			
100 000 M. = 20 000 Fr. = 450 £	3,0	2,1	14,06
Mann, Frau, 2 Kinder			
250 000 M. = 50 000 Fr. = 1125 £	7,8	16,32	25,20
Junggeselle			
1 Mill. M. = 20 000 Fr. = 4500 £	26,8	34,74	44,05
Junggeselle			
10 Mill. M. = 2 Mill. Fr. = 45 000 £	59,75	54,75	61,11

Der Finanzminister hoffte, aus einer Verdoppelung der Umsatzsteuer 5,6 Milliarden Fr. zu erhalten. Mit dieser Steuer, aus der man ursprünglich 5 Milliarden Fr. zu ziehen gehofft hatte, hatte man gleich in den ersten Monaten, da sie teilweise offen sabotiert wurde, schwere Enttäuschungen erlebt, und man hatte später deshalb nur noch den Ertrag von 2,9 Milliarden angefehlt, der auch nicht einmal erreicht wurde. Die Kammerkommission bot in diesem Punkt auch von vornherein geschlossenen Widerstand; weil die Umsatzsteuer ihrer Meinung nach bei der wirtschaftlichen und industriellen Krisis die Industrie zu schwer belastete und die Ausfuhr hemmte, und lehnte schließlich die Erhöhung dieser Steuer, die sich als eine der unpopulärsten erwiesen hatte, ab, dabei offensichtlich durch die Volksstimmung geleitet.

Ein Blick auf die Hauptposten der Ausgabenseite des Budgets zeigt, daß es gar nicht so einfach ist, von den etwa 10½ Milliarden, die zur Deckung der laufenden Verwaltungskosten zur Verfügung stehen, noch zu streichen:

Heer und Marine	5,0
Beamtengehälter	3,5
Monopolverwaltung	0,5
für soziale Zwecke	0,5
Subventionen an öffentliche und private Verbände . . .	1,5
Zinsendienst	12,5

Im Brennpunkt der Budgetdebatte standen die Ausgaben für Heer und Marine. Sie machen 42% der gesamten Ausgaben für Verwaltungszwecke aus, allerdings für eine Heeresstärke von 769 000 Mann. Auch hier verlangte die Linke Abbau — ohne Erfolg. Weiter forderte man Herabsetzung der Beamtenschaft: Aufhebung von 92 000 Beamtenstellen. Der Ab-

geordnete Bonnet gab kürzlich als Zahl der vom Staate ganz oder teilweise bezahlten Beamten 814 056 an. Dazu kommen noch die Beamten der Departements, Gemeinden, Kolonien, Protektoratsländer usw. Diese beliefen sich 1913 schon auf 410 403. Die Gesamtzahl der Beamten ist also von 1 076 792 1913 auf 1 224 459 ohne die in der Zwischenzeit hinzugekommenen Beamten der Gemeinden, Departements, Kolonien usw. am 1. 1. 22 gestiegen bei einer Bevölkerungsabnahme von 2 196 663 seit 1911. Diese Verluste treffen vor allem die erwachsene, gesunde und produktive Bevölkerung, vornehmlich des Landes. Abgesehen von den hohen Ausgaben, die sie dem Staat verursachen, werden diese Beamten Landwirtschaft, Handel und Industrie entzogen. Die Teuerungszulage für die Beamten, die Doumer vom 31. 12. 21 ab fallen lassen wollte, ließ die Finanzkommission weiterbestehen. Dadurch wurde das Defizit um weitere 740 Mill. Fr. erhöht.

Das ganze Budget ist auf pünktliche Erfüllung der deutschen Verpflichtungen abgestellt, ohne daß man bisher den ernstlichen Versuch gemacht hätte, die eigenen unproduktiven Ausgaben (Armee, Besatzungskosten usw.) einzuschränken und auf der andern Seite die Deutschland auferlegten Verpflichtungen seiner tatsächlichen Leistungsfähigkeit anzupassen. In dem allgemeinen Budget sind die „auf Grund des Friedensvertrages wieder zu erstattenden Ausgaben“, z. B. für Wiederaufbau, Hinterbliebenen- und Kriegerspensionen noch gar nicht berücksichtigt. Diese erscheinen im „recouvrables Budget“. Dieses baut sich nicht auf Wirklichkeiten, sondern auf ungewissen Schätzungen auf, so daß auch die Deckung dieses Nebenbudgets äußerst problematisch erscheint. Es wurden 7158 Millionen Fr. Kredite gefordert, die folgendermaßen gedeckt werden sollten:

- 4½ Milliarden französischer Anteil aus der 1922 fälligen Jahresleistung Deutschlands,
- 2½ „ „ Ertrag aus dem Verlauf der an Deutschland übergebenen Obligationen.

Das Budget ist nur durch Anleihen gedeckt, die Deutschland allein abdecken soll. Einen andern Ausweg als den Rückgriff auf Anleihen hat man nicht gefunden. Die Finanzkreise standen von vornherein diesen Plänen sehr skeptisch, zum Teil schroff abweisend gegenüber; denn die Rückwirkung der wirtschaftlichen Krisis auf die 26% Ausfuhrabgabe konnte nicht ausbleiben, die Frage der Regelung der Besatzungskosten, belgische Priorität, Wechselkurs, Sachleistungen waren unberechenbare Faktoren, und schon nach dem Londoner Zahlungsplan wurden nur 61% der nach dem Versailler Vertrag Frankreich zustehenden Entschädigungsforderungen gedeckt. Die Fiktion dieses Sonderbudgets kann nur aufrecht erhalten werden, wenn die Vertreibung der französischen Forderungen sich rigoros durchführen ließe.

Die starke Verschuldung des französischen Staates an das Ausland, zu der noch die sicherlich nicht unbeträchtliche privater Unternehmungen kommt — es mag nur z. B. an die in letzter Zeit viel beklagte Überfremdung der Banken erinnert werden —, deutet schon darauf hin, daß die Zahlungsbilanz Frankreichs passiv ist. Die Handelsbilanz bietet kein Gegengewicht dagegen. Freilich, passiv war sie schon vor dem Kriege gewesen: im letzten Friedensjahr um reichlich $1\frac{1}{2}$ Milliarden Fr. Damals konnte aber Frankreich dies ertragen.

Es betrug in Millionen Franken:

Einfuhr	1913	1915	1917	1919	1920	1921
Lebensmittel	1817	3315	6895	10704	11875	6206
Rohstoffe	4946	4653	11876	14753	25156	12398
Fertigfabrikate	1653	3068	8692	10342	12873	4944
Zusammen	8421	11036	27553	35799	49904	23548
Ausfuhr						
Lebensmittel	893	649	499	1190	2612	1932
Rohstoffe	1858	767	1095	2444	6114	5559
Fertigfabrikate	3617	341	4082	7388	16962	12809
Postpatete	566	180	336	857	1206	1253
Zusammen	6880	1937	6012	11879	26894	21553

Die Handelsbilanz ist

passiv um — 1541 — 9099 — 21541 — 23920 — 23010 — 1995

Nach langer Zeit wurde die Handelsbilanz im Anfang 1921 aktiv und ist es auch in einigen Monaten geblieben. Das Gesamtergebnis für 1921 war aber trotzdem noch passiv. Für den Januar 1922 ist sie auch wieder um knapp 2 Millionen aktiv. Aber um welchen Preis ist das erreicht!

Die Bilanz der ein- und ausgeführten Mengen verschafft einen Einblick:

Einfuhr	in 1000 Tonnen			
	1913	1919	1920	1921
Lebensmittel	5 512	6 981	6 195	4 066
Rohstoffe	37 161	29 638	41 871	32 448
Fabrikate	1 543	1 828	2 465	1 458
Zusammen	44 221	38 447	50 531	37 972
Ausfuhr				
Lebensmittel	1 457	530	1 258	1 227
Rohstoffe	18 299	4 156	9 709	12 858
Fabrikate	2 283	861	1 865	1 891
Postpatete	35	17	23	25
Zusammen	22 074	5 564	12 855	16 001
Gesamtmenge d. Außenhand.	66 295	44 011	63 386	53 973

Die Übersicht zeigt zunächst einmal den durch den Krieg zu erklärenden Rückgang der Ausfuhr und das gleichzeitige starke An-

schwellen der Einfuhr. Nach dem Krieg folgte eine Art Konjunktur. Gegen Ende 1919 begannen die ersten Zeichen der Weltwirtschaftskrisis sich bemerkbar zu machen. Mitte 1920 hatte die Wirtschaftskrisis auch Frankreich in vollem Maße erfaßt. Noch heute hat Frankreich sich nicht von ihr erholt. Der Rückgang der Gesamtmenge des Außenhandels von 66 Millionen Tonnen 1913 auf 54 Millionen Tonnen 1921 spricht eine deutliche Sprache.

Das Bestreben der leitenden Männer in Frankreich ging in den letzten Jahren in erster Linie dahin, die Handelsbilanz wirksam aktiv zu gestalten. Daß man dies Ziel gerade knapp erreicht hat, zeigen die Zahlen. Aber sie zeigen auch, daß diese Art von Aktivität sicherlich kein Zeichen für den Aufstieg des Wirtschaftslebens oder eine überaus günstige Entwicklung des Außenhandels ist. Eine derartig zusammengeschrumpfte Gesamtbilanz ist nur das Symptom einer starken Wirtschaftskrisis. Freilich, eine günstige Seite hat die Bilanz. Die 1921 eingeführten Lebensmittelmengen sind sogar unter denen von 1913 geblieben, die 1921 ausgeführten haben die von 1913 beinahe erreicht. Dies kann nicht wundernehmen; denn Frankreich ist in erster Linie Ackerbaustaat — vor dem Krieg konnte es seinen Bedarf an Lebensmitteln annähernd decken — und erst in zweiter Linie Industriestaat, und wie die folgende Übersicht zeigt, hatte 1921 seine Ernte den Vorkriegsstand bald erreicht.

	Ernte in 1000 dz				
	Weizen	Mengkorn	Roggen	Gerste	Hafer
1913 . . .	86 919	1 491	12 715	10 437	51 826
1921 . . .	87 844	1 461	11 302	8 231	35 592

Auch der Viehbestand ist annähernd auf Vorkriegeshöhe gekommen.

	Rindvieh	Pferde	Maultiere	Schweine
1913	14 787 710	3 222 080	188 280	7 035 850
1920	13 217 340	2 635 350	180 600	4 941 960

Die industrielle Krisis kommt vor allem dadurch zum Ausdruck, daß von Mitte 1920 an die Einfuhr von Rohstoffen und die Ausfuhr von Fertigfabrikaten zurückging. Die Bilanz wurde 1921 nur durch Einschränkung der Käufe im Ausland aktiv (Rohstoffe um über die Hälfte!).

Als Motto für die nach dem Kriege befolgte Wirtschaftspolitik galt das Wort Millerands: „Produisons plus, consommons moins“. Herabminderung der Einfuhr durch Sparsamkeit im Verbrauch, Hebung der Produktion, und zwar der landwirtschaftlichen, um die Einfuhr herabzudrücken, der industriellen, um Exportstaat großen Stils zu werden, und Steigerung der Finanzen.

Die günstigsten Bedingungen schienen durch den Versailler Vertrag und die anderen Friedensverträge gegeben zu sein. Frankreich bekam Elsaß-Lothringen mit seinen Industrie- und Erz-

schätzen und wurde dadurch zur bedeutendsten Eisenerzmacht Europas, die Kohlenplätze des Saargebiets fielen ihm zu, und neben England wurde es die größte Kolonialmacht der Erde, von dem politischen Übergewicht über Kontinentaleuropa gar nicht zu reden. Frankreich standen durch die deutschen Tributkohlen die billigsten der Welt zur Verfügung; sein Konkurrent, Deutschland, auf der andern Seite litt durch das Abkommen von Spa selbst Mangel an Brennstoffen. Und doch zeigte sich die französische Metallindustrie ihrer Aufgabe nicht gewachsen. Das Hinzukommen der lothringischen Eisen- und Hüttenindustrie hat viel zu der Verschärfung der Krisis in der Schwerindustrie mit beigetragen. Aber die französische Metallindustrie konnte trotzdem nicht den Bedarf des Handels an Maschinen und Eisenwaren decken, wie folgende Übersicht zeigt:

	Januar—Oktober in 1000 dz		
	1913	1919	1920
Eisen und Stahl	1913	1919	1920
Ausfuhr	8167	608	11 151
Einfuhr	1735	9754	8 302
Maschinen			
Ausfuhr	692	441	735
Einfuhr	1867	1990	3 045
Eisenwaren			
Ausfuhr	1260	254	1 185
Einfuhr	692	1663	1 552

Trotz des Erwerbs des lothringischen Erzbeckens mit 66 Hochöfen ging, wie eine amerikanische Statistik zeigt, die französische Stahl-, Gußeisen- und Eisenproduktion erschreckend zurück:

	1913	1920	1921
Gußeisen	5126	3275	3200
Stahl	4614	2915	2900
Eisen	5227	—	2974

Von den 210 Hochöfen Frankreichs waren am 1. 1. 21: 91, 1. 7. 21: 75 und am 1. 10. 21 nur 51 in Betrieb, von den 66 lothringischen Ende Januar 1922 nur 24.

Die Wirtschaftskrisis traf natürlich vor allem die Schwerindustrie, deren stehendes Kapital im modernen Wirtschaftsleben stets den Krisenherd bildet. Es handelte sich hier, wie bei der ganzen Wirtschaftskrisis, um eine Überproduktions- oder vielmehr Unterkonsumtionskrisis. Zum schlechten Geschäftsgang kamen 1921 noch allenthalben Streiks. Erst die Preisenkung Mitte 1921 brachte einige Besserung. Die Werke mußten zurzeit sehr erheblich ihre Produktion einschränken. Daß sie damit, da sie doch sehr beträchtliche Werte repräsentieren, unrentabel arbeiteten, liegt auf der Hand.

Die empfindliche Konkurrenz der saarländischen Eisenindustrie wurde durch Einführung der Lohnzahlung in französischen Franken vermindert, wodurch die Gesehungskosten der saarländischen Stahl- und Walzwerke stiegen und eine Ausfuhr nach Deutschland in Zukunft nur unter den Gesehungskosten stattfinden konnte. Die deutsche Konkurrenz wird jedesmal bedrohlich, wenn die Mark fällt, schwächer, wenn sie steigt. Die Krisis in der Schwerindustrie ist noch weit davon, überwunden zu sein, wenn auch die Preisentung 1921 einige Besserung gebracht hat.

Auch für die Schiffbauindustrie kamen nach dem Krieg nicht die erwarteten guten Zeiten. Unter dem Druck des U-Bootkrieges waren zum Teil auf Drängen der Regierung die Einrichtungen der bestehenden Privatwerften vergrößert und sogar neue Werften geschaffen worden, um nach Friedensschluß eine genügende Anzahl von Bauhellingen für die umfangreichen Neubauten zu haben. Man hoffte, daß der französische Handel eine Flotte von 10 Millionen Tonnen statt eine von 2,5 Millionen Tonnen wie vor dem Kriege würde beschäftigen können. Bei Friedensschluß bestanden etwa 20 Privatwerften mit ungefähr 100 Hellingen. Doch infolge der allgemeinen Krisis konnte nicht einmal die durch den französischen Anteil an den deutschen Wiedergutmachungslieferungen und die Bestellungen im Ausland auf 3,5 Millionen gebrachte Handelsflotte — wodurch sie die drittgrößte der Welt wurde — voll beschäftigt werden. Es blieben daher neue Bauaufträge fast völlig aus, einige Werften mußten sogar schließen, andere ihren Betrieb einstellen. Dazu kam noch die Konkurrenz der staatlichen Werften, der Wegfall der vor dem Krieg gezahlten Bauprämien u. a. m. Die französische Schiffbauindustrie hatte ja schon in Vorkriegszeiten einen schweren Stand wegen ihrer ungünstigen Lage zu den Rohstoffgebieten. Diesen Mangel sucht man durch Vorzugsbedingungen bei der Belieferung der Werften durch die Eisenindustrie zu beheben.

Die französische Handelsflotte bedarf einer lebhaften Protektionierung durch den Staat. In Unterstützungen erhielt sie in Millionen Francs:

	1921	1922
Allgemeine	5,8	4,—
Postdampfer nach Korsika . . .	1,5	6,—
Fernen Osten	12,0	60,—
New York	—	2,5
Antillen	11,5	4,4
Brasilien	11,5	25,—

Der Verkauf von rund 400 000 Tonnen der staatlichen Handelsflotte, deren Herstellung 2000 Franken pro Tonne betragen hatte, für 400 Franken pro Tonne bedeutet auch eine versteckte Subventionierung.

Die Textilindustrie, die mit am längsten und schwersten unter der Absatzkrisis zu leiden gehabt hatte, da nach dem Frieden der französische Markt mit englischen Waren überschwemmt worden war, die sich lange gegen die französischen Waren behaupten konnten, war Anfang 1922 wieder mit größeren Aufträgen versorgt, und man hofft auf eine weitere Belebung des Geschäftes und eine Erhöhung des Beschäftigungsgrades. Man darf aber nicht vergessen, daß schon durch das Hinzukommen der 32 000 Stühle der elsässischen Baumwollindustrie eine Überproduktion auf dem französischen Markt eingetreten ist, die auf 5—10% der gesamten französischen Jahresproduktion berechnet wird und bei Absatzschwierigkeiten eine Gefahr für die Spinnereien und Webereien bedeutet. Jetzt macht sich dieser Überschuß vielleicht noch nicht so fühlbar, weil große Mengen elsässischer Textilerzeugnisse augenblicklich auf Grund des Art. 68 des Versailler Vertrags noch zollfrei nach Deutschland eingeführt werden. Immerhin mußte in der elsässischen Baumwollindustrie Anfang 1921 die Arbeitszeit von 6 auf 5 Monate herabgesetzt werden. Der Staat ist aber ernstlich bestrebt, den Absatz des auf 180 Millionen Franken bezifferten Produktionsüberschusses nach dem Ausland möglichst zu fördern. Er gab dem Comptoir Cotonnier Français durch ein unverzinsliches Darlehn von 5 Millionen Franken die Möglichkeit, sich zu einer großzügigen Exportorganisation auszubauen. Bezeichnend ist, daß das Comptoir keine Geschäfte nach den französischen Kolonien machen darf, für die der Zolltarif des Mutterlandes gilt, wo also die deutsche Konkurrenz so gut wie ausgeschlossen ist.

Auch Frankreich hat seine Arbeitslosen. Die Zahlen der unterstützten Arbeitslosen sind folgende:

Januar 1921	50 000	
März 1921	54 177	(allein 41 129 im
April 1921	90 000	Departement
Juni 1921	70—80 000	Seine)
Juli 1921	34 000	
August 1921	32 000	
September 1921	17 718	
9. Dezember 1921	11 277	
16. Dezember 1921	10 837	

Die Arbeitslosen setzten sich vor allem aus Arbeitern der Textil-, Metall- und Lederindustrie, öffentlichen Arbeitern und Handlangern zusammen. Die geringe Höhe der vom Office Central de la Main d'oeuvres angegebenen Zahlen täuscht aber über die wirklichen Verhältnisse, da die Statistik die teilweise feiernden Arbeiter und die ganz feiernden aus den Bezirken, wo es keine Unterstützungsfonds gibt, nicht mitzählt. Nach einer Erklärung des Arbeitsministers ist die wirkliche Zahl der vollständig feiernden Arbeiter etwa die dreifache der offiziellen. Ferner darf man nicht vergessen,

daß Frankreich in erster Linie Ackerbaustaat ist und nach dem Krieg ein großer Teil der aus der Front Zurückkehrenden sofort wieder auf das Land abgeflossen ist, daß ferner die französische Industrie vielfach mit verkürzter Arbeitszeit arbeitet, die Bevölkerung Altfrankreichs von 1911—1921 um 2 196 663 Seelen zurückgegangen, die Beamtenzahl aber um halb 200 000 gegen Vorkriegszeit gestiegen ist und Frankreich noch eine Armee von rund 800 000 Mann auf den Beinen hat. Hier stecken Frankreichs Arbeitslose, hier werden seine Arbeitslosenunterstützungen bezahlt. Dabei wird heute bei zweijähriger Dienstzeit, die man auf $1\frac{1}{2}$, ja sogar auf 1 Jahr herabsetzen möchte, dem Wirtschaftsleben ein im Vergleich zu 1914 mit seiner dreijährigen Dienstzeit ungleich höherer Prozentsatz arbeitsfähiger Männer entzogen. Diese Erwägungen dürften auch zeigen, daß nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden kann, die jeweiligen Zahlen der Arbeitslosenstatistik verschiedener Länder ohne weiteres miteinander zu vergleichen. Jedenfalls dürfte Frankreich nach dem Gesetz, daß hohe Valuta mit hoher Erwerbslosenzahl zusammenfällt, etwa in der Mitte zwischen der Gruppe der hochvalutierten Sieger und Neutralen und niedervalutierten Besiegten stehen.

Entsprechend der Verschlechterung der Finanz- und Wirtschaftslage sank auch die französische Valuta von Monat zu Monat. Ein Vergleich des Franken- und Markkurses, z. B. an der Züricher Börse, zeigt eine auffallende Parallellität der beiden Kurse, ein Beweis dafür, wie sehr Frankreich mit Deutschlands Glück und Unglück verkettet ist. 1921, in der Zeit vom 25. Januar bis 11. November, während sich die Mark an der Züricher Börse von ihrem Höchststande von 11,45 bis zu ihrem Tiefstand von 1,80, also um 9,65 Franken = 84,3 %, bewegte, verschlechterten sich andere Valuten um folgende Beträge:

Pfund Sterling . . .	um	3,15 Fr.	=	13,1 %
Italienischer Lire . . .	„	2,40 „	=	9,9 %
Holländischer Gulden „	„	27,25 „	=	12,9 %
Französischer Franken „	„	9,00 „	=	18,9 %

Bewegung von Frank und Mark an der Züricher Börse,
Abweichungen von der Parität in Prozenten:

	1915		1916		1917		1918	
	7.	1.	7.	1.	7.	1.	7.	
Frank . . .	— 6	—10	—10	—14	—16	—23	—30	
Mark . . .	—12	—20	—22	—32	—45	—30	—44	
	1919		1920		1921		1922	
	1.	1.	7.	7.	1.	1.	1.	
Frank —12	—16	—45	—54	—61	—53	—59		
Mark —52	—55	—92	—88	—93	—93	—97		

Die Zunahme der Inflation zeigt u. a. auch das Verhältnis zwischen Notenumlauf und Golddeckung, das durch folgende Zahlen illustriert werden mag:

	in Milliarden Franken:						
	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Goldbestand	4,1	5	5,1	5,3	5,4	5,6	5,5
Notenumlauf	10	13,2	16,7	22,2	30,2	37,3	38

Frankreich steht mit seinem stark gesenkten Wechselkurs zwischen seinen ehemaligen Verbündeten mit etwa gleich gebliebenen und seinen ehemaligen Gegnern mit übermäßig stark gefallenem Devisenkursen. Dadurch wird einmal seine Einfuhr aus den valutastarken Rohstoffländern erschwert, zum andern hat es die starke Konkurrenz der niedervalutierten Länder, namentlich Deutschlands mit seinen Industrieerzeugnissen auf dem Weltmarkt zu ertragen.

Hand in Hand mit der Verschlechterung der Valuta ging die Aufwärtsbewegung der Indexziffern. Für eine Familie von 4 Köpfen betrug die Indexziffer für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Wirtschaft im Bezirk Calais:

1. 7. 14	1. 8. 19	1. 4. 20	1. 7. 20	1. 8. 20
100	281	375	392	440
1. 10. 20	1. 12. 20	1. 2. 21	1. 4. 21	
446	440	419	385	

In der gleichen Richtung haben sich auch die Arbeitslöhne entwickelt. Von der zweiten Hälfte 1915 an bis Ende 1920 waren die Löhne in ständigem Steigen begriffen, ganz am Ende 1920 trat eine Baissebewegung ein, die 1921 die meisten Berufe traf. Für Paris haben sich die durchschnittlichen Stundenlöhne in Franken im Durchschnitt für sämtliche männliche Berufe seit 1911 in folgender Weise verändert:

1911	1916	1921	1921 in % von 1911
0,81	0,91	3,43	423

Folgende Zahlen gelten für:

Buchdrucker	0,80	0,95	3,45	431
Schuhmacher	0,75	0,85	3,25	433
Zimmerleute	1,00	1,12	3,50	350
Schlosser	0,90	1,05	3,25	361
Metalldreher	0,83	1,05	3,50	424
Erdarbeiter	0,80	0,98	3,25	406
Tagelöhner	0,50	0,55	2,25	450
sämtliche weibliche Berufe im Durchschnitt	0,41	0,47	2,00	488

Ein Vergleich der Löhne mit den Kosten der Lebenshaltung ergibt, daß sich beide von 1911 bis 1921 ungefähr vervierfacht haben. Bei der folgenden Übersicht ist der Lohndurchschnitt aus 38 Berufsarten für sämtliche Städte außer Paris genommen:

Lohn und Preis	1921	1911	Verhältniszahl (1911 = 100)
Durchschnittstageslohn für			
Männer	18,92	4,61	410
Frauen	9,44	2,29	412
Monatlicher Pensionspreis für einen Arbeiter	285,00	70,00	407
Indeziffer der Kleinhandelspreise (13 Waren)	4303,00	1014	424

Im Februar 1921 kostete 1 kg Brot 1,30 Fr., 100 kg Kartoffeln 25—35 Fr., 1 kg Butter 15—19 Fr., 1 Ei 0,6—0,8 Fr., 1 kg Kalbfleisch 13—15 Fr.

Die Hebung des Wirtschaftslebens versuchte man durch verschiedene Maßnahmen zu erreichen. So hoffte man künstlich den Zinsfuß zu drücken, um so den privaten Kapitalmarkt zu beleben. Aber auch diese Hoffnungen schlugen fehl.

Vor allem aber sollte sowohl die Produktion im Inland als auch die Ausfuhr durch eine großzügige Handelspolitik gefördert werden. 1918 wurden sämtliche Handelsverträge, die Vorzugsbehandlung gewährten, gekündigt. Durch Handelsvertragsverhandlungen im großen Stil sollten den französischen Waren künstliche Absatzgelegenheiten geschaffen werden. Sogleich inaugurierte man zum Schutze der heimischen Industrie eine Zollpolitik, deren Tendenz war, bei der Einfuhr die Rohstoffe gering, die Qualitätsartikel hoch zu belasten und die Konkurrenz niedervaluierter Länder, vor allem Deutschlands, auf dem heimischen Markt auszuschalten. Bald stand dem krampfhaften Expansionsbestreben eine Schutzzollpolitik von immer stärker protektionistischer, ja beinahe merkantilistischer werdendem Charakter gegenüber. Zwischen dem Maximum- und Minimum-Zolltarif wurde zuerst eine Spannung von 300% hergestellt, so daß das Verhältnis zwischen den alten und neuen Generalzollsätzen etwa 3 zu 8 betrug. Im Juli 1921 wurden die auf den Zolltarif anzuwendenden Vermehrungskoeffizienten zum Teil bis auf 10 erhöht. Diese Maßnahme mußte, da die französischen Zölle bis auf geringe Ausnahmen Gewichtszölle sind, vor allem gegen die deutsche Einfuhr wirken, da mit Ausnahme einiger unbedeutender Staaten für fast alle übrigen Länder der Minimumtarif galt. Die Folge war allerdings ein merklicher Rückgang der Einfuhr von Deutschland nach Frankreich. Da aber die deutschen Preise zu

einem gewissen Grade den europäischen Markt beherrschen, so wurden die Erzeugnisse der Länder, gegen die Frankreich verhältnismäßig schwach durch Zölle geschützt ist, nach Frankreich gedrängt (Belgien und Tschechoslowakei).

Die Handelsvertragsverhandlungen wurden durch die Zollpolitik, die vielfach zu Mißstimmung, zum Teil ziemlich energischen Repressalien und Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder (Spanien, Portugal, Rumänien, England, Amerika) führte, erschwert, und das Ergebnis der bald dreijährigen Handelsvertragsverhandlungen ist auch ein äußerst mageres. Zustandekommen sind Handelsverträge nur mit kleineren Staaten: Norwegen, Finnland, Tschechoslowakei und Polen.

Teilweise erkennt man auch die Schädlichkeit einer solchen Zollpolitik, einmal, weil gewisse Interessenten unter den Repressalien des Auslandes leiden (z. B. die Seidenindustrie), zum andern aber, weil man sich aus dem Verlegen auf die Faulheitswelle keine Vorteile für das Wirtschaftsleben verspricht und einsieht, daß man durch Ausschluß der Konkurrenz nicht auf die Dauer den Mangel an modernen Methoden und rationeller Organisation ersetzen kann.

Der Außenhandel wurde durch eine großzügig organisierte Propaganda unterstützt. Zu diesem Zweck sind zahlreiche private und amtliche Organisationen ins Leben gerufen worden, teils als reine Propagandainstitute, teils zur direkten Unterstützung der Ausfuhr durch Beratung und Kredite. Die französische Regierung mißt dieser Propaganda eine große Bedeutung bei, denn die Hälfte der Gesamtausgabe des Budgets 1921 des Handelsministeriums war für die *expansion économique* bestimmt. Weitere Einnahmequellen sollten ihr noch erschlossen werden.

Ein Vergleich der Handelsbilanzen vor dem Kriege, die übrigens zum großen Teil passiv waren, zeigt, daß die beträchtliche Steigerung ihrer Passivität von der absoluten Zunahme der Ein- und Ausfuhrwerte stark übertroffen wurde. Die Zunahme der Einfuhr konnte man als ein Kennzeichen steigenden Reichtums der Nationen ansehen. Die Abneigung Frankreichs gegen die Einfuhr, sein Streben nach aktiver Gestaltung seiner Handelsbilanz zeigt nur die durch seine verfehlte Reparationspolitik verursachten Schwierigkeiten seiner Wirtschaftslage. Bei der heutigen Verflechtung der Weltwirtschaft kann ein Land nur blühen, wenn es in regen Wettbewerb mit anderen Ländern tritt, nicht aber, wenn es, wie Frankreich, die fremden Waren von seinem Lande ausschalten, aber auf fremden Märkten seinen Waren einseitig den Absatz sichern zu können glaubt. Soweit reicht die Wirkung einer wirtschaftlichen Propaganda nicht. Wie erging es aber 1921 der Einfuhr der anderen Staaten nach Frankreich? Sie ging bei fast allen Staaten beträchtlich zurück, und zwar gegen 1920 in Millionen Franken die Einfuhr:

	1920	1921
Deutschlands	2 667	2476
Englands	10 318	3167
Belgiens	3 325	1793
der Schweiz	1 043	398
Spaniens	1 052	509
Italiens	1 282	567
Amerikas	10 866	3581
Brasilien	901	557
Argentiniens	2 991	853
Marokkos	193	114
Kolonien und Schutzgebiete außer Algerien und Tunesien	2 011	1589

und nur die Einfuhr aus Algerien und Tunesien stieg.

Die einzelnen Staaten waren am Außenhandel Frankreichs folgendermaßen prozentual beteiligt:

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1913	1920	1. Halbj. 1920	1921	1913	1920	1. Halbj. 1920	1921
Deutschland	12,7	7,5	3,8	13,8*)	12,6	5,3	5,0	11,2
Großbritannien	13,3	19,1	24,2	13,0	21,2	15,7	17,7	14,2
Belgien	6,6	7,3	6,2	7,6	16,1	17,5	17,2	19,4
Italien	2,9	2,5	2,9	2,3	4,4	4,7	5,5	4,2
Rußland	5,4	—	—	—	1,2	—	—	—
Schweiz	1,6	2,3	2,1	1,7	5,9	6,4	7,6	6,7
Spanien	3,3	2,4	2,3	1,9	2,2	2,9	3,5	3,1
Ver. Staaten	10,6	20,0	21,7	18,9	6,1	7,9	8,7	8,4
Brasilien	2,1	1,8	2,2	2,7	1,3	1,4	1,2	0,7
Argentinien	4,4	5,8	6,2	3,0	2,9	1,7	1,5	1,4

Diese Prozentzahlen weisen Frankreich darauf hin, welche Länder naturgemäß seine Kunden und Lieferanten sein sollten, mit welchen es also rege, auf Gegenseitigkeit beruhende Wirtschaftsbeziehungen unterhalten sollte, mit anderen Worten: welcher Länder wirtschaftliches Wohlergehen es wünschen sollte — damit es ihm selbst gut ergehe.

England.

Volkswirtschaftlich weitschauende Engländer haben sich nach dem Abschluß des Weltkrieges wohl kaum der Hoffnung hingegen, daß sich in Mittel- und Osteuropa für die englische Ausfuhr große Absatzmöglichkeiten ergeben würden. Dazu sah man schon

*) Hierin sind jedoch die sehr beträchtigen Zwangslieferungen, vor allem von Kohle, enthalten. In der Einfuhr vom Dezember 1921 von 190238000 Fr. sind allein für 104032000 Fr. Kohlen und Koks enthalten.

damals tief genug in die wirtschaftliche Zerrüttung dieses „Weltteils“ hinein und begriff wohl auch, was die Last der Friedensverträge für die besiegten Länder zu bedeuten hatte. Allein man tröstete sich mit den Geschäftsaussichten der übrigen Welt, besonders der überseeischen Länder, und hoffte, hier den Ausfall der Ost- und mitteleuropäischen Kunden wettmachen zu können.

Diese Hoffnung ist in den letzten beiden Jahren immer stärker enttäuscht worden. Heute sieht man in England ein, daß die Weltwirtschaftskrisis keineswegs nur das — sicherlich nicht zu unterschätzende — Gebiet Rußland-Deutschland-Osterreich-Polen-Ungarn-Randstaaten ergriffen hat, sondern sich auch in der übrigen Weltwirtschaft auf das Bedrohlichste fühlbar macht, so daß der eine Teil nicht in der Lage ist, für den andern Ersatz zu bieten.

Die Weltwirtschaftskrisis der außereuropäischen Welt, die für Englands Wirtschaft und seine heutige Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Problemen so außerordentlich maßgebend erscheint, ist auf allgemeine Ursachen zurückzuführen, die natürlich bei einzelnen Ländern durch besondere Umstände verstärkt werden. Allgemein ist jedenfalls die Tatsache, daß die Kaufkraft der wichtigsten überseeischen Gebiete nicht annähernd den Erwartungen der Engländer entspricht. Zu einem großen Teile sind diese Gebiete mit Waren überhäuft, sei es, daß sie, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, unter der während des Krieges geschaffenen Erweiterung ihrer eignen Erzeugungen leiden, sei es, daß sie unmittelbar nach dem Kriege große Warenmengen, zum Teil auch früher bestellte, zu hohen Preisen hereinnahmen und nicht absetzen konnten. Dies ist zum Beispiel in starkem Maße in Australien, Neu-Seeland und Südafrika, aber auch in südamerikanischen Ländern der Fall gewesen. Ferner hat die Furcht vor der Überflutung mit ausländischen, gerade auch englischen Waren und der Wunsch, die heimische Erzeugung zu schützen, zu einer verstärkten Schutzzollbewegung, auch in den englischen Kolonien, geführt. So hat Australien seine Tarife beträchtlich erhöht, wobei die Gewährung eines präferentiellen Zolltarifs — wie früher schon — ein schwacher Trost für den englischen Exporteur ist, dem es ja naturgemäß in erster Linie auf die absolute Höhe der Zollsätze ankommt. Indien — seit langem darauf bedacht, sich vor der Konkurrenz Manchesters abzuschließen — hat ebenfalls seine Zölle erst in jüngster Zeit wieder wesentlich erhöht, wobei besonders die erhöhten Sätze für Textilwaren in England schmerzlich empfunden werden, die dazu dienen, die während des Krieges nicht unbeträchtlich erweiterte indische Baumwollindustrie weiter zu steigern. Es heißt, daß sich die indische Volkswirtschaft vom Bezuge grober englischer Garne so gut wie unabhängig gemacht habe. In anderen Überseeeländern hat die Erhöhung der Preise, zum Teil auch die Gestaltung der Valuta

abschreckend auf die Einfuhr gewirkt. Es ist zum Beispiel bezeichnend, daß China, ein für den englischen Textilexport besonders wichtiges Gebiet, im Jahre 1921 1,7 Mill. £ mehr für Baumwollwaren ausgegeben hat als im Jahre 1913, dagegen nur ein Drittel der damaligen Menge für diesen Preis erhielt! Das mußte natürlich lähmend auf die Kaufkraft der chinesischen Bevölkerung wirken, wozu noch politische Wirren und das Sinken des Silberwertes hinzukamen. Dann wiederum haben die überseeischen Gebiete wechselseitig, durch ihre Nöte gelitten und hierdurch wiederum auch das englische Geschäft beeinträchtigt. Die Depression des nordamerikanischen Marktes bewirkte zum Beispiel eine solche Absatzstörung im südafrikanischen Diamantengeschäft, daß die bedeutendsten Unternehmungen mit einem Defizit arbeiteten — letzter De Beers-Bericht! — und ein großer Teil der Minen geschlossen wurde. Heute herrscht in Südafrika schon seit vielen Wochen Streik im Randgebiete. Auch die Kohlenbergwerke Südafrikas befinden sich — von dem auch dort herrschenden Streik ganz abgesehen — in einer prekären Lage, da das während des Krieges groß entwickelte Bunkergeschäft infolge der veränderten Kohlenpreise in Europa gefährdet erscheint. So erklärt sich hier die Depression noch aus besonderen Ursachen, wie es ja überhaupt in der Volkswirtschaft eine häufige Erfahrung ist, daß zufällige Erscheinungen, die vielleicht in normalen Zeiten nicht als schwerwiegend empfunden werden würden, in Zeiten anormaler Verhältnisse weit über ihre eigene Bedeutung hinaus zu der Verstärkung der Depression beitragen.

Auf diesem Hintergrunde der weltwirtschaftlich-überseeischen Desorganisation und Absatzkrisis muß die heutige Wirtschaftslage Englands begriffen werden. Denn erst der Ausfall der hier gehegten Erwartungen hat die Krisis der europäischen Wirtschaft für England so außergewöhnlich verschärft und das gegenwärtige unerfreuliche Bild der englischen Wirtschaftsentwicklung veranlaßt. Betrachten wir die einzelnen Züge dieses Bildes.

Die englische Handelsbilanz weist heute eine Passivität auf, die kaum mehr über die normale Friedenspassivität — die das größte Gläubigerland der Welt zu Recht hatte — hinausgeht. Allein, wenn man bedenkt, in welchem Ausmaß seit 1913 die Waren des Weltmarkts im Preise gestiegen sind, so ist es kein gutes Zeichen für den englischen Außenhandel, daß die Einfuhr im Jahre 1921 nur 1086 Mill. £ gegenüber 768 Mill. im Jahre 1913 betragen hat und die Ausfuhr nur 703 Mill. gegenüber 525 Mill. Diese Ziffern lassen, wenn man an die Preisveränderungen denkt, für die Gewichtsausfuhren, die man natürlich nicht zusammenfassend vergleichen kann, recht ungünstige Schlüsse zu. In der Tat, man braucht sich nur einzelne wichtige Ausfuhrposten anzusehen, um dies zu erhärten. So ist zum Beispiel die Ausfuhr von

Baumwollfabrikaten von 7075 Mill. Lin. Yards im Jahre 1913 auf 4435 im Jahre 1920 und auf 2902 Mill. Lin. Yards im Jahre 1921 zurückgegangen. Die Ausfuhr von Eisen- und Stahlerzeugnissen von 4,9 Mill. Tonnen auf 1,7 Mill. Tonnen, die Ausfuhr von Schuhen und Stiefeln von 1,4 Mill. Duzend Paaren im Jahre 1913 auf 313 000 Duzend Paare im Jahre 1921 usw. Vor allem fällt auch der Rückgang der Kohleausfuhr ins Gewicht, die im Jahre 1913 noch über 73 Mill. Tonnen ausmachte, während sie in den beiden letzten Jahren nicht ganz 25 Mill. Tonnen erreichte.

Von den Wertziffern seien hervorgehoben:

	Ausfuhr in Mill. £	
	1920	1921
Kohlen	99,6	42,9
Eisenfabrikate	128,9	63,7
Baumwollgarn und -Fabrikate	401,4	178,7
Chemikalien	40,5	19,05
Papiere	12,8	7,7

Das Bild der Zahlungsbilanz ist keineswegs erfreulicher als das der Handelsbilanz. Die sogenannten „unsichtbaren Ausfuhr“ können die Verschlechterung der sichtbaren nicht wettmachen. Vor allem hat das starke Sinken der Frachtraten in letzter Zeit zu einer starken Verminderung der hieraus fließenden Einnahmen geführt. Folgende Gegenüberstellung der Handelsbilanz mit der schätzungsweise ermittelten Zahlungsbilanz ist von Interesse:

	Millionen £		
	1913	1920	1921
Ausfuhr von Waren	635	1557	810
Einnahmen aus Schifffahrt	100	340	70
Einnahmen aus Finanzierung und Versicherungen	30	50	30
Einnahmen aus Investitionen	200	120	120
Zusammen	965	2067	1030
hiervon Einfuhrwert ab	769	1933	1087
Schlußbilanz	+ 196	+ 134	- 53

Mag diese Schätzung, wie alle Zahlungsbilanz-Schätzungen, unvollkommen sein: sie illustriert doch in ihren Umrissen die Erschütterung der englischen Außenwirtschaft.

Die Zerstörung der englischen Innenwirtschaft verdeutlichen einige Ziffern und Angaben der Hauptzweige der englischen Gütererzeugung.

Voran der Kohlenbergbau. Die Kohlenförderung Großbritanniens betrug 1913 noch 287 Millionen Tonnen. Sie ist im Jahre 1920 auf 232 Millionen und im Jahre 1921 sogar auf 164 Millionen Tonnen gesunken! Streiks spielten hierbei freilich

eine besondere Rolle. England erlebte das Abnorme: daß 3,4 Mill. Tonnen Rohle eingeführt wurden! Nicht anders sieht es in der Eisen- und Stahlerzeugung aus. Statt 10,2 Millionen Tonnen Roheisen wie im Jahre 1913 wurden im Jahre 1921 nur 2,6 Millionen Tonnen erblasen, während die Erzeugung von Stahlingots und Stahlguß von 7,6 Millionen Tonnen auf 3,6 Millionen zurückging.

Die Zahl der in Betrieb befindlichen Hochofen betrug:

Herbst	1920	300
März	1921	109
November	1921	85
Dezember	1921	90

Von den weiterverarbeitenden Zweigen der Eisenindustrie hat wiederum besonders der Schiffbau gelitten, bei dem sich das starke Sinken der Frachtraten (nach dem enormen Anstieg während des Krieges), die Überproduktion an Schiffen (besonders durch die neugeschaffene nordamerikanische Handelsflotte) und die schlechten Geschäftsabslüsse der großen Reedereien fühlbar machten. Man muß bedenken, daß die Riesenbauprogramme, die während des Krieges beschlossen und allmählich ausgeführt wurden, den Weltschiffsraum heute um 14 Millionen Tonnen gegenüber 1914 vergrößert haben. Der Rückgang im englischen Schiffsbau machte sich besonders im Jahre 1921 bemerkbar. Anstatt Schiffe mit einem Tonnengehalt von 2,14 Millionen wurden nur Schiffe mit im ganzen 1,59 Mill. Tonnen erbaut.

Am stärksten aber zeigt sich noch heute die Depression der englischen Industrie im Textil-, ganz besonders im Baumwollgewerbe. Die Hauptursache war die Verschlechterung des Geschäfts im fernen Osten, besonders in Indien und China, sowie das Nachlassen der Weltkaufkraft überhaupt. Schon im Oktober 1920 begannen die Zweige der Feinbaumwollspinnerei, im Dezember die Baumwollindustrie ganz allgemein die verkürzte Arbeitszeit einzuführen. Im Jahre 1921 wurden in den wichtigsten Distrikten wie Bolton, Manchester, Blackburn usw. Betriebe über Betriebe stillgelegt. Die Fachzeitschriften zu Ende des Jahres 1921 zeigten schon in ihren Überschriften die Not und Besorgnis der Textilindustrie an, so zum Beispiel in der Jahresausgabe der Handelsbeilage des „Manchester Guardian“, wofelbst solche Überschriften lauteten: „Ein angstreiches Jahr für Lancashire“ oder: „Liverpool trauert um ein verlorenes Geschäft“ oder: „Die Nöte des Baumwolljahres“ usw. Noch am 8. Februar 1922 hieß es in einem Marktbericht aus Preston: „Kein einziges Zeichen ist da, aus dem auch nur eine Hoffnung geschöpft werden könnte, daß sich die Abwärtsbewegung des Geschäfts bald ändern werde. Mehr und mehr Maschinen stehen still, und nur ein Paar gelegent-

liche Aufträge für den heimischen (!) Markt kommen herein.“ Aus Burnley wurde dem „Manchester Guardian“ am 6. März d. J. berichtet: „Die Orders, welche einlaufen, sind sehr geringfügig und bieten keinen Ausgleich für die untätigen Webstühle. Der große Nachteil besteht in dem Fehlen fortlaufernder Aufträge, und ehe sich hierin nichts ändert, ist wenig oder gar keine Aussicht auf Besserung vorhanden.“ Im übrigen wird allerdings für die allerlezte Zeit hier und dort im Textilgewerbe eine „kleine Besserung“ konstatiert; aber es fragt sich natürlich, ob diese eine wirklich fundierte Besserung der Lage bedeutet oder nur ein gelegentliches Aufwärtsschwanken der Kurve. Wenig erfreut war man in Lancashire jedenfalls über die Nachricht, daß Indien wiederum seine Zölle erhöht habe, die sich naturgemäß in erster Linie gegen die englische Textilindustrie und ihre Ausfuhr richten. Der Wertzoll von 11 % — seit vorigem März erst in Kraft — wurde auf 15 % erhöht, wobei freilich zu beachten ist, daß dieser Zoll zu einem Teile nur ein Finanzzoll ist, da ihm eine inländische Abgabe entspricht. Diese aber ist nicht von gleicher Höhe wie der Zoll, so daß der englische Textilindustrielle gegenüber dem heimischen indischen Fabrikanten benachteiligt ist. In diesem Zusammenhang sei übrigens auch bemerkt, daß neuerdings englische Kolonien Anti-Dumping-Zölle eingeführt haben, die sich — in Australien zum Beispiel — auch gegen eine englische Schleuderausfuhr richten. Hier sehen also die Aussichten handelspolitischer Art für das englische Mutterland nicht gerade rosig aus. Man sollte vielleicht in England gegenüber dieser handelspolitischen Bewegung der Kolonien bedenken, daß gerade eine Steigerung der Kaufkraft Mitteleuropas erst wieder das handelspolitische Gleichgewicht zwischen den überseeischen Rohstoff-Export-Staaten und den alt-europäischen Fabrikat-Export-Staaten wiederherstellen kann. Denn wenn man den überseeischen Gebieten wieder in stärkerem Maße Rohstoffe abkauft, ihnen ein kauffähiges „Mittel-europa“ entgegenhalten kann, dann kann man als Kompensation für dessen Bezüge einen Abbau der überseeischen Fabrikatzölle weit eher und mit größerer Berechtigung verlangen als jetzt, wo die Kolonien, gerade um den Ausfall der Ausfuhr wettzumachen, daran gehen, ihre eigene Verarbeitung solcher Rohstoffe zu fördern und hiermit unter solchen Voraussetzungen den Beifall der sonst freihändlerischen Rohstoffexporteure finden.

Außer der Textilindustrie finden wir bis in die neueste Zeit bewegliche Klagen auch auf anderen Industriegebieten. So lauten die Berichte aus der *W e i ß b l e c h i n d u s t r i e* wenig günstig. Es herrscht dort völlige Geschäftsstille. Über die Lage des *J u t e m a r k t e s* in Dundee heißt es am 8. März d. J.: „Man kann kaum Anzeichen einer Besserung der Lage erblicken, wie sie für das Frühjahrsgeschäft erwartet wurde.“ Über die *K l e i n e i s e n - i n d u s t r i e* liegt unter demselben Datum folgender, für die

ganze Wirtschaftssituation bezeichnender Bericht aus Birmingham vor: „Auf dem heimischen Markt zeigt sich wenig Besserung. Der Handel mit Londoner Firmen ist enttäuschend, und kaum irgend ein Provinzzentrum zeigt wirkliche Kauflust. Die Detaillisten füllen ihre Lager, soweit sie geräumt sind, nicht auf, wie man gehofft hatte. Sie leben vielmehr von der Hand in den Mund und beziehen ihre Ware je nach Bedarf. Die Grubendistrikte und Grubendörfer geben auch relativ wenige Aufträge. Auch die Landwirtschaft gibt dem Geschäft keine genügende Stütze.“

Schwere Sorge bereitet natürlich den englischen Wirtschaftspolitikern jeder neuentstehende politische Aufruhr in kolonialen Gebieten. Wie ein solcher das Wirtschaftsleben ohne weiteres ungünstig beeinflusst, so besteht auch umgekehrt die Erscheinung, daß in den kolonialen, zum Teil noch politisch mangelhaft disziplinierten Ländern eine wirtschaftliche Krisis in eine politische ausartet, die dann wiederum die wirtschaftliche Depression noch weiter vertieft. Dies sieht man jetzt in Südafrika, wo zunächst der Rückgang im Diamantengeschäft, sowie das Abflauen des Kohlenexports zum Stillstand vieler Unternehmungen und dementsprechenden Arbeiterentlassungen führten, die bald eine politische, ja sogar rassenpolitische Gärung zur Folge hatten.

Es wird sich fragen, wie in England die Arbeiterschaft zu der Mißlichkeit der Wirtschaftslage Stellung nimmt, und inwieweit sie Opfer zu bringen bereit ist. Der Achtstundentag wird stark angegriffen. Die schottischen Eisenbahnen haben ihn bereits beseitigt, die englischen Bahngesellschaften wollen das Gleiche durchsetzen. Auch in der englischen Wirtschaftspresse wird Stimmung für die Beseitigung des Achtstundentages gemacht. Bei Anhalten der Weltwirtschaftsnot wird die englische Arbeiterschaft möglicherweise noch erhebliche Opfer bringen müssen. Größere soziale Kämpfe stehen in Aussicht.

Der schwierigen Geschäftslage Englands in den Jahren 1920-21 entspricht das Ergebnis seiner großen Unternehmungen. *Dividendenrückgänge* sind überall die Regel, vor allem aber häufen sich die *Fallissements*. Man zählte im Jahre 1921 nicht weniger als 5548 Bankerottklärungen. Im englischen Großhandel betrug die Zahl der Bankerotte allein 1028. Im Jahre 1919 hatte diese Ziffer nur 130 betragen. Aber nicht nur das Unternehmertum ist der Leidtragende, im stärksten Maße ist es auch die englische Arbeiterschaft. Die Zahl der *Arbeitslosen* hat zeitweilig die Ziffer von anderthalb Millionen überschritten. Von Mitgliedern von Gewerkschaften waren arbeitslos:

		in %
im Jahre	1913	2,1
„ Jahre	1920	3,1
„ Januar	1921	6,9

im Oktober	1921	15,6
„ November	1921	15,9
„ Dezember	1921	16,5
„ Januar	1922	16,8

Dazu kommen die sehr viel höheren Prozentziffern während des Kohlenarbeiterstreiks im Mai und Juni 1921 (22,2 und 23,1 %).

Englische Großbankiers haben vor nicht langer Zeit ihre schweren Bedenken hinsichtlich der gegenwärtigen Lage der englischen Volkswirtschaft zum Ausdruck gebracht. Keiner von ihnen hat es unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Besserung der englischen Wirtschaftslage ohne eine Wiederaufrichtung der desorganisierten Weltwirtschaft nicht möglich sei, und daß dieser Wiederaufbau vor allem in Ost- und Mitteleuropa beginnen müsse. Nur hier kann England Ersatz für die Enttäuschungen überseeischer Märkte, die überseeische Schutzzollbewegung, die Überproduktion und stärkere Eigenproduktion früherer Hauptabnehmer finden. Die Weltwirtschaft ist im Verlaufe des 19. und in den ersten 15 Jahren des 20. Jahrhunderts viel zu arbeitsteilig geworden, als daß der Niedergang einzelner Staaten oder eines wirtschaftlich homogenen Staatenkomplexes ohne Unglück für alle übrigen Länder der Welt vor sich gehen könnte. Während auf den überseeischen Gebieten Absatzstörungen und Schutzzölle die englische Ware fernhalten, haben die Friedensverträge und die sich aus ihr ergebende Valutamisere der mitteleuropäischen Länder eine Schleuderausfuhr, ein Valuta-Dumping, hervorgerufen, das der englischen Ausfuhr auf dritten Märkten starke Gefahren bringt. Wohl versucht man sich in England gegen dieses Dumping durch Zölle zu schützen — obschon auch diese manchen Nachteil mit sich bringen können —, nicht aber kann man die englische Ausfuhr davor bewahren, daß sie mit jeder neuen Marktverschlechterung die deutsche Industriekonkurrenz auf dritten Märkten stärker verspürt. So ist es ein durchaus verständiges und verständliches Eigeninteresse, das aus den Darlegungen eines der oben erwähnten Gutachten englischer Bankiers spricht, wenn Mr. Mc Kenna von der London Joint and Midland Bank erklärte: „Die ausschlaggebende Voraussetzung für die Wiederaufrichtung Europas besteht in der Festsetzung der Bedingungen der deutschen Entschädigung auf einer gesunden wirtschaftlichen Basis.“

Bereinigte Staaten von Amerika.

Daß die Vereinigten Staaten von Amerika in der Zeit von 1914—1918 Gelegenheit gehabt haben, ihren Reichtum, ihre industrielle und auch landwirtschaftliche Produktion zu steigern, ganze

Industrien aus dem Stadium einer noch infantilen Entwicklung auf eine hohe Stufe zu bringen, die Ausfuhr in bisher ungeahnter Weise zu erhöhen, eine schwächliche Schifffahrt und einen unentwickeltesten Schiffsbau zu den zweitwichtigsten Faktoren des weltwirtschaftlichen Seeverkehrs zu erheben, sind Tatsachen, die oft genug erörtert worden sind, als daß man sie hier nochmals mit Zahlenmaterial zu belegen brauchte. Nur eine Ziffer sei hier noch den genannten Tatsachen zur weiteren Illustration beigelegt: Die Gesamtdespositen in allen amerikanischen Banken haben sich von 17,4 Milliarden Dollars im Jahre 1913 auf 37,3 Milliarden Dollars im Jahre 1920 gesteigert. Was das bedeutet, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß in den dem achtjährigen Zeitraum vorangehenden 8 Jahren, also von 1905—1912, die Steigerung der Depositen nur etwa 7 Milliarden Dollars betragen hatte.

Für die Vereinigten Staaten ist es im Gegensatz zu allen anderen am Weltkrieg beteiligten Nationen beim Abschluß desselben die große Schicksalsfrage gewesen, ob die Union in der Lage sein werde, ihren außerordentlichen materiellen Fortschritt aufrecht zu erhalten und weiter auszubauen. Wird diese Frage mit „Nein“ beantwortet, so würde für die Vereinigten Staaten der enorme Zuwachs an Produktivkraft und akkumuliertem Reichtum für die nächsten Jahre, ja vielleicht Jahrzehnte, an Stelle einer Quelle der Prosperität unter Umständen eine Belastung bedeuten, die zu dauernden Absatzschwierigkeiten und Krisen führen müßte.

Seit dem Jahre 1920 — die abgeschlossenen Ziffern für das Jahr 1921 liegen gegenwärtig noch nicht vor — hat es den Anschein, als ob der Höhepunkt des während des Krieges für die Vereinigten Staaten einsetzenden Aufschwungs überschritten sei, ja einem gefährlichen Niedergang Platz mache.

Bezeichnend sind u. E. die Ziffern der Eisen- und Stahlindustrie, die ja im amerikanischen Wirtschaftsleben eine entscheidende, für sehr viele andere Wirtschaftsgebiete maßgebende Stellung einnimmt.

Es betrug in Millionen tons die Erzeugung in

	Roheisen:	Stahl:
1914	23,3	23,5
1918	39,0	44,4
1920	36,9	34,6 (1919)
1921	16,5	20,1

Man ersieht aus diesen Ziffern das erstaunliche Ergebnis, daß — wenn man frühere Jahre zum Vergleich heranzieht — die Roheisenziffer von 1921 zuletzt im Jahre 1904, die Stahlziffer für 1921 zuletzt im Jahre 1905 erreicht wurde! Mit diesem Ergebnis ist also nicht nur der Fortschritt während des Weltkrieges wettgemacht, sondern ein Rückschritt erreicht worden, dessen Ziffern ihresgleichen in weit zurückreichenden Jahren finden.

Ähnlich zeigt sich die Abnahme der Erzeugung auf anderen Gebieten schon im Jahre 1920:

1914	1918	1920
Rohle (Millionen tons)		
458,5	605,5	576,4
Kupfer (long tons)		
513 000	852 000	539 000
Blei (sh tons)		
512 000	539 000	476 000
Quecksilber (flasks)		
21 000	33 000	13 000
Zink (sh tons)		
343 000	492 000	450 000
Weißblech (Millionen Pds)		
2085	3301	2578 (1919)

Diesem Bilde entspricht auch die Entwicklung des Außenhandels, obschon natürlich hier infolge der sich ändernden Preisverhältnisse und in Ermangelung von Gewichtsziffern ein klares Bild nicht zu erhalten ist. Jedenfalls kann konstatiert werden, daß im Jahre 1920 der Wert der amerikanischen Ausfuhr im Monatsdurchschnitt 700 Millionen Dollars betragen hat, während er in den letzten 9 Monaten des Jahres 1921 nur 350 000 Dollar betrug.

Dieser Rückgang ist natürlich zu einem Teil auf einen Rückgang der Weltmarktpreise, besonders der Preise für Rohmaterialien zurückzuführen. Allein dies ist keineswegs die einzige Erklärung. Diese liegt vielmehr in starkem Maße in dem wiedererwachenden, wachsenden Wettbewerb, den die Vereinigten Staaten in der ganzen Welt, besonders aber auch auf solchen Absatzgebieten zu verspüren haben, bei denen sie während des Weltkrieges die europäische Konkurrenz weniger stark zu fürchten hatten.

Unter dem Einfluß dieser Verhältnisse befindet sich das amerikanische Wirtschaftsleben schon seit längerer Zeit in einem Stadium, das man als eine akute Krisis bezeichnen kann. Nach offiziellen Quellen waren bereits Anfang Juli des Jahres 1921 25 % der amerikanischen Arbeiter außer Tätigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen wurde von der American Federation of Labour damals auf 4 Millionen Arbeiter geschätzt. Bis zum Herbst 1921 wurde die Ziffer mit 5 Millionen angegeben. Der Not der Beschäftigung entspricht eine keineswegs erfreuliche Lage der großen Unternehmungen.

Die Verpflichtungen aus Fallissements betragen im Jahre 1913 272 Millionen Dollars, im Jahre 1914 sogar 357 Millionen Dollars. Dann trat ein gewaltiger Rückgang dieser Ziffer ein, die im Jahre 1918 163, im Jahre 1919 nur 113 Millionen Dollar betrug. Im Jahre 1920 ist sie wieder auf 295 Millionen Dollar

gestiegen, und das Jahr 1921 wird vermutlich eine weitere, nicht unbedeutliche Steigerung dieser Ziffer zu verzeichnen haben. Bezeichnend für den wirtschaftlichen Status des ganzen Landes pflegt ja in den Vereinigten Staaten der Vierteljahrsbericht des Stahltrüsts zu sein. Hier nun ergibt sich für den Bericht, der zu Ende des Jahres 1921 abschloß, daß zwar die Nettoeinnahme des Stahltrüsts mit 19,6 Millionen Dollar diejenige des vorhergehenden Vierteljahres um ein geringes übertraf, daß aber der erstgenannten Summe eine größere Erzeugung dieses Unternehmens als im Vorvierteljahr gegenüberstand, so daß die Nettoeinnahme eigentlich höher hätte sein müssen. Es wurde in amerikanischen Fachblättern ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Nettoeinnahmen für das letzte Vierteljahr 1921 seit 1915 (1. Vierteljahr) die niedrigsten gewesen sind. Bezeichnend aber für den augenblicklichen Zustand der amerikanischen Wirtschaft war es, daß gerade die letzten monatlichen Gewinnaussweise eine rückläufige Tendenz zeigten, nämlich:

8,2	Millionen Dollar	im	Oktober
6,4	"	"	September und
4,9	"	"	Dezember.

Es wurde berichtet, daß der Stahltrüsts, um die Vierteljahrsdividende auf die common shares zu bezahlen, wie in den vorhergehenden zwei Vierteljahren, auf seine Reserve zurückgreifen mußte.

Mit besonderer Sorge blicken die Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer Baumwollausfuhr in die Zukunft. Die Situation wird hier beherrscht durch die Tatsache, daß in England seit längerer Zeit eine schwere Krisis im Textilgewerbe besteht und infolgedessen die Aufnahmefähigkeit für amerikanische Baumwolle sich stark verringert hat. Worauf wiederum die Notlage der englischen Textilindustrie zurückführt, kann an anderer Stelle dieser Veröffentlichung nachgesehen werden. In den Vereinigten Staaten ist man vielfach der Ansicht, daß die pessimistischen Berichte über die englische Textilkrisis übertrieben sind, um den Preis der amerikanischen Rohbaumwolle ungebührlich zu drücken. Es mag sein, daß dieses Moment bei den jeweiligen Marktberichten, die aus England kommen, eine gewisse Rolle spielt. Aber auf der andern Seite weisen die rückläufigen Ausfuhrziffern der englischen Textilindustrie daraufhin, daß es sich hier nicht nur um Worte, sondern um Tatsachen handelt. Die starke Eindämmung des Absatzes für englische Textilwaren in Indien und China hat eine rückwirkende Kraft auf die Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten, soweit sie an der Ausfuhr von Rohbaumwolle interessiert sind. Man kann gerade an diesem Beispiel erkennen, wie eng verwoben die Interessen der Vereinigten Staaten mit den Wirtschaftsinteressen derjenigen Länder sind, nach denen der amerikanische Farmer heute noch in großen Massen seine Erzeugung absetzen muß.

Auch für die amerikanische Schifffahrt sind die Zeiten schwierig. Die amerikanische Handelsmarine ist auf Grund der kriegerischen Ereignisse aus dem Stadium ihrer bisherigen Lethargie herausgetreten und hat sich zu einer Weltbedeutung entwickelt. Während im Jahre 1914 im ganzen Schiffe mit 316 250 Großtonnen erbaut wurden, wovon freilich 56 549 Großtonnen der Binnenschifffahrt auf den großen Seen dienten, sind in den Jahren 1919 und 1920 zusammen Schiffe von nicht weniger als 7 200 000 Großtonnen erbaut worden, wovon auch hier 900 000 Großtonnen für die obigen Seen bestimmt waren. Weiter ist überaus bemerkenswert, daß im Jahre 1920 42 % der amerikanischen Einfuhr, soweit sie von der See geschah, und 43,6 % der amerikanischen Ausfuhr auf amerikanischen Fahrzeugen bewältigt wurde, während diese Biffern im Jahre 1913 nur 11,4 und 9,1 % betragen hatten.

Bezeichnend für die rückläufige Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten ist es übrigens auch, daß der Anteil der Fertigfabrikate und des Halbzeugs an der Gesamtausfuhr im Rückgang begriffen ist, während es bekanntlich ein besonderes Ziel der amerikanischen Außenhandelspolitik ist, die Ausfuhr von Fabrikaten und Halbfabrikaten gegenüber der bloßen Rohstoffausfuhr zu begünstigen. Im Jahre 1914 machte die Fabrikatausfuhr 31,11 % des Wertes der Gesamtausfuhr aus. Diese Ziffer stieg dann im Verlauf des Krieges auf 47,2 % im Jahre 1917, fiel dagegen in den folgenden drei Jahren wieder unter 40 %. Die entsprechenden Biffern für die Halbfabrikatausfuhr betragen:

im Jahre 1914	16,06 %	
„ „ 1918	20,58 „	dagegen
„ „ 1920	nur 11,86 „	„

Dem gegenüber steht eine starke Steigerung der prozentualen Beteiligung der Rohstoffausfuhr, die im Jahre 1914 34,03 % betragen hatte, dann im Jahre 1917 auf 11,76 % fiel, um in jedem der darauffolgenden Jahre nicht unerheblich, im Jahre 1920 auf 23,15 %, zu steigen.

Überblickt man die Gesamtheit der hier angeführten Tatsachen und die heutige Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten, so wird man ohne weiteres erkennen, daß die zukünftige Entwicklung der Union unmittelbar vor entscheidenden Ereignissen steht. Amerika kann die während des Krieges so außerordentlich schnell emporgeschraubte Fertigsfabrikation nur unterbringen und seine rapid entwickelte Handelsmarine nur voll und rentabel beschäftigen, wenn die Voraussetzungen für eine große Ausfuhr und ein großes Reedereigeschäft erhalten bleiben. Diese Voraussetzungen liegen aber auf weltwirtschaftlichem Gebiet. Darum kommt es für die Vereinigten Staaten durchaus nicht allein darauf an, durch gewaltige Anstrengungen und eventuell Unterbietungen sich die im Krieg eroberten Absatzmärkte

weiterhin zu erhalten; denn, wie man an dem Beispiel der Baumwollausfuhr nach England gesehen hat, hängt der Außenhandel der Vereinigten Staaten auch von denjenigen Beziehungen ab, welche die unmittelbaren Käufer amerikanischer Rohstoffe zu dritten Ländern unterhalten.

Wenn man sich in Amerika begreiflichen Sorgen darüber hingibt, ob es möglich sein wird, die südamerikanischen Märkte, die man während des Krieges teilweise erobern konnte, gegenüber der alten Konkurrenz Europas auch jetzt bis zu einem gewissen Grade zu halten, so muß sich der große amerikanische Geschäftsmann sagen, daß diese Frage in starkem Maße von der Aufnahmefähigkeit der dortigen Länder abhängt, und daß wiederum deren Aufnahmefähigkeit zu einem großen Teil dadurch bedingt wird, daß Europa in der Lage ist, diesen Ländern Güter in friedensmäßigen Quantitäten abzukaufen, also Brasilien Kaffee und Reis, Argentinien Mais und Wolle, Chile Salpeter usw. Die Verarmung wichtiger europäischer Staaten, wie Deutschlands, Osterreichs, Ungarns, Rußlands und der Randstaaten, muß auf die Dauer auch eine Verarmung für die Kunden der amerikanischen Union bedeuten, die dieser selbst wiederum gefährlich werden muß. Dazu kommt, daß die andauernde Valutaverschlechterung in einzelnen europäischen Produktionsländern eine unmittelbare Verschärfung des Wettbewerbes für den Amerikaner auf dritten Märkten bedeutet, während sie für die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten das größte Hindernis ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben während des Krieges nicht nur ihre Produktivkraft enorm steigern können, sie sind auch das goldreichste Land der Welt geworden. In ihrer Macht steht es in erster Linie, durch eine angemessene Kreditgewährung der Verarmung Mitteleuropas entgegenzuwirken und die Kaufkraft dieses Gebietes im Interesse der Weltwirtschaft und damit nicht zuletzt auch im Interesse des amerikanischen Farmers, Fabrikanten, Arbeiters, Händlers und Reeders zu heben.

Süd- und Mittelamerika.

Die Jahre des Weltkrieges hatten dem Wirtschaftsleben der meisten süd- und mittelamerikanischen Staaten — rein äußerlich gesehen — eine Hochkonjunktur gebracht. Für sehr viele Produkte Lateinamerikas (Kupfer, Zinn, Manganerz, Wolle, Häute, Fleisch, Zucker, Gerbstoffe) bestand in den Ententeländern rege Nachfrage. Die Preise dieser Erzeugnisse stiegen, und um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden, vergrößerten die Länder Lateinamerikas ihre Produktion durch Erweiterung der

Unbauflächen, Inangriffnahme neuer Aufschließungsarbeiten usw. Da gleichzeitig die *Einfuhr* stark zurückging, weil die Industrien der Entente Staaten sich auf den Kriegsbedarf umgestellt hatten und wenig exportfähig waren, so zeigten die Handelsbilanzen der süd- und mittelamerikanischen Staaten große *Aktivsalden*; die daraus resultierende *Geldfülle* hat allerdings Lateinamerika keinen Segen gebracht.

Nicht nur hat diese Geldfülle inflationistisch gewirkt, sie hat auch weiten Kreisen allzulange den wahren Charakter der Hochkonjunktur als einer auf durchaus ungesunden Grundlage ruhenden *Scheinblüte* verschleierte. Die *Preise* für die *Ausfuhr* produkte waren zwar nominell gestiegen, tatsächlich aber waren sie — gemessen an ihrer Kaufkraft — gesunken. Denn während die Preise der *Ausfuhr* erzeugnisse um 50 bis 100 % stiegen, mußte Lateinamerika gleichzeitig für die *eingeführten* Fertigfabrikate, auf die es bei der geringen Entwicklung seiner Industrien angewiesen ist, 150 bis 250 % mehr bezahlen als vor dem Kriege. Die „hohen“ Preise der *Ausfuhr* produkte waren also nur eine optische Täuschung. Da die Menge der *Einfuhr* sehr zurückging, reichte zwar zu ihrer *Bezahlung* der Erlös der *Ausfuhr* aus; tatsächlich verschlechterte sich aber die wirtschaftliche Position Lateinamerikas ganz erheblich dadurch, daß ein namhafter Teil des *Einfuhr* bedarfs, der in der Hauptsache aus Maschinen, Eisenwaren, Chemikalien, Textilwaren u. dergl. besteht, ungedeckt blieb. Lateinamerika hätte in der Lage sein müssen, für die bis nach Kriegsende aufgeschobene Deckung dieses Bedarfs ausreichende Rückstellungen aus dem Erlös seiner *Ausfuhr* zu machen. Das ist von weitschauenden Volkswirtschaftlern Lateinamerikas während des Krieges wiederholt betont worden.

Um den süd- und mittelamerikanischen Ländern derartige Rückstellungen zu ermöglichen, hätte der *Preis* der *Ausfuhr* produkte wesentlich höher sein müssen als der erzielte. Das eine solche weitblickende, vorsorgende Wirtschaftspolitik nicht möglich war, dafür sorgte der *Eigennutz* der Entente und die *Bedenkenlosigkeit*, mit der sie Lateinamerika gegenüber von ihrer einzigartigen *Macht* position Gebrauch machte. Infolge der völkerrechtswidrigen *Blockierung* Deutschlands war die Entente als *einziger Großkäufer* im Markte und hatte schon dadurch bei geschlossenem Auftreten ein *Ubergewicht* über die lateinamerikanischen Produzenten. Außerdem verfügte sie aber über ein *souveränes Druckmittel*: sie kontrollierte fast die gesamte *Weltkonnage*, hatte es also in der Hand, ein Land, das sich nicht willfährig zeigte, auf seinen *Produkten* sitzen zu lassen. Von diesen *Machtmitteln* hat die Entente in zwei Richtungen den *rücksichtslosesten* Gebrauch gemacht: erstens, indem sie eine Anzahl Staaten Süd- und Mittelamerikas zur *Kriegserklärung* an die *Mittelmächte* bewog, und zweitens, indem sie sowohl diesen „alliierten und assoziierten“

Ländern wie auch den ihre Neutralität behauptenden nur diejenigen Preise für die Ausfuhrprodukte zubilligte, die ihr zu zahlen gut schien. Ja, England und Frankreich ließen sich sogar von Argentinien und Uruguay den Kaufpreis für die Erzeugnisse, die sie so gnädig waren, ihnen zu dem diktierten Preise abzunehmen, noch auf Jahre stunden. Diese Preiskontrolle hat der Entente die Kriegsführung auf Kosten Lateinamerikas ganz beträchtlich verbilligt; die Differenz zwischen den von der Entente zugebilligten Preisen und den angemessenen Preisen, die eine gesunde Wirtschaftspolitik ermöglicht hätte, stellte gewissermaßen den Zwangsbeitrag Lateinamerikas zu den Kriegskosten der Entente dar. Bei Argentinien geht das Mißverhältnis zwischen Einfuhr und Ausfuhr hinsichtlich Menge und Preis aus der nachstehenden Übersicht hervor, der die argentinische Handelsstatistik zugrunde liegt:

Jahr	Durchschnittspreis		Menge	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
1913	+ 10 %	— 2 %	+ 20 %	+ 36 %
1914	+ 11 %	+ 1 %	— 23 %	+ 2 %
1915	+ 27 %	+ 16 %	— 36 %	+ 28 %
1916	+ 61 %	+ 31 %	— 38 %	+ 12 %
1917	+ 98 %	+ 76 %	— 48 %	— 20 %
1918	+ 194 %	+ 75 %	— 53 %	+ 17 %
1919	+ 178 %	+ 93 %	— 35 %	+ 37 %
1920	+ 196 %	+ 37 %	— 16 %	+ 94 %
1921	+ 122 %	+ 46 %	— 25 %	+ 28 %

Die eigennützige Preispolitik der Entente während des Krieges hat auf die Wirtschaft Lateinamerikas geradezu verheerend gewirkt; bar aller Reserven, mußte sie der ersten Krisis wehrlos erliegen. Diese Krisis kam im Jahre 1920. Nach dem plötzlichen Ende des Krieges war der Handelswagen noch einige Zeit im Kriegstempo dahingerollt, da sich die Umstellung auf die Friedenswirtschaft in den Ententeländern nur allmählich vollzog; vielfach erfolgten auch Verschiffungen auf Lager, um möglichst schnell der erwarteten starken Nachfrage der völlig erschöpften Länder Mittel-europas genügen zu können. Der Versailler Vertrag, der die Kaufkraft Deutschlands brutal niederschraubte, hat alle diese Erwartungen zuschanden gemacht und Lateinamerika erschwert, in absehbarer Zeit eine vernünftige Grundlage für die Balanzierung seines Außenhandels zu finden.

Die Krisis begann um die Mitte des Jahres 1920. Mit dem Stocken der Ausfuhr erlebten die Produktenpreise ungeheure Stürze, vielfach bis unter das Niveau der Vorkriegszeit. Die lateinamerikanischen Wechselkurse verschlechterten sich demgemäß rapid. Diese noch in unverminderter Stärke andauernde Krisis

übertrifft an Intensität, Dauer und Hoffnungslosigkeit alle in der Wirtschaftsgeschichte Lateinamerikas bisher verzeichneten. Das Ausbleiben der Nachfrage aus Mitteleuropa, das vor dem Weltkriege $\frac{1}{5}$ bis $\frac{1}{6}$ der Ausfuhr Süd- und Mittelamerikas aufnahm, hat nicht nur zur Folge, daß dieses Sechstel unausgeführt bleibt, sondern ist auch der Grund, weshalb die übrigen $\frac{5}{6}$ zu solch ruinös niedrigen Preisen verschleudert werden müssen. Denn bekanntlich sind es beim Handel gerade die „Spitzen“ der Nachfrage, die den Gesamtpreis bestimmen. Die Fernhaltung Mitteleuropas vom lateinamerikanischen Produktenmarkt durch die Entente hat also jetzt die gleiche Wirkung wie das Preisdiktat der Entente während des Krieges: die Staaten Lateinamerikas vermögen nicht für ihre Ausfuhr den angemessenen Preis zu erzielen. Sie sind daher gezwungen, ihre Einfuhren aus dem Auslande einzuschränken und das Niveau ihrer Lebenshaltung herabzusetzen.

Was der Ausfall Mitteleuropas bedeutet, geht schon daraus hervor, daß z. B. im Jahre 1913 von der Gesamtausfuhr Lateinamerikas (im Werte von 6000 Millionen Goldmark) Deutschland für 1102 Millionen Goldmark aufnahm, d. h. fast doppelt so viel als Frankreich. Gegenwärtig ist der Bedarf Deutschlands aber noch viel größer als vor dem Kriege, da einerseits die deutsche Aufnahmefähigkeit für die lateinamerikanischen Rohstoffe, Nahrungs- und Futtermittel nach der Raubwirtschaft des Krieges schier unbegrenzt ist, und andererseits Rußland auf unabsehbare Zeit als Lieferant nicht in Frage kommt. Nimmt man aber auch nur den deutschen Einfuhrbedarf der Vorkriegszeit an, so ergibt sich z. B. hinsichtlich Argentiniens das folgende Bild: Argentinien führte 1912 nach Deutschland 546 201 Tonnen Weizen aus, 1921 dagegen nur 99 461 Tonnen; diese Minderausfuhr von 450 000 Tonnen bedeutet für Argentinien eine Mindereinnahme von 75 Millionen Pesos jährlich. 1913 kaufte Deutschland in Argentinien 429 664 Tonnen Leinsaat, 1921 dagegen nur 93 088 Tonnen; dieser Minderkauf von 337 000 Tonnen bedeutet für Argentinien einen Verlust von 63 Millionen Pesos. Entsprechend verliert Argentinien an unterbleibenden Maislieferungen 23 Millionen Pesos, an Hafer 10 Millionen, an Quebrachoholz 30 Millionen Pesos jährlich usw.

Die chilenische Ausfuhr nach Deutschland, die 1912 $77\frac{1}{2}$ Millionen Goldpesos ausmachte, ist zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Das ganze chilenische Wirtschaftsleben stagniert, weil die Salpeterausfuhr, von der früher mehr als $\frac{1}{3}$ nach Deutschland ging, 1921 auf 1 100 000 Tonnen (40 % der Friedensausfuhr) gesunken ist. Dadurch sind auch die chilenischen Staatsfinanzen, deren Grundlage die Salpeter-Ausfuhrzölle bilden, aufs schwerste erschüttert. Der chilenische Wechselkurs hat einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht; 1 chil. Peso = 6 pence (gegen 18 pence Parität).

Auch die südamerikanischen Häutemärkte stagnieren infolge des Ausbleibens der deutschen Nachfrage. Ähnliches gilt für Parana und für den brasilianischen Gummi. In Peru werden wegen der niedrigen Baumwollpreise die Baumwollfelder umgepflügt. Von der Steinnußernnte Guadours kaufte Deutschland früher für seine große Knopfindustrie 55 bis 60 %, jetzt so gut wie nichts. Von der Kaffe-Ernte Costa Ricass 1919-20, die 196 369 Sack ergab, konnte Deutschland nur 768 Sack aufnehmen. Die Lage der Kakaopflanzer im Staate Bahia ist wegen der Absatzschwierigkeiten verzweifelt. Bolivien hat 1913 über Afrika für 6 Millionen Bolivianos nach Deutschland ausgeführt; 1920 konnte es dorthin nur für $\frac{1}{4}$ Million Bolivianos exportieren.

Von der dominikanischen Kakaoausfuhr kann Deutschland jetzt fast nichts aufnehmen; 1913 nahm es 3295 Tonnen ab. Die dominikanische Tabakausfuhr, die 1913 9790 Tonnen umfaßte, ging früher fast ganz nach Deutschland (1913: 9136 Tonnen). Jetzt lassen die Pflanzler den größten Teil der Ernte verderben, weil sie keinen Absatz finden würden, und Tausende von ihnen sind ruiniert.

Eine Ironie des Schicksals hat es gewollt, daß die Preisdiktatur der Entente am schwersten ein „alliiertes und assoziiertes“ Land, Kuba, getroffen hat; dort hatten die Zuckerpflanzer, um der Nachfrage der Entente gerecht zu werden, während des Krieges 65 Millionen £ in Neuanlagen investiert. Da die alliierte Zuckerkommission die Preise aber willkürlich festsetzte, waren ausreichende Abschreibungen auf diese Neuanlagen nicht möglich. An der nach Kriegsende unverkauft bleibenden Überproduktion hat Kuba 40 Millionen Dollar eingebüßt; ferner sind die investierten 65 Millionen £ so gut wie verloren. Zahlreiche Pflanzler, Zuckerrfabriken und Banken sind daher im Jahre 1921 zusammengebrochen.

Wie ruinös das Ausbleiben der deutschen Nachfrage nach Kriegsende auf die Preise der lateinamerikanischen Produkte gewirkt hat, zeigt das Beispiel des brasilianischen Hauptproduktes, des Kaffees. Im Jahre 1913 brachte der Sack Brasil-Kaffee 3 £ 3 sh, 1920: 4 £ 18 sh, 1921 dagegen nur 2 £ 14 sh. (Noch stärker ist der Preis des mittelamerikanischen Kaffees gesunken). Der Preis des brasilianischen Tabaks, der von 56 £ 6 sh je Tonne im Jahre 1913 auf 96 £ 3 sh im Jahre 1919 gestiegen war, sank 1921 auf 60 £ 2 sh, ist also nicht wesentlich höher als vor dem Kriege. Im Durchschnitt erhielt Brasilien für seine Erzeugnisse im Jahre 1920 11 % mehr als 1913, während es gleichzeitig die Einfuhrwaren 235 % teurer bezahlen mußte!

Angeichts dieses bei allen lateinamerikanischen Ländern obwaltenden Mißverhältnisses der Preise ist es nicht verwunderlich, daß ihre Handelsbilanzen meist passiv geworden sind; d. h. diese Staaten vermögen mit dem Erlös ihrer Ausfuhr

nicht einmal den dringendsten Einfuhrbedarf zu bezahlen. Die Wechselkurse haben sich entsprechend verschlechtert. Sogar die kräftigste südamerikanische Währung, der argentinische Peso, hat im Jahre 1921 gegenüber dem Dollar zeitweise bis zu 48 % der Parität verloren, gegenüber dem Schweizer Franken bis 30 %, gegenüber dem £ bis 13 %.

Um zu ermes sen, was eine passive Handelsbilanz für die Staaten Lateinamerikas bedeutet, muß man berücksichtigen, daß sie sämtlich stark an England, Frankreich und Nordamerika auf Grund von Anleihen und Kapitalinvestitionen verschuldet sind. Allein England hat in Süd- und Mittelamerika über 1000 Mill. £ angelegt. Zur Zahlung der Zinsen bzw. Gewinne an die ausländischen Gläubiger brauchen die lateinamerikanischen Staaten, wenn sie ihre Zahlungsbilanz gesund erhalten wollen, unbedingt eine aktive Handelsbilanz. Einige Staaten haben denn auch bereits den Anleihe dienst suspendieren müssen; den Schaden haben die englischen und französischen Gläubiger. Ferner erleiden die Aktionäre der englischen, in Süd- und Mittelamerika arbeitenden Gesellschaften empfindliche Valutaverluste bei der Umrechnung der in den lateinamerikanischen Währungen erzielten Gewinne in £.

Der Ausfall an Einnahmen, den Lateinamerika in den Jahren 1919-1921 durch die Fernhaltung Deutschlands vom lateinamerikanischen Markte gehabt hat, ist, selbst wenn man nur die Bezüge der Vorkriegszeit zugrunde legt, auf 800 bis 900 Millionen Dollar zu bemessen. Der Schaden, den Lateinamerika durch den Preisturz infolge des Ausbleibens der deutschen Nachfrage erlitten hat, dürfte noch wesentlich höher sein. Man erblickt daher in Süd- und Mittelamerika den einzigen Ausweg aus der gründlich verfahrenen wirtschaftlichen Situation in dem Wiedereinsetzen der deutschen Käufe.

Der Versailler Vertrag hat mit der durch ihn versuchten Neuordnung der Weltwirtschaft einen geradezu grotesken Zustand geschaffen. Lateinamerika sitzt auf ungeheuren Produktmengen, von denen es mühsam einen Teil und nur zu verlustbringenden Preisen loszuwerden vermag. Seine Kaufkraft ist demgemäß auf ein Minimum gesunken; aufnahmefähig ist es am ehesten noch für die Waren Deutschlands, das, um Devisen für die Befriedigung seiner Feinde zu erhalten, um jeden Preis exportieren muß. Die durch den Versailler Vertrag herbeigeführte Entwertung der Mark gibt Deutschland die größten Absatzchancen in Süd- und Mittelamerika, zum Schaden Englands, Frankreichs und Nordamerikas, wo infolge des teilweisen Stilliegens der Exportindustrien die Arbeitslosigkeit mit all ihren traurigen Begleiterscheinungen einen beängstigenden Umfang angenommen hat. Ganz beträchtlich sind ferner die Verluste, die England und Nord-

amerika als Gläubiger Lateinamerikas durch den schlechten Stand der südamerikanischen Währungen erleiden. Der einzige Gewinn, den die Ententeländer scheinbar haben, ist der, daß ihnen die Produkte Lateinamerikas — zu dessen Schaden — billig einfließen. Durch diese Baisse der lateinamerikanischen Produkte werden aber die gleichen Produkte anderer Teile des britischen Reiches (namentlich Australiens und Neuseelands) ebenso empfindlich getroffen, was wiederum deren Aufnahmefähigkeit für die Erzeugnisse der britischen Industrie vermindert. Diejenigen Länder also, denen der Versailler Vertrag zugute kommen soll, werden durch ihn ebenso geschädigt wie der Schuldner Deutschland und wie die übrigen Teilnehmer der Weltwirtschaft. Das ganze Unglück rührt offenbar von denjenigen Waren her, die Deutschland als Tribut ohne Gegenleistung in den Weltkreislauf der Weltwirtschaft werfen muß, in dessen feinem Alderney sie als ökonomischer Fremdkörper notwendigerweise pathogen wirken müssen.

Während man bisher als Aufgabe der Weltwirtschaftspolitik den harmonischen, möglichst reibungslosen Ausgleich der berechtigten wirtschaftlichen Interessen aller Völker zum Nutzen aller Völker betrachtete, hat der Versailler Vertrag das Kunststück fertig gebracht, ein widernatürliches Weltwirtschaftssystem zu schaffen, bei dem es ausschließlich Geschädigte gibt. Sollte es der Menschheit des 20. Jahrhunderts wirklich nicht möglich sein, eine vernünftigerere Basis für ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu finden?

Spanien.

Die Wirtschafts- und Handelspolitik Spaniens wurde in den letzten Jahren von zwei Faktoren charakterisiert: von Kabinettskrisen und Zollkriegen. Obschon aber die ständigen innerpolitischen Schwankungen und Unruhen nicht ohne Einfluß auf den Gang des spanischen Wirtschaftslebens geblieben sind, fallen sie doch nicht so sehr ins Gewicht, wenn man ihre Wirkungen mit denen der Geschehnisse vergleicht, die von außen her die Grundfesten der spanischen Wirtschaft erschütterten. Der chaotische Zustand der Weltwirtschaft, wie er sich nach Beendigung des Weltkrieges und nach dem Abflauen der Nachkriegskonjunktur entwickelte, rief eine scharfe Zollschutzpolitik hervor, die zur Kündigung der sämtlichen mit anderen Staaten getroffenen Handelsverträge und in weiterer Folge zu einer Reihe von Zollkriegen und einer endlosen Periode neuer und langwieriger Handelsvertragsverhandlungen führte. Vom spanischen Standpunkt aus gesehen, war die Politik der Prohibitivzölle lediglich das einzige

und das letzte Mittel, um aus dem Zustand einer schwer darniederliegenden Wirtschaft heraus einen wirklichen Gesundungsprozeß überhaupt durchführen zu können. Spanien hat während und in der ersten Zeit nach dem Kriege den unerhörten Aufschwung seiner nationalen Industrie gesehen, hat die Entwicklung geradezu im Eiltempo vor sich gehen sehen und konnte nicht rechtzeitig erkennen, daß die Gewinperiode vorüber und ein normales Maß an die Produktionsbedingungen wieder gelegt werden müsse. Das ungesunde und unnatürliche dieser Eilentwicklung nach oben wurde erst klar erkannt, als Anfang 1920 der Konjunkturschwung eintrat und es nunmehr galt, die industrielle Hochproduktion rückwärts gehen zu lassen und auf die natürlichen Weltmarktsbedingungen und das gesunde Ausmaß von Angebot und Nachfrage zurückzuführen. Mit der Erkenntnis dieser Tatsachen und dem Versuch, das Wirtschaftsleben diesen Hauptmomenten anzupassen, setzten nicht nur die ersten Hemmungen und Nöte in Spaniens Industrie und Handel ein, sondern es traten auch all die Krankheitserscheinungen der Überproduktion, der Übergründung neuer Industriegesellschaften, der Überfinanzierung von Handel und Industrie groll hervor, zu denen die oben skizzierte rapide Entwicklung im Wirtschaftskörper die Keimzellen gelegt hatte.

Mit der Verminderung der Nachfrage auf dem Weltmarkt, die nicht zuletzt durch die Wiederbelebung der Industrien der am Weltkrieg beteiligten Staaten bedingt war, hätte der Umstellungsprozeß der spanischen Wirtschaft eigentlich nun auch im Eiltempo rückwärts gehen müssen, um so die bisherige Überproduktion dem normalen Entwicklungsstadium und den veränderten Außenhandelsbedingungen anzupassen. Aber es war auch in Spanien nicht möglich, Betriebseinschränkungen in einem derartig großen Maßstabe vorzunehmen, daß mit einem Schlage die Industrie den jetzt an sie gestellten Neuforderungen entsprechen konnte. Es erklärt sich dies auch daraus, daß durch Arbeitseinschränkungen notwendigermaßen eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt eintritt und daß ein plötzlicher und scharfer Zustrom neuer Arbeitsloser eine soziale Unzufriedenheit zeitigt, die zu innerpolitischen Entwicklungen hätte führen können.

Die Kündigung der Handelsverträge mußte von der spanischen Regierung vorgenommen werden, damit sie nunmehr in der Ausgestaltung eines neuen Zolltarifes freie Hand bekam. Nach vielfachen Veränderungen des bisherigen Zolltarifes ist nunmehr im Februar 1922 ein neuer spanischer Zolltarif in Kraft getreten, der allen Wünschen der einheimischen Industrie weitgehend Rechnung trägt; denn die Interessen der spanischen Industrie sind hierbei geschützt worden, wo und wie es nur immer gehen wollte. Unzufriedenheit über die Neugestaltung des Zollsystems herrscht dagegen in den Kreisen der spanischen Landwirtschaft,

die auch jetzt nur einen sehr mäßigen Zollschutz erfahren hat, während andererseits die von ihr benötigten Rohprodukte und Industrieerzeugnisse durch die Zollerhöhungen in sehr empfindlicher Weise verteuert worden sind. Während aus den Kreisen der spanischen Industrie das Urtheil über den neuen Zolltarif durchaus befriedigend lautet, wird aus Handelskreisen heraus ein heftiger Kampf dagegen geführt. Der spanische *A u ß e n h a n d e l* mußte unter der von industriellen Rücksichten bedingten Zollschutznpolitik außerordentlich leiden, denn nunmehr war und ist durch die Verteuerung der Importgüter, wie in den meisten anderen Ländern so auch in Spanien, der Inlandsmarkt unter die Kontrolle der Industrie gesetzt. Durch die übermäßige Verteuerung aller Industrieerzeugnisse, die den spanischen Industrieerzeugnissen im Lande irgendwie Konkurrenz machen könnten, ist die spanische Industrie auf dem Inlandsmarkt fast unabhängig in ihren Preisfestsetzungen und Preisstellungen. Dieses so bedingte Preisniveau, das künstlich hochgehalten wird, wirkt durch die hohen Inlandspreise auch auf den Export, indem Hemmungen und Schwierigkeiten dem Wettbewerb der spanischen Exportgüter auf dem Weltmarkt entstehen und der Wettbewerb auf dem Weltwarenmarkt für Spanien nicht nur verschärft, sondern vielfach unmöglich gemacht wird. Spanien hat durch die hohen Zollsätze um das Land förmlich eine chinesische Mauer errichtet; das Wirtschaftsleben wurde hierdurch gebunden, so daß seine jetzige Gestalt zwangsweise bestimmt wird und erst nach einer Umstellung wirklich zur Gesundung gelangen kann.

Es waren jedoch nicht allein diese industriellen nationalen Beweggründe, die den Grund für die spanische Handelspolitik abgegeben haben, sondern neben den auf die Situation der Weltwarenmärkte zurückgehenden Ursachen waren es nicht zuletzt die Verhältnisse auf dem internationalen *D e v i s e n m a r k t*, die Spaniens Handel und Industrie zum Verhängnis geworden sind. Die Unterscheidung in ober- und unterwertige Valuten, wie sie sich durch die Nachkriegsbedingungen ergeben hatten, mochte auch für Spaniens Waren den freien Wettbewerb unmöglich, züchtete weltwirtschaftlich geradezu groteske Bilder und führte notgedrungen zu einer Preisunterbietung, die nicht gewollt, sondern einzig und allein durch die Währungsunterschiede bedingt wurde und die die sogenannten *Anti-Dumping-Maßnahmen* hervorgerufen hat. Diese wiederum haben auf die spanische Zollpolitik eingewirkt, und da sie sich automatisch der Zolltarifgestaltung anpassen müssen, kommt man wiederum, diesmal aber von der Geldseite her, zu einer Begründung der spanischen Zollpolitik. Festgestellt kann mithin werden, daß der Industrieschutz Spaniens bedingt war zum Zwecke der Umstellung auf die normalen Weltmarktsbedingungen, wobei die Ausschaltung der Einwirkungen von außen her eine gänzliche sein sollte. Das, was sich jetzt in Spanien abspielt, muß als ein künstlicher Gesun-

dungsprozeß bezeichnet werden, der eben seiner Künstlichkeit halber nicht zu einer wirklichen Gesundung führen kann.

Sind dies die Verhältnisse, wie sie weltwirtschaftlich erzeugt worden sind, so sind doch auch die Bedingungen, wie sie sich von innen her für das spanische Wirtschaftsleben ergaben, außerordentlich trübe. Sie haben Nöte und Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben gezeitigt, die das ganze Land unter einer außerordentlich schweren Depression leiden lassen. Durch das Fehlen eines geregelten Abflusses der Ware nach dem Auslande und dem Mangel an Absatz im Inlande selbst sind gewaltige Warenvorräte geschaffen worden, die naturgemäß auf das spanische Preisniveau einen starken Druck ausüben müssen und die ihrerseits zu verstärkter Produktionsverminderung zwingen. Wie überall so ergibt sich auch in Spanien durch die zwangsläufig bedingten industriellen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, eine Erhöhung der sozialen Unzufriedenheit, und beides zusammen legen dem Handel neue und schwere Fesseln auf. Mit am meisten betroffen von der spanischen Industriekrise, unter der fast gleichmäßig alle Industriezweige leiden, ist die spanische Textilindustrie, die zu einer fast vollständigen Stilllegung gezwungen worden ist, da sie in erster Linie auf die Rohstoffzufuhr aus dem Auslande angewiesen ist. Weiterhin ist die katalonische Huttenindustrie durch die Bedingungen, wie sie sich in Spanien selbst und auf dem Weltmarkt ergaben, sehr stark in Mitleidenschaft gezogen. Wenn trotzdem die Arbeitslosigkeit in Spanien noch nicht so groß wie in anderen reinen Industrieländern geworden ist, so liegt dies an dem Abströmen der freigewordenen Arbeitskräfte in die Landwirtschaft. Selbst aber angesichts dieser Tatsache bleibt das Arbeitslosenproblem und seine Lösung auch für Spanien eine drängende und brennende Frage seiner gesamten inneren und Wirtschaftspolitik.

Spaniens Außenhandel spiegelt auf das deutlichste die schwere wirtschaftliche Depression, die auf dem Lande liegt, wieder. Der Einfuhrüberschuß für 1921 beträgt 408 Mill. Peseten, im Vergleich hierzu war die Zahl des Jahres 1920 371 Mill. Peseten, während 1919 unter der Nachwirkung der mit Beendigung des Weltkrieges geschaffenen Konjunktur der spanische Außenhandel einen Ausfuhrüberschuß von 462 Mill. Peseten aufwies. Auch die Zahlen für den Außenhandel der ersten Monate 1922 erweisen auf das deutlichste eine weitere Verschlechterung der spanischen Handelsbilanz. Selbst die im Februar zum ersten Male in Erscheinung tretenden Wirkungen des neuen Zolltarifs haben nicht vermocht, das Gesamtbild zu verändern. Im Gegenteil! Die Lage auf dem Arbeitsmarkt spitzt sich mehr und mehr zu, und in Rückwirkung der trüben Lage von Handel und Industrie ergibt sich im Staatshaushalt ein Defizit, das in seiner Höhe für Spaniens Finanzen geradezu einen Rekord bedeutet. Für 1919

bis 1920 war der Fehlbetrag im Staatshaushalt auf 482,4 Mill. Peseten angewachsen und betrug 1920-21 872,7 Mill. Peseten, hatte sich mithin nahezu verdoppelt. Hierbei muß ganz besonders berücksichtigt werden, daß selbst alle Zollerhöhungen, alle steuerlichen Erhöhungen bei weitem nicht genügend für den Geldbedarf des Staates waren und nur die immer erneute Ausgabe von Staatsobligationen den notwendigen Ausgleich schaffen mußte. Bei den Staatsausgaben kommt nur zum geringsten Teil die Vermehrung im Heeresetat durch die marokkanischen Wirren in Betracht; es ist vielmehr in erster Linie maßgebend die steigende Passivität des Außenhandels und die schwere Industriekrise, die allem Zollschutz zum Trost Spanien seit 1920 durchzumachen hat. Für den neu aufzustellenden Staatshaushalt wird ein Fehlbetrag, der sich auf über 860 Mill. Peseten beläuft, wiederum vorausgesetzt. Zur Beschaffung dieses Fehlbetrages bleibt wiederum nur die Neuemission von Staatsschuldentitres und eine weitere Verschärfung der Steuern. Ob aber und inwieweit beide Maßnahmen der Geldnot des Staates zu genügen vermögen, bleibt vorerst noch unübersichtlich.

Die spanischen Finanzen, Spaniens Wirtschaftsleben sind zerrüttet — dies ist das Ergebnis der jetzigen wirtschaftlichen Struktur des Landes, und nicht zum wenigsten eine Folge der Abschnürung des Landes vom Weltmarkt. Ein Gutes hat lediglich die übertriebene Zollschutzpolitik der Regierung bewirkt, sie hat — aber auch nur vielleicht — Katastrophen im Wirtschaftsleben verhindert; ob sie aber ganz unausbleiblich sein werden? Der Banktrach in Barcelona wird wohl kaum der einzige bleiben.

Wie sieht es nun mit den Aussichten für eine wirkliche Gesundung der spanischen Verhältnisse aus? Optimistisch sieht im Lande niemand in die nahe Zukunft. Vorerst versperret der hohe Kursstand der spanischen Valuta und die Höhe der industriellen Preisgestaltung den spanischen Erzeugnissen den freien Weg zum Weltwarenmarkt. Auf dem Inlandsmarkt schaffen anormal verteuerte Einfuhrgüter ungesunde Handels- und Produktionsverhältnisse. Zugegeben sei, daß eine veränderte Zollpolitik angesichts der jetzt geschaffenen künstlichen Wirtschaftssituation leicht zu Katastrophen führen könnte. Mit diesem Zugeständnis zugleich ist aber auch die Folgerung notgedrungen verbunden: daß die wirkliche Hilfe für Spaniens Wirtschaft nicht von innen heraus, sondern von außen her kommen muß — vom Weltwarenmarkt und vom internationalen Devisenmarkt her. Entstehen hier an Stelle des jetzt herrschenden Chaos einigermaßen geordnete Zustände, so werden die spanischen Wirtschaftsverhältnisse sich ganz von selbst ihnen anzupassen vermögen. Mit der Regelung der Weltwirtschaft wird Spaniens wirtschaftliche Gesundung gleichen Schritt halten.

Italien.

Ob schon Italien als Hauptquelle seiner nationalen Produktion die Landwirtschaft betrachtet, machte es doch während der 20 Jahre, die dem Kriege vorangingen, auf industriellem Gebiete bemerkenswerte Fortschritte. Besonders trifft das auf die Textilindustrie, die Nahrungsmittelindustrie und die Maschinenbauindustrie zu, die bei Ausbruch des Krieges etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen Arbeitern Beschäftigung boten.

Daß der Krieg eine nicht leichte Umstellung der Volkswirtschaft bedingte, war selbstverständlich, und nach dem Kriege trat dann auch sofort eine Krisis ein, als die Wirtschaft wieder auf den Friedensstand umgebaut werden sollte. Italien leidet zunächst Mangel an Rohstoffen und ist hier von der ausländischen Versorgung in hohem Grade abhängig. Vor allem fehlt es an Kohlen, und die Wasserkräfte und die Elektrizitätsversorgung können noch lange nicht auch nur notdürftig Ersatz schaffen. Es kamen vor dem Kriege von der gesamten Einfuhr etwa 58% allein auf Rohstoffe, nur 23% auf fertige Fabrikate und 19% auf Nahrungsmittel, woraus sich die große Abhängigkeit Italiens von der ausländischen Rohstoffversorgung ergibt. Die Friedensindustrie brauchte 12 Millionen Tonnen Kohle jährlich; Italien erhielt aber im Jahre 1920 von den Alliierten nur $5\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen, die an sich unzureichend waren, und die infolge des hohen Preises überdies die Sonne Fertigprodukte um 500 Lire teurer stellten als die Auslandskonkurrenz.

Neben dem Mangel an Kohlen wirkte überaus störend zunächst die Schwierigkeit der Umgruppierung bei den Industrieerzeugnissen, wozu im Jahre 1921 durch die große Verwirrung der weltwirtschaftlichen Fäden, deren Anknüpfung sich wieder anzubahnen schien, neue Schwierigkeiten kamen. In den Bergwerksbetrieben ging die Arbeiterzahl um 15% zurück, in der chemischen Industrie um 20%, in der Metallindustrie sogar um mehr als 40%, da hier durch den Krieg besonders einschneidende Änderungen bedingt worden waren. Einen Maßstab für die Verhältnisse geben Zahlen über die Arbeitslosigkeit, die Anfang Mai 1919 die Ziffer 398 598 zeigte. Ein Jahr später zählte man nur 202 000, am 1. Mai 1921 aber schon 250 000, eine Zahl, die täglich stieg und am 1. Dezember 1921 schon auf 512 260 angewachsen war.

An und für sich ist zwar die Lage Italiens nicht ganz so schwierig wie die der Länder mit sehr hoher oder mit stark entwerteter Valuta, weil es teilweise die Vor- und Nachteile, die sich aus einer derartigen Struktur der Wirtschaft ergeben, gegeneinander auspielen konnte. Allmählich wird diese Hoffnung aber bei dem jetzigen Unverstand der Welt zu Grabe getragen werden müssen. Könnte Italien z. B. alle Rohmaterialien einführen und seine Produkte

nach den valutastärkeren Ländern ausführen, so würde wenigstens ein Teil der unseligen Folgen der Zerrüttung der Weltwirtschaft ausgeglichen werden können. Man darf aber hier nicht übersehen, daß Italien vor allen Dingen die so nötigen Rohmaterialien nach der Neuordnung der Verhältnisse zum großen Teil gerade in den valutastarken Ländern teuer einkaufen muß und seine Waren dorthin nicht absetzen kann, daß im Gegenteil die valutashwachen Länder ihm Konkurrenz machen. Frankreich hat sich rüchlich ein Kohlenmonopol auf Kosten Deutschlands, aber ebenso zum Schaden Englands, Belgiens und nicht zuletzt zum Verderben Italiens beschafft, das vielleicht bei billigen Rohstoffen mit seinen Ausfuhrprodukten gegen die der valutashwachen Länder hätte in Konkurrenz treten können, jetzt aber in demselben Grade schlechter fahren muß, je mehr bei der weiteren Entwertung des Geldes in den valutashwachen Ländern die Schleuderkonkurrenz zunimmt. Solange die deutsche Mark im Jahre 1920 noch einen leidlichen Stand hatte, der Dollar für 60 bis 90 M. zu kaufen war, zeigte sich ein Aufleben in Italien; seitdem aber im Jahre 1921-22 das deutsche Geld unaufhörlich sinkt, reißt dieses Unglück alle andern Länder in den Strudel hinein.

Das Jahr 1920 begann zwar für Italien auch mit einer merklichen Depression, die allerdings nicht solche Ausdehnung annahm, wie man vielleicht befürchtet hatte; denn noch in der Mitte des Jahres nannte man die geschäftliche Krise mehr eine latente. Einzelne Industrien machten aber noch immer große Gewinne, wenn auch der Konsum allmählich immer mehr abnahm und der Export bei der um diese Zeit nun besonders scharf einsetzenden Weltkrise ständig mehr ins Stocken geriet, so daß die Krise sich dauernd verschärfte. In der *Automobilindustrie* ging der Export am meisten zurück. Spanien war z. B. ein guter Abnehmer gewesen, und da es eine höhere Valuta hatte, wäre auch nach dieser Richtung hin die Ausfuhr recht erfreulich gewesen, wenn nicht ein streng durchgeführtes Einfuhrverbot eingesetzt hätte und der Absatz nach den übrigen Ländern noch zu wenig von Bedeutung gewesen wäre, um den Ausfall auszugleichen. Die *Motorrädereiindustrie* machte zwar ständige Versuche zu einer weiteren Ausdehnung; aber England und Amerika können hier trotz ihrer hohen Valuta die schärfste Konkurrenz machen, und die *Automobilnebenzeugnisse* scheinen dieser Konkurrenz völlig zu erliegen. Bei der *chemischen Industrie* machte die deutsche Konkurrenz mit der überlegenen Organisation und Erfahrung die größten Schwierigkeiten, wozu noch die immer stärker werdende Unterwertigkeit der deutschen Valuta trat, so daß der italienische Gegendruck sich nicht durchsetzen vermochte. Viele Unternehmungen mußten ihre Arbeiter entweder ganz entlassen oder die Arbeitszeit stark verkürzen. Hier freilich widersetzten sich, wie auch bei den sonstigen Industrien, die Arbeiterverbände und be-

standen darauf, daß statt der Entlassungen in weitgehendem Maße nur Herabsetzung der Arbeitszeit durchgeführt wurde.

Auf dem Gebiete der Glas- und keramischen Industrie machte die Tschecho-Slowakei eine sehr scharfe Konkurrenz, und der Metallindustrie fehlen, wie schon angedeutet, die Rohmaterialien, als daß hier mit der nötigen Kraft gegen die Konkurrenz vorgegangen werden könnte. Vor dem Kriege mußten jährlich über 200 000 t Roheisen, 300 000 t Stahleisen und über 1 Mill. t Kohle eingeführt werden. Damals schon unterstützte der Staat die unter so schwierigen Verhältnissen arbeitende Industrie. Im Kriege freilich konnte sich die Arbeiterzahl von 30 000 auf mehrere Hunderttausend vermehren und die Produktion an Stahl von 200 000 t auf $1\frac{1}{3}$ Mill. t steigen. Jetzt nach dem Kriege aber sind alle diese künstlichen Stützen fortgefallen, eine verschärfte Konkurrenz tritt ein, und gerade Frankreich hat, wie betont, ein Kohlen- und Erzmonopol erlangt, das jetzt rücksichtslos die Rohmaterialien für Italien verteuert. Der natürliche Lieferant von Kohlen für Italien wäre ja Deutschland, das Ruhrkohle und oberschlesische Kohlen über die Alpen schicken könnte und bei der Untervergütung seiner Valuta billiges Material liefern würde. Nun aber ist Deutschland zu Versendungen nach Frankreich gezwungen, das seine Kohle viel zu teuer abgibt und auf diese Weise das Arbeiten der italienischen Industrie erheblich erschwert. In der Eisenhüttenindustrie sank die Zahl der Arbeiter auf 120 000, also um weit mehr als die Hälfte, in der Metallindustrie von 56 000 auf 21 000. Die Stahlerzeugung ging von einer Million Tonnen der Vorkriegszeit auf 400 000 t zurück, die Gußeisenerzeugung von 400 000 t auf 200 000 t. Recht schmerzlich empfindet man hierbei die erdrückende Konkurrenz der elsäß-lothringischen und der französischen Industrie, wie sie durch die Neugestaltung der Verhältnisse möglich geworden ist.

Die Textilindustrie hat ebenfalls schwere Zeiten durchgemacht, da sie fast drei Viertel ihres Absatzes verloren hatte und in jeder Woche mehrere Ruhetage einführen mußte, und selbst diese geringe Beschäftigungszeit war nur durch starke Preisherabsetzung möglich geworden, wobei z. B. für ein Kilogramm Garn statt 35 Lire im August 1920 im Sommer 1921 nur noch $7\frac{1}{2}$ Lire gefordert werden konnten. Die Seidenindustrie hatte vor dem Krieg 620 000 Spindeln beschäftigt, im November 1921 aber nur 84 000, da einmal der Absatz nach Deutschland sehr zurückging, andererseits die Industrie bei ihrer zunehmenden Schwäche keine entsprechenden Löhne mehr zahlen konnte, so daß die Arbeiter sich andern Zweigen zuzuwenden gezwungen waren. Die Wollindustrie arbeitete nur 4 Tage in der Woche; die Zahl der Spindeln in der Baumwollindustrie sank von $4\frac{1}{2}$ Millionen auf ein Drittel, die Zahl der Webstühle von 120 000 auf 40 000.

Die italienische Handelsbilanz, die im Jahre 1919 die stärkste Passivität gezeigt hatte, ist zwar allmählich wieder etwas aktiver geworden, bleibt aber trotzdem passiv. So betrug die Einfuhr in der Zeit von 1909 bis 1913 im Durchschnitt 3,4 Milliarden, sie stieg dann im Jahre 1919 auf 16½ Milliarden, sank im Jahre 1920 wieder auf 15,8 Milliarden und betrug im ersten Halbjahr 1921 13,4 Milliarden. Die Ausfuhr hat sich dauernd gehoben und ist von 2,2 Milliarden auf 7,8 Milliarden im Jahre 1920 allmählich angestiegen. Das erste Halbjahr 1921 ergab 5,3 Milliarden. Dennoch ist die Spanne zwischen Ein- und Ausfuhr immer noch so groß, daß die Posten „Fremdenverkehr“, „Auswanderung“ und ähnliche auch nicht annähernd einen genügenden Ausgleich bilden. So liegt die Hälfte der Handelsflotte still, und in weiterer Folge ist der 1916 gegründete Lloyd Mediterraneo mit 1000 Millionen Lire in Liquidation geraten, und die Werksfirma Saldo mit 5000 Millionen Lire Kapital hat die Banca Italiano mit in ihren Sturz gerissen. Der Überschuß der Staatsbahnen hat sich in ein Defizit verwandelt, und der ausfallende Fremdenverkehr, der besonders von Deutschland kam, diente auch nicht einer Besserung der Lage.

Wenn man einen allgemeinen Blick über die Wirtschaftslage wirft, so kann man sagen, daß trotz aller Schwierigkeiten die Lage in Italien nicht ganz so traurig ist wie in manchem andern Lande, zumal in solchem mit sehr hoher Valuta. Optimisten berufen sich darauf, daß die Wirtschaftspropheten bei Beginn des Jahres 1920 viel düsterere Bilder zeichneten, als sie das Jahr nachher wirklich gebracht hat. Gleichwohl vergessen selbst diese Optimisten nicht darauf hinzuweisen, daß die Wirtschaftslage besonders bei einzelnen Zweigen doch oft recht bedenklich ist. Die Weltabsatzkrise, die besonders scharf sich seit Mitte des Jahres 1920 geltend macht, hat ebenfalls in Italien große Nachteile ausgelöst. Italien konnte früher mehr nach den valutastarken Ländern ausführen, bis die mangelnde Kauflust daselbst der Einfuhr einen Riegel vorschob und diese Länder selbst eine Ausdehnung ihrer Ausfuhr auf Kosten Italiens versuchten. Amerika und England nämlich wollen ihren immer mehr ins Stocken geratenen Handel mit aller Gewalt beleben, zumal Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland gar nicht mehr in Betracht kommen. Italien ist hier in besonders schwacher Position, weil es seine Materialien nur unter hohen Preisen hat einkaufen können und überhaupt nicht imstande ist, durch Preisunterbietung Konkurrenz zu machen. Es soll hier zwar nicht übersehen werden, daß das Sinken der Frachten und das Sinken der Preise für Rohstoffe im Jahre 1921 auf dem Weltmarkte nach mancher Richtung auch Italien eine gewisse Erleichterung gebracht hat. So z. B. sind auch die Kohlenfrachten von England nach Italien ganz beträchtlich herabgegangen, und zwar von 80 sh auf unter 20 sh; aber derartige Preisrückgänge bei den Fertigfabrikaten

können sich doch erst in späterer Zeit auswirken, und schon wieder tritt ein neues Gespenst auf, das Gespenst einer neuen Preiswelle, die sehr bald alle Vorteile wieder vernichten kann, wenn nicht eine Rekonstruktion der ganzen Weltwirtschaft den wilden Schwankungen ein für alle Male ein Ende bereitet.

Das Wirtschaftsleben Italiens hängt mit zu vielen Fäden an der Weltwirtschaft, als daß ein gänzlich ausschalten Deutschlands aus dem normalen Kreislauf der wirtschaftlichen Beziehungen der Länder auf die Dauer ertragen werden könnte.

Schweiz.

Das Wirtschaftsleben der Schweiz hatte vor dem Kriege eine verhältnismäßig ruhige Entwicklung gezeigt, bis der Weltkrieg auch hier die Verhältnisse von Grund auf veränderte. Und als das Ende des Krieges endlich gekommen war, stellte sich nicht etwa wiederum der alte Zustand ein, sondern die Lage des Landes gestaltete sich ständig schwieriger, und die wirtschaftlichen Verhältnisse wurden immer unübersichtlicher.

Daß zunächst nach dem Abschluß des Waffenstillstandes im November 1918 im gewissen Sinne ein Rückschlag eintreten mußte, weil die Kriegsindustrien umzustellen waren, nahm niemand Wunder. Ja man glaubte sogar, daß die Schweiz verhältnismäßig leicht sich wieder in die neuen Verhältnisse finden würde, da nach den ersten Rückschlägen allmählich ein Aufstieg sich zu zeigen schien. Nach Überwindung einer kurzen Depressionsperiode in der ersten Hälfte des Jahres 1919 konnte man im allgemeinen wenigstens einen langsamen Aufstieg bis in die erste Hälfte des Jahres 1920 verfolgen, worauf allerdings dann ein erheblicher Rückschritt sich zeigte, der immer stärker wurde und zuletzt nahezu katastrophale Ausmaße anzunehmen begann.

Daß die Lebenskosten ständig wuchsen, wurde im gewissen Sinne als naturnotwendig angesehen, und die Löhne hielten auch mit dem Steigen dieser Preise so ziemlich gleichen Schritt. Der Index der Lebenshaltung stieg seit Beginn des Krieges von 100 auf 210, und gleichzeitig erhöhte sich der Wochenlohn eines gelernten Arbeiters von 41 Fr. auf 84 Fr. Als aber im Jahre 1920 die Teuerung weiter stieg, der Handel aber in der zweiten Hälfte des Jahres zu stocken anfing, hierdurch zuerst die Auslandsindustrien und dann die heimischen Industrien immer stärker in Bedrängnis gerieten, da war ein weiteres Ansteigen in entsprechender Weise nicht mehr möglich, und die Schwierigkeiten häuften sich ins Ungemessene.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1920 wurde somit die Beschäftigungslosigkeit immer größer. Man nahm Betriebseinschränkungen vor, man schloß Betriebe, und die schon außer Kraft gesetzte Arbeitslosenunterstützung wurde am 15. November 1920 wieder eingeführt. Die internationale Valutaentwicklung, die gerade im Jahre 1920 besonders ungünstig sich gestaltet hatte, wurde ein Zentralproblem für das gesamte Wirtschaftsleben. Weite wichtige frühere Absatzgebiete hatten durch den Valutaschwund ihre Kaufkraft verloren, und die noch zu Beginn des Jahres 1920 lebhafteste und teilweise sogar intensive Tätigkeit mußte abflauen, da das Ausland nicht mehr aufnahmefähig war und seinerseits durch eine gewisse Schleuder Konkurrenz den heimischen Markt überschwemmte.

Eine sehr wichtige Industrie für die Schweiz ist z. B. die Textilindustrie, die im Jahre 1919 noch für 812 Millionen Francs Rohstoffe einfuhrte und für 1½ Milliarden ausfuhrte, das heißt also ein Viertel aller Einfuhr und die Hälfte aller Ausfuhr für sich allein beanspruchte. Im Jahre 1921 aber wurden statt 124 Millionen Fr. Baumwollgewebe nur für 98 Millionen Fr. ausgeführt, und die Seidenstoffausfuhr sank von 235 Millionen Fr. auf 97 Millionen Fr., während die Stickerindustrie, die ehemals die größte schweizerische Exportindustrie war und im Jahre 1920 für 412 Millionen Fr. ausgeführt hatte, nur noch für 120 Mill. Fr. absetzen konnte. Wegen der außerordentlich hohen schweizerischen Valuta sieht man sehr düster den kommenden Ereignissen entgegen und man rechnet nicht einmal für die Zukunft auf eine Besserung der Lage. Im Dezember 1920 schon wurden hier etwa 1000 Arbeiter entlassen, rund 5000 oder 39 % arbeiteten mit verkürzter Arbeitszeit, und der Ausfall an Arbeitstagen wurde auf über 20 000 berechnet. Die im März 1922 etwa 40 % betragende Arbeitseinschränkung soll aber noch verschärft werden.

Die Tuchfabriken waren wenigstens noch im Anfange des Jahres 1921 mäßig beschäftigt, und erst das Ende des Jahres brachte Rückschläge. Die Wollfabriken mußten indes

etwa 30 % der Arbeiter in der Arbeitszeit bis um die Hälfte einschränken, obschon man den Absatz mit starken Preisermäßigungen erkaufte, der aber trotzdem keine großen Erfolge zeitigte, da das Ausland gute Ware noch um die Hälfte billiger liefern konnte.

In der Bekleidungsindustrie stocken die Auslandsaufträge in beängstigender Weise. Während z. B. in den valutastarken Ländern die Arbeiter mit Auslandsaufträgen derartig in Anspruch genommen werden, daß sie für das Inland kaum die nötigsten Waren liefern können, mußten in der Schweiz die Schneiderslöhne um 10 % herabgesetzt werden. Man hat sich zwar durch Einfuhrbeschränkungen zu wehren versucht, zunächst mit dürftigem Erfolge, aber die Tatsache, daß ein in Deutschland verhältnismäßig teurer Anzug von 5000 M. in der Schweiz sich

auf weniger als 100 Fr. stellt, klärt mehr den Sachverhalt auf als große Bände und Reden. Hiergegen ist jede Einfuhrpolitik machtlos.

Die Schweizer Uhren-Industrie, die weltbekannt ist, mußte im Jahre 1921 die Produktion ebenfalls bis etwa auf die Hälfte der vorjährigen herabsenken, und im dritten Vierteljahr des Jahres 1921 wurden z. B. nur 80 000 goldene Uhrengehäuse gegen 252 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres amtlich gestempelt. Die Gesamtausfuhr im ersten Halbjahr 1921 sank von 170 Mill. Fr. der gleichen Vorjahrszeit auf 99 Millionen Fr. Dabei werden die Aussichten immer trüber, da ein Ende der Krisis nicht abzusehen ist. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen beträgt hier 1000 und die der teilweise Arbeitslosen auch noch 1500, so daß die Arbeitslosenfürsorge sich keinen Rat mehr weiß. Die Kaufkraft des Auslandes, insbesondere Deutschlands und Österreichs, ist ebenso gering, die ungesunden Verhältnisse in diesen Staaten wirken so verheerend auf die andern Ländern zurück, daß ein Austausch zwischen den Erzeugnissen dieser Länder, die einzige Basis des Handels in letzter Linie, unmöglich wird.

Für die Maschinen-Industrie brachte das Jahr 1921 ebenfalls größere Rückschläge, so daß Ende des Jahres etwa 26 500 Arbeiter, 60 % der gesamten Arbeiterzahl, nur mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden konnten. Der Absatz im Ausland wurde immer schwächer, und der Binnenmarkt ist trotz der erlassenen Einfuhrbeschränkungen ständig bedroht. Bei der Automobil-Industrie hat sogar der größte Teil seine Betriebe fast stilllegen müssen, und bei der Eisen- und Metall-Industrie verschärfte sich die Krise gegen Ende des Jahres immer mehr. In den Eisengießereien waren nur noch 10—25% der früheren Arbeiter beschäftigt, die Drahtzieherei feierte drei Tage in der Woche, während die Stahlwarenbranche etwa 75% weniger wie im Jahre zuvor produzierte.

Bei der chemischen Industrie klagt man über gefüllte Lager, und die Hälfte aller Arbeiter kann nur noch bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Allein die Teerfarbenausfuhr, die in der Zeit Januar-Juni 1920 noch 115 Millionen Fr. gebracht hatte, war in diesen Monaten des Jahres 1921 auf 31 Mill. Fr. gesunken.

Infolge der sehr hohen Frischmilchpreise, die sich im Jahre 1921 besonders steigerten, nahm die Käse- und Kondensmilch ausfuhr außerordentlich ab. Während im Jahre 1913 an 36 000 Metertonnen ausgeführt wurden, konnte man im Jahre 1919 nur noch 597 abstoßen und bei der kondensierten Milch sank die Ausfuhr von 41 000 mt auf 10 000 mt, wobei noch große Vorräte unter starken Verlusten abgesetzt wurden. Wie sehr hierbei die ausländische Konkurrenz sich betätigen konnte, ergibt die Tatsache, daß im Jahre 1919 nach der Schweiz sogar über 5000 mt kondensierter Milch eingeführt wurden, gegen eine einzige im Jahre zuvor

und 102 im Friedensjahre 1912. Die Nahrungsmittel-Industrie klagt überhaupt über das zähe Festhalten der schweizerischen Bauern an den hohen Kriegspreisen für Milch, die im Sommer 1920 sogar bis zu 40 % höher waren als in andern Ländern.

In der Tabak-Industrie ließen sich im Jahre 1921 die schon lange befürchteten Absatzverminderungen nicht mehr aufschieben. Zahlreiche Betriebseinstellungen und Arbeitsverkürzungen waren die Folge, von denen etwa 10 000 bis 12 000 Arbeiter betroffen wurden, von denen 4000 oder 33 % ganz arbeitslos sind.

Wie überall leidet auch in der Schweiz das Baugewerbe außerordentlich, leiden alle damit zusammenhängenden Betriebe. So klagt besonders die Möbelfabrikation, obschon gerade für diese die Einfuhrverbote sehr scharf gehandhabt worden sind, ohne daß es möglich gewesen wäre, die ständige Verschlechterung aufzuhalten.

In der Papier-Industrie arbeiten sämtliche Arbeiter sogar mit verkürzter Arbeitszeit, die zum Teil nur die Hälfte der normalen ausmacht.

In der Schuh-Industrie machten italienische und amerikanische Waren eine derartig starke Konkurrenz, daß sogar die größte schweizerische Schuhfabrik ihre Betriebe zeitweilig ganz stilllegte und jetzt selbst unter den Selbstherstellungskosten arbeiten muß. Vor dem Kriege wurden hier etwa 10 000 Arbeiter beschäftigt, die allmählich auf 12 000 gestiegen waren, Ende November aber auf 6000 zurückgeführt werden mußten, wobei auch noch eine weitgehende Arbeitszeiteinschränkung nötig wurde.

In der Feinkeramik hat sich die Lage abermals verschlechtert, bei der Porzellan-Industrie wurden im März d. J. neue Entlassungen vorgenommen, und in der Woche wurden nur 5 Tage gearbeitet. In der Steingutbranche arbeitet man teilweise sogar nur 26½ Stunden in der Woche; man verzichtet auf jeden Gewinn, um die Konkurrenz des Auslandes besiegen zu können.

Welche Bedeutung das Hotelgewerbe für das Schweizer Leben hat, ist allgemein bekannt. Man nimmt an, daß hier wenigstens 1½ Milliarden Franken investiert waren. Hier klagte man schon über den schlechten Geschäftsgang des Jahres 1920, und das folgende Jahr gestaltete sich noch ungünstiger. Die Reisenden bevorzugen die umliegenden valutastarken Länder, und bei Reisen nach Italien fährt man ängstlich um die Schweiz herum, was noch mehr für den Güterverkehr zutrifft, der wegen der hohen Frankenwährung möglichst über fremde Bahnen geleitet wird.

Daß die Schweizer Industrie so außerordentliche Rückschläge erleiden mußte, wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß sie zu 80 % auf den Export angewiesen ist, der nun so außerordentlich stark zurückging. So fiel insgesamt im ersten Halbjahr des Jahres

1921 die Ausfuhr von 1765 Millionen Fr. in der gleichen Zeit des Jahres 1920 auf etwa 1000 Millionen Fr. In weiterer Folge ist die Zahl der Beschäftigungslosen immer mehr gestiegen, so daß man im Oktober 1921 an gänzlich Arbeitslosen über 74 000 zählte, von denen 20 000 auf die Uhren-, 4000 auf die Stickerei-Industrie, 9000 auf das Metallgewerbe und 9000 auf die Bau-Industrie kamen. Zu Beginn des Jahres 1922 stellte man 88 967 Arbeitslose fest, Ende Januar war deren Zahl weiter gestiegen, und zwar auf 96 580, d. h. von Juni 1920 von 3100 auf mehr als das Dreißigfache.

Eine Besserung der Lage glauben manche Schweizer durch zollpolitische Maßnahmen herbeiführen zu können, von denen andere wiederum eine weitere Verschlimmerung der Lage befürchten. Manche wieder erblicken einen Krebschaden in den noch bestehenden Einfuhrmonopolen des Bundes, wodurch die Lebensmittel sich bis über 50 % teurer als auf dem Weltmarkt stellen; ließen sich aber die Kosten der Lebenshaltung senken, so könnten auch die Preise und Löhne herabgehen und hierdurch weitere Fortschritte erzielt werden, wobei freilich den landwirtschaftlichen Gewinnbestrebungen begegnet werden müßte.

Schon jetzt ist ein Teil der schweizerischen Industrie ins Ausland abgewandert, wodurch dem schweizerischen Wirtschaftsleben großer Schaden erwächst. Die wirtschaftliche Lage aber ist das Rückgrat des *Staatshaushaltes*, der schon am Ende des Jahres 1921 einen Fehlbetrag von 800 Millionen Fr. zeigte, während das Jahr 1922 im Voranschlag weitere 100 Millionen Fr. Defizit aufweist, zu denen außerdem noch 8 Millionen für Arbeitslose verlangt werden, so daß sich ein Fehlbetrag von 1 Milliarde Fr. ergeben wird. Auch ist hier zu erwägen, daß die Ausgaben für Eisenbahn und Post die Einnahmen übersteigen. Bei der Bahn erwartete der Haushalt im Jahre 1921 einen Überschuß von 55 Millionen Fr., die sich aber in 50 Millionen Fr. verwandelten, und bei der Post wurden schon im Jahre 1919 an 23 Millionen Fr. Defizit gebucht.

Überblickt man das gesamte Wirtschaftsbild der Schweiz, so sieht man nichts anderes als Rückgang der Produktion, Rückgang der Ausfuhr, Rückgang der Arbeitsmöglichkeiten; dafür aber Steigerung der Kosten und Ausgaben. Der äußere Grund für all dieses Elend sind die zerrütteten *Valutaverhältnisse* der Länder der Erde. Die Staaten sind heute alle Teile eines einzigen Organismus, nämlich der die Welt umspannenden Volkswirtschaft, in der nach dem System der Arbeitsteilung die Wirtschaftsglieder sich in der ihren Verhältnissen gemäßen Weise betätigen müssen. Ein Staat lebt vom *andern*; er tauscht seine Güter gegen die des andern aus und kann letzten Endes nur so viel empfangen, als er selbst zu liefern imstande ist. Das Geld aber dient als Maßstab der Berech-

nung der gegenseitigen Konten, ein Maßstab, der vollständig verzerrt wurde, weil ein Teil der Länder Lieferungen ohne entsprechende Gegenleistungen bieten soll. Diese Länder griffen nun angesichts der von ihnen geforderten Unmöglichkeit zur Hilfe der Verzweiflung; sie sahen sich gezwungen, Kaufkraft neu herzustellen, ohne daß entsprechende Güter entstanden. Das Geld sinkt so im Werte, seine Relation zum Auslande kann bei dem ständigen Wechsel nie auf die rechte Basis gebracht werden, die unterwertigen Valutaländer treiben eine Schleudertontkurrenz, wobei sie an der Nervensubstanz ihres Volkes Raubbau treiben und sich ruinieren, das Ausland aber noch schlimmer schädigen, weil die Industrien lahm gelegt werden und in weiterer Folge statt Produktionssteigerung, statt Güter- und Wohlstandsvermehrung Arbeitslosigkeit tritt, die ihrerseits den Mangel an Gütern und so die Not vermehrt.

Holland.

Mit sehr großen Hoffnungen ist man in Holland dem neuen Jahr 1922 entgegen gegangen, doch schon die Entwicklung des Handels in den ersten Monaten des laufenden Jahres zeigte, wie groß die Illusion war, der man sich hingegeben hatte. Die wenigen günstigen Vorzeichen auf eine baldige Besserung sind geschwunden. Der Rückschlag enttäuschter Hoffnungen zeigte sich deutlich in dem Anwachsen der protektionistischen Strömung, und dies in einem Lande, das von jeher als Hochburg des Freihandels galt und, wenigstens vorerst, noch gilt. Der Zeitpunkt ist jedoch jetzt auch für Holland nahe, in dem die Entscheidung über die zukünftige Richtung der Handelspolitik fallen muß. Daß es in Holland überhaupt zu einem in der Presse lebhaft geführten Widerstreit der Meinungen zwischen Freihandel und Protektionismus kommen konnte, zeigt am deutlichsten, wie schwer die wirtschaftlichen Nöte sind, unter denen das Land leidet. Der mit lebhaftem Interesse erwartete Kommissionsbericht über die Zweckmäßigkeit protektionistischer Maßnahmen ist erschienen; in ihm wird als gänzlich unzumutbar die Erhöhung der Einfuhrzölle angesehen, für möglich hält man eine Verschärfung der Einfuhrkontrolle, allerdings auch sie nur in einem fest bestimmten Ausmaß, und selbst dann nur bedingt. Die holländische Regierung hat denn auch ihre bisherige Praxis fortgesetzt und die Ausfuhrverbote, soweit sie in der letzten Zeit noch bestanden, bis auf einen geringen Rest weiterhin abgebaut. Das Hauptübel, an dem Hollands Wirtschaft und Handel krankt, ist der hohe Kursstand des holländischen Gulden, oder, allgemeiner gesprochen, es sind die ungesunden Verhältnisse, die auf dem internationalen Devisenmarkt herrschen.

Der Gulden gehört zu den Königen unter den Valuten und wirkt hierdurch bereits stärker auf die Wirtschaft, als es der höchste Schutz Zoll überhaupt bewirken könnte. Dem Lande fehlt der Abstrom der Waren in geregelter Form auf den Weltwarenmarkt; ganz natürlich häufen sich im Inland die Vorräte, belasten ihrerseits den Inlandsmarkt und drücken auf die industrielle Produktion. Der fehlende Absatz im Verein mit dem hohen Stand der holländischen Währung beengt die Einfuhrmöglichkeiten an Waren überhaupt; es ist einfach kein Platz im Lande für Einfuhrgüter, und selbst für dringend benötigte Einfuhrwaren stellt sich der Preis derart hoch, daß in Rückwirkung hiervon die gesteigerten Produktionskosten den einheimischen Erzeugnissen jede Absatzmöglichkeit nehmen oder zum wenigsten doch die Lebenshaltungskosten erneut steigern.

Da hierdurch wiederum soziale Rückwirkungen bedingt sind, geht der Kreislauf immer weiter und schließt sich ständig von neuem, und die wirtschaftliche Krise nimmt immer bedrohlichere Formen an. Eine von Warenfülle fast bis zum Ersticken bedrohte Wirtschaft: das ist letzten Endes das Schlusergebnis der jetzigen wirtschaftlichen Situation für Holland! Greller und krasser läßt sich die Umkehrung aller weltwirtschaftlichen Verunft nicht wiederpiegeln.

Holland selbst kann als nicht schuldig an diesem Widersinn angesprochen werden. Die Regierung hat alles versucht, Industrie und Handel den Bedingungen der Nachkriegszeit anzupassen, um von vornherein der richtig erkannten und richtig eingeschätzten Gefahr die drohende Spitze abzubrechen und das eigene Wirtschaftsleben vor Schaden zu bewahren. Erst wenn auch in Holland die Zollschutzbewegung den Sieg davongetragen hat und eine Zollmauer, mag sie auch vorerst niedrig sein, dem regulären Waren- und Handelsverkehr künstliche Hindernisse in den Weg legt, kann im eigentlichen Sinne des Wortes von einer verfehlten Wirtschaftspolitik Hollands gesprochen werden.

Die im vorstehenden kurz beleuchteten weltwirtschaftlichen Bedingungen haben die Lage in Holland von Monat zu Monat ernster gestaltet. Bereits die ersten Monate des Jahres 1922 haben, wie schon eingangs erwähnt, statt der sehnüchtlig erwarteten und sehnüchtlig erhofften Erleichterungen vermehrte Schwierigkeiten gebracht. Die **D i a m a n t e n - I n d u s t r i e** wies Ende 1921 Besserungszeichen auf, steht aber jetzt wiederum vor der Notwendigkeit erneuter Betriebseinschränkungen. Industrie und Großhandel der **T a b a k b r a n c h e** klagten über das Schwinden jeglicher Exportausichten und die Konkurrenz der Erzeugnisse anderer Staaten auf dem Weltmarkt. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse in der holländischen **S h o k o l a d e n i n d u s t r i e**. Die Betriebe der **F l a c s i n d u s t r i e** sind fast vollständig seit Ende des letzten Jahres lahmgelegt worden.

Die Auswirkungen einer derartigen industriellen Notlage auf den Arbeitsmarkt sind augenfällig. Die letztveröffentlichten Ziffern über die Arbeitslosigkeit erweisen, daß von 375 000 Mitgliedern der Versicherungsklassen gegen Arbeitslosigkeit rund 18,1% vollständig arbeitslos und 4,6% teilweise arbeitslos waren. Es muß hierbei auch berücksichtigt werden, daß weitaus die Mehrzahl der holländischen Arbeiter nicht Mitglieder dieser Kassen sind, so daß also die wirkliche Arbeitslosigkeit noch weit stärker in Erscheinung tritt, als sich aus dieser Prozentzahl ergibt. Eine Übersicht über den wirklichen Stand der Arbeitslosigkeit aus der jüngsten Zeit ergibt die nachfolgende Tabelle, bei welcher in der Rubrik a die Anzahl der Arbeitslosenklassen, b die Anzahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Arbeiter, c die Zahl der in der ganzen Woche arbeitslosen Personen, d die Zahl der Arbeitslosen, die nur teilweise in der Woche ohne Arbeit waren, angegeben sind:

Bezirke	Die Anzahl b. Arbeitslosenklassen	Die Anzahl der gegen Arbeitslosigkeit versichert. Arbeiter	Die Zahl der in der ganzen Woche arbeitslosen Personen			Die Zahl der Arbeitslosen, die nur teilweise in der Woche ohne Arbeit waren		
			zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
A. Erd-, Stein- und Glasindustrie....	3	9 020	2 449	2 448	1	390	390	—
B. Diamantindustrie	5	8 392	6 459	5 707	752	46	46	—
C. Bauindustrie....	13	63 639	22 209	2 229	—	1 479	1 479	—
D. Holz- und Möbelindustrie.....	7	15 636	2 732	2 647	85	913	889	24
E. Lederindustrie...	1	6 337	403	391	12	721	612	109
F. Metallindustrie, Schiffsbau usw...	7	52 320	4 860	4 855	5	885	880	5
G. Textilindustrie...	4	24 032	446	402	44	822	716	106
H. Nahrungs- u. Genussmittelindustrie	7	14 004	433	431	2	145	143	2
I. Tabak- und Zigarrenindustrie	5	18 615	6 566	6 087	479	3 207	2 995	212
J. Landwirtschaft...	11	31 933	8 883	8 283	—	2 718	2 718	—
K. Bekleidungsindustrie.....	4	10 686	544	327	217	662	326	336
L. Transport.....	8	36 351	5 014	5 013	1	2 279	2 279	—
M. Handels- u. Büroangestellten und Ladengehilfen...	4	24 023	500	443	57	40	34	6
N. Fabrikarbeiter...	9	39 699	6 013	5 986	27	685	676	9
O. Buchdruckereien..	5	18 970	1 121	1 085	36	830	680	150
P. Hotel- u. Kaffeeangestellten.....	11	1 510	240	240	—	—	—	—
zusammen	104	375 317	68 272	66 554	1 118	15 822	14 863	959

Arbeitslos waren in der Woche vom	c	d
9.—14. Januar 1922	14,4 %	3,9 %
16.—21. „ 1922	15,4 %	4,6 %
23.—28. „ 1922	17,4 %	4,8 %
30. Jan. bis 4. Februar 1922	16,8 %	4,6 %
6.—11. Februar 1922	18,1 %	4,2 %

Auch in Holland ist die Frage der Herabsetzung der Löhne Gegenstand heftiger Diskussionen, und tatsächlich ist eine Lohnreduzierung in einzelnen wenigen Industriezweigen durchgeführt worden, trotzdem der Index der Lebenshaltungskosten durchaus gegen eine Herabsetzung der Lohnsätze sprach und durch die Lohnverkürzung die wirtschaftliche Notlage der Arbeitnehmer nur noch wesentlich verschärft worden ist. Trotz dieser aus der industriellen Notlage geborenen Maßnahme ist eine wirksame Abhilfe nirgends geschaffen worden. Nach wie vor sind Betriebseinschränkungen, ja Betriebsstillegungen an der Tagesordnung.

Wie in der Industrie, so haben sich auch im Außenhandel Hollands die Verhältnisse ähnlich schwierig gestaltet. Für den ersten Monat des Jahres 1922 ergibt sich ein Rückgang der Einfuhr um 28 Mill. Gulden, und zwar von 180 Mill. Gulden im Dezember 1921 auf 152 Mill. Gulden im Januar dieses Jahres. Die Ausfuhrzahlen erweisen für den gleichen Monat eine Abnahme um 11 Mill. Gulden, so daß der Einfuhrüberschuß gegen 56 Mill. Gulden beträgt. Die inoffiziellen Außenhandelszahlen für Februar dieses Jahres weisen ein dem vorstehenden durchaus ähnliches Bild auf, wenn auch, rein zahlenmäßig betrachtet, durch die jetzt eingetretenen Preisveränderungen ein verändertes Aussehen und eine scheinbare Besserung sich ergeben hat. Den Mengenziffern nach ist auch das Februarergebnis gleich trübe.

Industrie- und Handelsnöte enden gleichermaßen in ihrer letzten Rück- und Auswirkung in der Gestaltung der Staatsfinanzen. Die letzte in diesen Monaten aufgelegte holländische Staatsanleihe von 300 Mill. Gulden insgesamt dient ausschließlich zur Konsolidierung der schwebenden Staatsschuld, die bis auf 894 Mill. Gulden aufgelaufen ist. Der holländische Staatshaushalt leidet nicht nur unter den verminderten Einnahmen, wie sie aus dem Rückgang des Außenhandels und der passiven Handelsbilanz resultieren, sondern insbesondere an der starken Vermehrung der Staatsausgaben, wie sie durch die wachsende Arbeitslosigkeit und für die Linderung der sozialen Not notwendig geworden sind. Selbst in den Vereinigten Staaten hat die holländische Regierung, und dies ist ihr gewiß nicht leicht gefallen, zu Ende des Jahres 1921 eine Anleihe aufnehmen müssen, um den Anforderungen, die in staatsfinanzieller Hinsicht an die Regierung gestellt wurden, gerecht werden zu können.

Die im Vorstehenden kurz skizzierte wirtschaftliche Lage Hollands, deren Schwierigkeiten lediglich durch die beiden Momente Absatzkrise und Hochwertigkeit der Valuta bedingt werden, zeigt zur Genüge, daß auch eine vorsichtige und feinfühligte Wirtschafts- und Handelspolitik nicht in der Lage ist, das nationale Wirtschaftsleben auf die Bedingungen, wie sie die Desorganisation der Weltwirtschaft gestaltet hat, ein- und umzustellen. Die Grundübel, an denen das holländische Wirtschaftsleben krankt, sind eben die Verhältnisse auf dem internationalen Waren- und Devisenmarkt, das Fehlen aller Voraussetzungen eines hemmungs- und reibungslosen Warenaustausches und damit das Fehlen des Grundelementes aller Volks- und Weltwirtschaft überhaupt. Die wirtschaftliche Notlage Hollands liefert aber auch zugleich den Beweis, daß die Wirtschaftspolitik eines Landes nicht in der Lage ist, von sich aus hier Wandel zu schaffen.

Dänemark.

Die Stagnation, die sich während der letzten Jahre in nahezu allen Ländern im Handel und Erwerbsleben geltend gemacht hat, hat auch in Dänemark ihre Spur hinterlassen. Namentlich die schwindende Kaufkraft in Zentraleuropa und das Aufhören des Handelsverkehrs mit Rußland haben, was Dänemark betrifft, sehr bedeutende Schwierigkeiten verursacht: Niedergang des Handels, verringerte industrielle Produktion, eine ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit, Fallen der Aktienurse usw. Hierzu kommt, daß die Warenpreise — nach übermäßigem Steigen während des Krieges und in den zwei ersten Jahren nach Kriegsende — seit November 1920 stetig gefallen sind, wodurch natürlich die Kaufkraft der dänischen Bevölkerung abnahm, da man mit einer weiteren Preisentkung rechnete und die Nachfrage, namentlich nach Industriewaren, vermindert wurde.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Niedergang der Großhandels-Indexzahl:

November 1920	403
Dezember 1920	374
Januar 1921	341
April 1921	270
Juli 1921	253
Oktober 1921	202
Dezember 1921	188
März 1922	182

Die stark fallenden Preise brachten es mit sich, daß die Einfäufe sowohl im In- wie im Auslande mit großer Vorsicht vorgenommen wurden, und die statistischen Aufstellungen zeigen denn auch einen sehr bedeutenden Rückgang der dänischen Einfuhr im verflossenen Jahre. Im Jahre 1920 betrug die Ausfuhr dänischer Erzeugnisse nach dem Auslande 1591 Mill. Kr. und die Einfuhr ausländischer Waren 2943 Mill. Kr., das bedeutet einen *Importüberschuß* von 1352 Kr. Im Jahre 1921 belief sich die Ausfuhr auf 1383 Mill. Kr., also nur ein paar hundert Millionen Kronen weniger, während die Einfuhr auf 1544 Mill. Kr. — oder ungefähr die Hälfte der Einfuhr im vorhergehenden Jahre — zurückging, so daß nur ein *Importüberschuß* von 161 Mill. Kr. herauskam. Damit ist die dänische Handelsbilanz annähernd in Übereinstimmung mit dem in den letzten Jahren vor dem Kriege bestehenden Verhältnis gebracht, wie aus folgender Übersicht zu ersehen ist:

	Import Mill. Kr.	Export Mill. Kr.	Unterschied Mill. Kr.
1911	623	537	86
1912	740	597	143
1913	777	637	140
1914	718	780	0, 62
1915	1029	979	50
1916	1250	1177	73
1917	1017	968	49
1918	910	710	200
1919	2394	740	1654
1920	2943	1591	1352
1921	1544	1383	161

Was die Wareneinfuhr betrifft, so ist es namentlich die Einfuhr von Rohstoffen und Brennmaterialien (Kohle, Koks usw.), die sich im Jahre 1921 verringert hat. Während 1920 Brennstoffe bis zu einem Wert von 515 Mill. Kr. eingeführt wurden, betrug der Wert 1921 nur 145 Mill. Kr. Die Einfuhr von Roheisen machte 1920: 150 Mill. Kr. aus, aber 1921 nur 55 Mill. Kr.; die Holzeinfuhr, die 1920: 118 Mill. Kr. betrug, belief sich 1921 auf nur 57 Mill. Kr. Aber auch hinsichtlich anderer Warensorten ist ein bedeutender Rückgang zu spüren, so z. B. bei wollenen Manufakturwaren, deren Einfuhr 1920: 118 Mill. Kr. ausmachte, 1921 dagegen nur 41 Mill. Kr., und ebenso ist die Einfuhr von Manufakturwaren aus vegetabilischen Stoffen im Jahre 1921 von 144 Mill. Kr. auf 53 Mill. Kr. zurückgegangen. Bei den letztgenannten Waren ist der Grund für den Rückgang zweifellos darin zu suchen, daß in den vorhergehenden Jahren sehr große Einkäufe vorgenommen worden waren, so daß man gefüllte Lager besaß.

Die dänischen Hauptexportwaren sind nach wie vor — oder besser: noch mehr als früher — die dänischen Landwirtschaftsprodukte, und die Ursache für die trotz der finanziellen Depression so günstige Entwicklung der dänischen Handelsbilanz ist, daß es gelungen ist, die landwirtschaftliche Produktion so zu erhöhen, daß das Steigen der Ausfuhrmenge den Rückgang der Preise ausglich. In welchem Umfang die landwirtschaftliche Produktion innerhalb des dänischen Erwerbslebens entscheidend ist, geht hinreichend daraus hervor, daß von dem gesamten Exportwert von 1383 Mill. Kr. im Jahre 1921 etwa 1100 Mill. Kr. auf landwirtschaftliche Erzeugnisse entfallen.

In dieser Zahl liegt zugleich ein Beweis dafür, mit welchen Schwierigkeiten die dänische Industrie zu kämpfen hat. Während die Arbeitslosigkeit in den Jahren vor dem Kriege durchschnittlich 8 bis 9% jährlich betrug, stieg sie 1921 auf durchschnittlich 20% und ist später noch weiter gestiegen, so daß die Anzahl der Arbeitslosen jetzt ungefähr 100 000 bei einer Bevölkerung von zirka 3½ Millionen beträgt. Wie das Verhältnis innerhalb einiger der wichtigsten Industriezweige ist, wird aus folgender Übersicht klar.

	Beschäftigte Arbeiter:	
	1920 durchschnittl.	1921 November
Tabakfabriken	7729	3705
Webereien und Kleiderfabriken	7277	5225
Trikotagefabriken	1734	1574
Sägewerke, Holzwarenfabriken	1657	1139
Möbeltischlereien	1701	1024
Serbereien und Schuhzeugfabriken	4361	2698
Glaswerke	1167	372
Schiffswerften	9263	5214
Maschinenfabriken	9088	5661
Papierfabriken	2501	1251

Von den Mitgliedern der Gewerkschaften waren arbeitslos:

im Sommer 1920	2,2 %
am 31. Dezember 1920	15,1 %
„ 31. März 1921	24,5 %
„ 31. Juli 1921	27,8 %
„ 31. Dezember 1921	33,2 %

Beachtenswert sind auch folgende Zahlen:

Am 13. Januar 1921 waren von 85 207 Arbeitslosen	
aus Landwirtschaft und Gärtnerei	3 340
„ Handwerk und Industrie	69 438
„ Handel und Schiffahrt	10 943
„ sonstigen Berufen	1 486

Wie man sieht, ist der Betrieb und damit die Produktion in allen Erwerbszweigen bedeutend vermindert. Obgleich der Preisfall und die daraus folgende Zurückhaltung der Käufer einen Hauptgrund hierfür bilden, ist doch auch der starke Valutafall in Mitteleuropa, besonders in Deutschland und Österreich, ein mitwirkender Faktor, da die dänische Industrie die Konkurrenz nicht aufnehmen konnte. Beispielsweise kann angeführt werden, daß in den ersten 10 Monaten des Jahres 1921 etwa 387 000 kg Schuhzeug oder etwa 33% des gesamten dänischen Verbrauchs eingeführt wurden, während die Einfuhr 1913 nur 16% betrug. An Zigaretten wurden in den nämlichen 10 Monaten etwa 205 000 kg oder etwa 19% des Verbrauchs eingeführt, während die Einfuhrprozente 1913 nur halb so groß waren. Obgleich gegenüber dieser steigenden Einfuhr fertiger Industriewaren sich Stimmen dafür erhoben haben, daß der Staat Maßnahmen treffen solle, um eine solche Einfuhr zu verhindern, hat sich die dänische liberale Regierung auf den Standpunkt gestellt, daß es — da es sich um eine internationale Krise handelt — nicht ratsam wäre, diese durch lokale Maßnahmen, wie z. B. Einfuhrverbote und zeitweiligen Zollschutz, zu hindern, Maßnahmen, die es mit sich bringen würden, daß der Bevölkerung die billigen Preise nicht zugute kommen würden.

Außer dem Handel und der Industrie ist auch die dänische Schiffahrt in erheblichem Grade von der herrschenden Stöckung des internationalen Warenumsatzes betroffen worden. Im Juni vorigen Jahres wurden 143 dänische Dampfschiffe mit einer Bruttotonnage von 233 000 Tonnen aufgelegt, was soviel sagen will, daß etwa ein Viertel von sämtlichen dänischen Dampfschiffen zu dem angegebenen Zeitpunkt ohne Beschäftigung war. Später ist das Verhältnis auf diesem Gebiete etwas besser geworden (im Dezember 79 Schiffe), aber gleichzeitig sind die Frachten zurückgegangen, so daß z. B. die Frachten zwischen Nordamerika und Skandinavien sich 1921 bis auf ungefähr ein Drittel der Raten des Jahres 1920 vermindert haben.

Auch im Finanzleben spürt man erklärlicherweise den wirtschaftlichen Stillstand. Im Jahre 1918 erfolgten z. B. 262 neue Emissionen, wogegen die Zahl 1920 auf 40 und 1921 weiter auf 29 sank. Während 1920 310 Konkurserklärungen stattfanden, erhöhte sich ihre Zahl im Jahre 1921 auf 706.

Daß die schwierige Lage innerhalb des dänischen Erwerbslebens eine Teilerscheinung der allgemeinen wirtschaftlichen Weltkrise ist, geht klar daraus hervor, daß die dänische Valuta trotz der herrschenden Schwierigkeiten in dem verfloßenen Jahr ganz bedeutend gestiegen ist. Während der Dollar im November 1920 mit 7,68 notiert wurde, stieg der dänische Kronenkurs im Laufe des vorigen Jahres so stark, daß der Dollar im Dezember 1921 nur mit 5,15 notiert wurde. Gleichzeitig ist der dänische Notenumlauf um etwa 90 Mill. Kr. reduziert worden.

Wie aus der vorliegenden Übersicht zu ersehen ist, teilt Dänemark das Schicksal des größten Teiles der übrigen Welt hinsichtlich der Arbeitslosigkeit und der Stockung von Handel und Industrie. Auf Grund der hochentwickelten Produktionsfähigkeit seiner Landwirtschaft ist es aber eher in der Lage, krisenhafte Situationen zu überstehen, als die meisten anderen von der Zerrüttung der Weltwirtschaft betroffenen Länder.

Norwegen.

Wie in einigen anderen neutralen Ländern, begann auch in Norwegen mit dem Beginn des Weltkrieges die Hochkonjunktur einzusetzen. Stärker und stärker wurde die Nachfrage nach norwegischen Exportgütern, und Industrie und Schifffahrt hatten ständig steigende Einnahmen. Allerdings hatte bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege das norwegische Wirtschaftsleben unter sehr günstigen Verhältnissen gearbeitet. Die Exportindustrie hatte eine Reihe guter Ergebnisse, die Konjunktur war ständig im Steigen, und nicht nur die Holz- und Hüttenindustrie, sondern auch die elektro-chemische und elektro-metallurgische Industrie wurden zum bedeutenden Faktor des Wirtschaftslebens, da die Wasserkräfte billig blieben und Neuanlagen ständig gefördert wurden.

Auch in den ersten Jahren während des Krieges konnte Norwegen ohne große Hindernisse seine Ausfuhr sowohl nach Deutschland, wie nach England fortsetzen, wodurch ein erneuter industrieller Aufschwung zu verzeichnen war. Eine Reihe von Neuanlagen wurde geschaffen; eine sich ständig steigende Nachfrage nach Arbeitskräften bestand. Auch die Schifffahrt hatte Einnahmen, von deren Höhe die Reeder früher nicht geträumt hatten; die Nachfrage nach Tonnage stieg andauernd, und zwar sowohl aus Entente-kreisen wie von den norwegischen Im- und Exporteuren.

Die Schwierigkeiten begannen dann im Jahre 1916. Norwegen kann nämlich nicht mehr Getreide erzeugen, als es in drei bis vier Monaten verbraucht, und darum übernahm die Regierung bald die Kontrolle über die Einfuhr und Verteilung der Lebensmittel. Einzelne Industriezweige begegneten besonderen Schwierigkeiten, und zwar namentlich die Branchen, die ihre Absatzmärkte in Deutschland und Rußland hatten. Die Entente verhinderte mehr und mehr den Export nach Deutschland, die „schwarze Liste“ als drohende Gefahr machte den Export von Rohle, Petroleum und anderen Bedarfsartikeln nach Deutschland unmöglich, während der Transport nach Rußland durch die Ostseeblockade verhindert wurde. Man hatte damals in Deutschland die Auffassung, daß Norwegens Export sich mehr den Ententeländern zuneige. Die Statistik lehrt aber, daß die Ausfuhr nach Deutsch-

Land 1915 und 1916 größer war, als die Ausfuhr nach England; erst dann hat die Ausfuhr nach Deutschland nachgelassen, als die Entente mit schweren Repressalien drohte. Die folgenden Zahlen zeigen die norwegische Ausfuhr prozentual nach den beiden genannten Ländern:

	1913	1914	1915	1916	1917
Deutschland	17,1	18,6	28,5	29,5	19,0
England	25,1	25,8	27,7	27,8	38,2

1917 setzte die Blockadepolitik der Entente ein und verhinderte die Ausfuhr nach Deutschland erheblich.

Auch die Schifffahrt wurde mehr und mehr erschwert. Schon früher waren die Einnahmen aus der Schifffahrt eine Grundbedingung für die Ausgleichung der Handelsbilanz Norwegens, und darum bemühten sich die norwegischen Reeder mit allen Kräften die Schifffahrt aufrecht zu erhalten. Aber der U-Bootkrieg und die Minengefahr erschwerten die Fortentwicklung der Schifffahrt, die Tonnagepreise wurden nur Bruchteile der früheren. Wie in den anderen neutralen Ländern wurden überdies Schifffahrt und Industrie überfinanziert und man war nicht so vorsichtig, wie man es eigentlich hätte sein müssen. Man glaubte allgemein, daß nach Kriegsschluß ein großer Warenhunger, insbesondere in Mitteleuropa und Rußland, entstehen müßte, und diese falschen Berechnungen sind mit die Ursache der Depression gewesen, die in Norwegen wie überall in der Welt entstanden ist, und die den wirtschaftlichen Niedergang des Landes veranlaßt hat.

Die Preise sind während des Krieges ständig gestiegen. Kurz nach Kriegsschluß haben sie sich zwar für kurze Zeit ermäßigt, um jedoch bald darauf wieder zu steigen, so daß das Preisniveau im Oktober 1920 kulminierte. Im Januar 1921 begann ein Preisfall, und von diesem Zeitpunkt an waren bis in die jüngste Zeit hinein die Preise ständig in einer Abwärtsbewegung. Wie sehr die Preisbewegung zu ihrem größten Teil von der norwegischen Valuta abhängig ist, geht aus den folgenden Zahlen hervor:

1913	durchschnittlich	100
1914	"	104,5
1915	"	148,7
1916	"	202,9
1917	"	246,6
1918	"	345,1
1919	"	350,6
Ultimo Juni 1920	"	411,1
„ September 1920	"	433,1
„ Dezember	"	370,0
„ Januar	"	309,2
„ Dezember 1920	"	257,0

Die Preise sind in diesem Jahre noch mehr gefallen, da die norwegische Valuta ganz bedeutend gestiegen ist. Die hohen Preise wurden während des Krieges von der allgemeinen Weltpreiserhöhung verursacht, und wenn der Abbau nach dem Kriege so langsam gegangen ist, so liegt dies in der verhältnismäßig niedrigen Stellung der norwegischen Valuta.

Vor dem Kriege und während des Krieges bestand keine Arbeitslosigkeit in Norwegen. Von Mitte 1920 ab begann die Krise; es trat eine große Arbeitslosigkeit ein. Diese hat im Januar dieses Jahres mit einer Zahl von 47 000 Arbeitslosen den Höhepunkt erreicht; für den März 1922 wird ein Rückgang auf 44 000 gemeldet. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl ist die Arbeitslosigkeit in Norwegen allerdings nicht so groß, wie in den anderen nordischen Ländern, es beruht dies mit auf dem Stand der norwegischen Valuta, die trotz der Weltwirtschaftskrise einige Industriezweige vorteilhaft arbeiten ließ.

Norwegen hat niemals Exportüberschuß gehabt, doch war die Handelsbilanz günstig, da die Einkommen aus Schifffahrt und Walfischfang ein Ausbilanzieren ermöglichten. Die Ein- und Ausfuhr Norwegens geben die folgenden Zahlen an:

Jahr	Einfuhrwert in Mill. Kr.	Ausfuhrwert in Mill. Kr.
1910	402	282
1911	468	289
1912	525	335
1913	552	392
1914	567	410
1915	868	676
1916	1353	988
1917	1661	791
1918	1252	755
1919	2583	782
1920	2552	1053
1921	1531	753

In der Ausfuhr litt am schwersten die Konserven-Industrie und die Ausfuhr von Holz und Holzveredelungsprodukten. Ebenso hat der Export der chemischen Produkte sehr gelitten. Bei der Einfuhr ist der Rückgang am stärksten bei Rohstoffen, Halbfabrikaten und Werkzeugen. Den größten Rückgang zeigen Zuckerimport, Kohlen- und Roheiseneinfuhr.

Die norwegische Valuta war während des Krieges sehr hochwertig. Sie stand der schwedischen Valuta ungefähr gleich. Nach Beendigung des Weltkrieges setzte ein Rückgang ein, der von Anfang des vergangenen Jahres an bis zum September am

stärksten war. Seither ist der Kursstand der norwegischen Krone ständig gestiegen. Die Entwicklung an der Börse in Christiania geht aus folgenden Notierungen hervor:

	20. Dezember 1920	20. Dezember 1921	15. März 1922
London	23,65	26,70	24,70
Berlin	9,25	4,—	2,25
Paris	40,25	51,50	50,75
Amsterdam	212,00	233,00	215,00
Zürich	103,25	124,50	111,00
New-York	6,76	6,38	5,75
Stockholm	132,80	159,25	147,50
Kopenhagen	102,25	134,50	120,00

Die Veranlassung zu dem verhältnismäßig niedrigen Stande der norwegischen Valuta waren damals die Handelsbilanz und die ungünstigen Ergebnisse der Schifffahrt. Man hofft nun allgemein, daß eine weitere Steigerung der norwegischen Valute eintreten wird, weil der Abbau der Hochkonjunktur ohne allzu große Schwierigkeiten stattgefunden hat und die Handelsbilanz jetzt wieder normal ist.

Die großen Einnahmen, die Norwegen während des Krieges hatte, haben Veranlassung gegeben, daß zahlreiche industrielle Neuanlagen entstanden. Die hohen Arbeitslöhne und die Materialkosten trugen jedoch dazu bei, daß sich diese Neuanlagen oft so teuer stellten, daß sie sich nicht rentieren konnten. Die Vermehrung der Konkurse und Akkordverhandlungen war die notwendige Folge. Die unverhältnismäßig rasche Entwicklung des Geschäftslebens, die künstliche Hochkonjunktur und die Spekulationswelle veranlaßten das Entstehen einer Reihe von Neugründungen, die im normalen Geschäftsgang sich als nicht lebensfähig erwiesen. Die Zahl der Neuemissionen an Aktiengesellschaften ergibt sich aus den folgenden Zahlen:

1913	484
1914	494
1915	864
1916	1150
1917	1266
1918	1457
1919	937

Viele von diesen Firmen sind mehr oder weniger Spekulationsfirmen, die bei Wiederherstellung normaler Verhältnisse wieder verschwinden werden. Die hohen Zahlen über Konkurse, Akkordverhandlungen und protestierte Wechsel erweisen das Ungesunde der Verhältnisse.

Die allgemeine finanzielle Lage in Norwegen ist aber durchaus gesund, was sich aus den nachfolgenden Zahlen ohne weiteres ergibt:

	30. 9. 1920	30. 9. 1921	30. 11. 1921
Anleihe in Mill. Kr. . . .	4020	3844	3676
Einlagen in Mill. Kr. . . .	3397	3319	3232

Die Sparkassen haben überdies ihre Einlagen von 606 Mill. im Jahre 1913 auf 2053 Millionen Kronen 1920 vergrößert, und auch im Jahre 1921 sind die Einlagen vergrößert worden. So z. B. sind die Einlagen in der Kristiania Sparebank — der größten Sparkasse Norwegens — von 284 Millionen Kronen am 31. Januar 1921 auf 335 Millionen am 31. Dezember 1921 gestiegen.

Deutschland war nächst England der größte Abnehmer norwegischer Waren, insbesondere von Fischen und Bergwerksprodukten. Der Rückgang des norwegisch-deutschen Handels ist lediglich auf den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands zurückzuführen. Erst wenn sowohl Deutschland wie Rußland wieder über ein normales Wirtschaftsleben verfügen und, wie früher, für den Export der norwegischen Güter in ungefähr gleichem Ausmaße wie in den Vorkriegsjahren in Frage kommen, werden auch in Norwegen wieder normale Zeiten kommen.

Tschecho-Slowakei.

Unter den durch die Friedensverträge neu geschaffenen Staatsgebilden hat die Tschecho-Slowakei zweifelsohne die günstigsten Vorbedingungen zur wirtschaftlichen Fortentwicklung und nationalwirtschaftlichen Einstellung gehabt. Die Gebietsteile, die neu das Staatswesen der Tschecho-Slowakei ausmachen, waren nicht durch direkte Kriegsfolgen beeinflusst, alle Vorbedingungen für den Neuaufbau waren so ohne weiteres geschaffen, eine voll entwickelte, sich auf reiche Bodenschätze stützende Industrie war vorhanden — und doch stand der neue Staat bei seiner Neubildung vor zwei großen und grundlegenden wirtschaftlichen Aufgaben. Wie in allen Ländern auch, mußte in der Tschecho-Slowakei der industrielle Umstellungsprozeß der auf die Kriegswirtschaft eingestellten einheimischen Industrie auf die nunmehrigen weltwirtschaftlichen Grundbedingungen vollzogen werden. Gleichzeitig aber mußte hier mit der Entwicklung der verschiedenen Industrien zur eigenen nationalen Industrie begonnen werden. Denn wenn auch die Gebietsteile des neuen Staates früher zumeist ein und demselben großen Wirtschaftsgebiet angehört hatten, so waren sie doch nicht so ganz allgemein zu direkten Landesindustrien entwickelt worden, sondern hatten sich den im Rahmen des Gesamtwirtschaftsbildes

der ehemals österreich-ungarischen Monarchie gegebenen Bedingungen angepaßt. Es galt nunmehr für den neuen Staat mit Umstellungs- und Neuordnungsprozeß gleichzeitig zu beginnen, ferner nach außen hin den Kampf um die Gewinnung von Absatzgebieten für die nationalen Erzeugnisse des Landes aufzunehmen und sich eine Stellung auf dem Weltwarenmarkt zu sichern. Es galt ferner eine Landeswährung nicht nur neu zu schaffen, sondern diese als tschecho-slowakisches Geld auf dem Weltgeldmarkt einzuführen und in die internationalen Kurse einzugliedern. Volkswirtschaftlich betrachtet, ist gerade um dieser großen Aufgaben willen die wirtschaftliche Entwicklung der Tschecho-Slowakei als neues Staatsgebilde von großem Interesse. Eins kam dem neuen Staat zugute: er fand eine ausgebildete und viel verzweigte Handelsorganisation vor, und sodann schuf der mit Beendigung des Weltkrieges einsetzende Warenhunger nach Industriegütern der inländischen Industrie günstige Vorbedingungen für die beiden erwähnten Umstellungs- und Neuordnungsprozesse. Nur durch diese gegebenen Bedingungen ist es möglich geworden, daß die Lösung der beiden wirtschaftlichen Aufgaben nicht nur der tschecho-slowakischen Regierung gelungen ist, sondern daß die neunational geformte Industrie sich im Ausland und in der Weltwirtschaft einen Platz hat erringen können. Damit zugleich aber haben sich auch die Nachteile ergeben. Denn mit dieser Einbeziehung in das Weltwirtschaftsleben ist Handel und Industrie der Tschecho-Slowakei mit in das jetzige weltwirtschaftliche Chaos und den Widersinn hineinbezogen worden.

Die Tschecho-Slowakei ist ein reiner Industriestaat und steckt als solcher jetzt in den schwersten wirtschaftlichen Sorgen und Nöten. Der Anfang 1920 einsetzende Konjunkturumschwung auf dem Weltmarkt hat die Industrie mitten in ihrem Entwicklungs- und Umstellungsprozeß betroffen und sie somit vor die Lösung neuer Aufgaben gestellt. Es muß durchaus anerkannt werden, daß die Wirtschafts- und Handelspolitik der tschecho-slowakischen Regierung in richtiger Erkenntnis der vorhandenen und neu gegebenen wirtschaftlichen Lebensbedingungen nur ganz langsam und sehr geschickt die Zolltariffestsetzungen dem Entwicklungsgang der einheimischen Industrie angepaßt hat. Sie ist erst mit dem Beginn des Jahres 1922 zu starken Zolltarifierhöhungen und zur Errichtung einer Zollschutzmauer übergegangen. Durchkreuzt werden diese Anstrengungen oder, von andern Gesichtswinkel her betrachtet, parallel laufen diesen neuen Plänen auf dem Weltgeldmarkt die Kursgestaltungen, die ein rapides Ansteigen des tschechischen Kronenkurses erkennen lassen. Seit Ende vorigen Jahres beginnt die tschechische Krone mit zu den sogenannten guten Valuten zu gehören. Sie hat, neben den nach außen hin günstigen Wirkungen einer solchen, nach innen alle die ungünstigen

Auswirkungen, die notgedrungen für ein Land mit der hohen Kursgestaltung der einheimischen Valuta verbunden sind. Der jetzige Stand der tschecho-slowakischen Währung wirkt somit gleichermaßen als Zollschutzmauer und vermehrt aus diesen Gründen die harten Wirtschaftsjorgen des Landes. Die Entwicklung, die Handel und Industrie der Tschecho-Slowakei genommen hat, zeigt sehr interessante und lehrreiche Momente, beweist jedoch auch zugleich dem praktischen Volkswirt, wie sehr durch die jetzige weltwirtschaftliche Entwicklung Widersinn erzeugt wird, wie aus ihr überall Hemmungen und Wirrnisse entstehen. Selbst ein neues Staatsgebilde, wenn es auch sehr schnell eine gut fundierte Wirtschaftsorganisation neu entwickelt hat, wird mit in den Gang der allgemeinen widersinnigen Geschehnisse einbezogen und mit in die allgemeinen weltwirtschaftlichen Sorgen und Nöte, mit in die Wirtschaftskämpfe verstrickt.

An dem Verlauf, den die Wirtschaftsentwicklung in der Tschecho-Slowakei insbesondere in den letzten Monaten genommen hat, ist die Schuld nicht in der Wirtschaft- und Handelspolitik der Regierung, obschon auch an sie manche kritische Betrachtung sich knüpfte, zu suchen, sondern sie liegt zumeist in den gegebenen weltwirtschaftlichen Bedingungen. An sich haben die Valutaschwankungen, die Veränderungen im Kursstand der tschecho-slowakischen Krone und die Abnahme der Kaufkraft auf den Absatzmärkten in erster Linie die tschecho-slowakische Industrie in eine schwere Krise gebracht. Die nationale inländische Industrie der Tschecho-Slowakei ist auf den Export angewiesen; sie verzeichnet in der Mehrzahl der Industriezweige eine Überproduktion, die über die Deckung des Inlandsbedarfs hinausgeht, und mit dem Stocken der Ausfuhr, der Verringerung der Absatzmöglichkeiten im Auslande tritt notwendiger- und logischerweise zugleich eine Stockung auf dem inländischen Absatzmarkt ein, und beide zusammen führen, wie überall, so auch in der Tschecho-Slowakei zur Verringerung der Arbeitszeit, zu Betriebseinschränkungen, zu sozialen Unruhen und Lohnkämpfen. Alle diese Erscheinungsformen der sich aus der zerrütteten Weltwirtschaft ergebenden nationalen Wirtschaftsnöte findet man jetzt verstärkt auch in der Tschecho-Slowakei.

In der Textilindustrie ist die Arbeitszeit fast durchweg auf 3 bis 4 Tage in der Woche reduziert, und es sind zahlreiche Entlassungen von Arbeitern vorgenommen worden. Sehr hart betroffen von der allgemeinen Absatzkrise ist die tschecho-slowakische Montan- und Metallindustrie, welcher der hohe Kursstand der tschechischen Krone die Absatzmöglichkeiten nach den Nachbarländern fast vollständig zum Schwinden gebracht hat. Preisreduzierungen sind hier wegen der hohen Gesehungskosten, wie sie sich aus den gesteigerten Arbeitslöhnen ergeben, nicht möglich. Die wiederholt und jetzt wiederum aufgeworfene Frage nach Herabsetzung der Löhne ist mit einem

Arbeiterstreik beantwortet worden, und jedesmal, wenn es sich um Fragen der Lohnreduzierung handelt, wird die Unruhe in der Arbeiterschaft stärker, und neue Lohnkämpfe verwirren das Wirtschaftsleben noch mehr. Ganz ähnlich wie in der Eisen- und Metallindustrie haben sich die Verhältnisse in der Glas- und Sablelonzer Industrie entwickelt, die alle in erster Linie auf den Export angewiesen sind und vielfach lediglich für den Export arbeitende Industriezweige sind. Die Ermäßigung der Gestehungskosten durch Herabsetzung der Löhne ist auch das Kampfwort, das von den Arbeitnehmern, wie überall so auch hier, mit der Streikandrohung beantwortet wird. Wie man an diesen als Beispiel herausgegriffenen Hauptindustrien der Tschecho-Slowakei deutlich erkennt, hat sich die Situation nicht nur in diesen, sondern auch in allen andern Industriezweigen gleichmäßig scharf zugespitzt. Von allen Seiten her kommen die lebhaften Klagen über die durch die Unterbindung der Exportmöglichkeit notwendig gewordenen Betriebsverminderungen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist von Monat zu Monat in ständigem Wachsen begriffen. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in der ersten Hälfte des Jahres 1921:

Gesamtzahl der Arbeitslosen im Jahre 1921.

	männlich	weiblich	zusammen
Januar	61 720	34 048	95 768
Februar	69 361	36 543	105 904
März	67 923	34 878	102 801
April	65 158	35 347	100 505
Mai	74 907	33 708	108 615
Juni	74 275	29 733	104 008

Im Herbst 1921 war die Zahl der Arbeitslosen auf 120 000 angewachsen, zu Ende des Jahres 1921 war sie bereits auf 133 000 gestiegen, und in den ersten Monaten des Jahres 1922 nähert sie sich immer mehr der 200 000-Grenze. (Sie beträgt jetzt bereits weit über 150 000.)

Im Außenhandel ist für die letzten Jahre das Bild günstiger geworden; langsam, aber ständig vermehrt, ergibt sich eine Aktivität der Außenhandelsbilanz. Für 1920 ist ein Ausfuhrüberschuß von 422 Millionen Kronen zu verbuchen. Für 1921 stehen offiziell bisher nur die Mengenziffern, nicht jedoch auch die Wertzahlen fest; aber es ergibt sich doch hieraus bereits deutlich eine weitere Steigerung des Ausfuhrüberschusses. Der Menge nach ist die Ausfuhr weiterhin erheblich angewachsen, während in der Einfuhr nur eine ganz unwesentliche Zunahme sich verzeichnen läßt. Sehr bedeutend hat sich jedoch bereits das Bild in den ersten Monaten des neuen Jahres 1922 verschoben. Seiner

günstigen Handelsbilanz hat es die Tschecho-Slowakei auch zu verdanken, daß seine Staatsfinanzen verhältnismäßig geordnete sind, und daß die Anforderungen des außerordentlichen Stats, der das sogenannte Investitionsprogramm enthält, ohne allzu große Schwankungen vom inländischen Geldmarkt bereits erfüllt werden können. Der Notschrei der tschecho-slowakischen Wirtschaft aber, und zwar gleichermaßen von Handel und Industrie, geht nach einer Stabilisierung der Währung, des tschechischen Kronen-Kurses, und nach einer Wiedergewinnung der hauptsächlich infolge des hohen Kursstandes verloren gegangenen Absatzmärkte. Beide Forderungen sind aus der schweren Industrie- und Handelskrise heraus geboren, können jedoch von der einheimischen Wirtschafts- und Handelspolitik nicht erfüllt werden.

Die Tschecho-Slowakei ist eingespannt in das Netz der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Auch die günstigste industrielle und Handelslage im Inlande selbst und auch eine aktive Handelsbilanz, so selten diese zur Zeit auch ist, vermögen aus sich heraus die Gesundung der nationalen Wirtschaft nicht herbeizuführen. Es ist dies unmöglich, wenn immer wieder und ständig in vermehrtem Ausmaße von außen her durch die chaotischen weltwirtschaftlichen Geschehnisse die Grundbedingungen der Wirtschaft selbst erschüttert werden. Wenn nun selbst ein Wirtschaftsgebiet, in dem günstige Entwicklungsbedingungen und Möglichkeiten vorlagen, unter heftigen Krankheitsercheinungen leidet und ihrer nicht Herr zu werden vermag, muß doch logischer Weise gefolgert werden, daß das Grundelement aller Krankheitsercheinungen nicht in dem Wirtschaftsleben und in den wirtschaftlichen Bedingungen einzelner Staaten liegt, sondern daß der Ursprung aller dieser Krankheitsercheinungen in der Desorganisation der Weltwirtschaft zu suchen ist, und daß daher hier mit dem Gesundungsprozeß begonnen werden muß.

Japan.

Japan, das „Land des Sonnenaufgangs“, das Symbol des hochstrebenden, jungen Wirtschaftsstaates, hat in der Zeitspanne eines von derselben lebenden Generation noch zu übersehenden Abschnittes seiner Wirtschaftsentwicklung ein bewegtes Dasein geführt. Noch ist der Vergleich des erwachten östlichen Kaiserreiches mit dem seinen wirtschaftlichen Aufstieg beginnenden Deutschland des letzten Viertels des vorigen Jahrhunderts jedermann geläufig. In der Rückerinnerung an die Zeit kurz nach Beendigung des russisch-japanischen Krieges klingen auf einmal wieder Schlagworte wie „japanische Gefahr“ und ähnliche an das von dem

gellenden Lärm des gegenwärtigen wirtschaftlichen Tobuwabohus erschütterte Ohr. Dann kam der Krieg und mit ihm die Materialisation aller jener Befürchtungen bis zu einem Grade, daß man die Märkte des Fernen Ostens für immer als verloren aufgab. Heute wiederum bietet die wirtschaftliche Lage des japanischen Kaiserreiches ein solches Bild, daß irgendein festumrissener Kurs der weiteren Entwicklung sich mit Bestimmtheit keineswegs voraussehen läßt.

Ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der japanischen Industrie in der Zeit von 1914 bis 1919 zeigt zunächst einmal einen Zuwachs an industriellen und Handelsunternehmungen, wie er nur durch den hauptsächlich auf europäischen Gebite sich abspielenden Krieg und die dadurch geschaffene Konjunktur auf den ostasiatischen Märkten zu erklären ist. Es betrug die Zahl von Neugründungen:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919	Gesamt
Brauereigewerbe	115	113	111	126	214	210	774
Lebensmittelindustrie	201	200	131	131	147	196	805
Baumwollgewerbe	166	140	232	378	624	681	1 955
Chemische Industrie	87	63	202	282	471	392	1 410
Porzellanindustrie und Verwandtes	45	25	87	123	141	107	483
Metallindustrie	58	68	91	172	340	152	823
Waggonbau und Werft- bauindustrie	17	10	10	45	63	15	143
Maschinenindustrie	97	78	90	202	404	360	1 134
Elektrotechnische Industrie	66	58	60	62	76	60	316
Verschiedenes	455	467	465	695	831	651	3 109
Insgesamt	1307	1222	1479	2216	3311	2728	10 952

In ausnahmslos allen Industriezweigen hat also Jahr für Jahr die Zahl der neugegründeten Betriebe eine beträchtliche Zunahme erfahren, die während der Zeit des vergangenen Krieges nicht nur volle Beschäftigung fanden, sondern angespannt arbeiteten, um den an sie herantretenden Bedarf zu befriedigen.

Aus einer zweiten Aufstellung ist die große Steigerung der Nachfrage nach Arbeitskräften, die eine unausbleibliche Folge der mit solchen Riesenschritten fortschreitenden Industrialisierung sein mußte, ersichtlich. Es waren beschäftigt:

Industrie für	Anzahl der Betriebe		Anzahl der Arbeiter	
	1914	1918	1914	1918
Farbstoffe	8 541	10 558	551 205	803 244
Maschinen u. Werkzeuge	1 401	3 114	96 882	318 174
Chemische Produkte	1 770	2 709	94 726	176 532
Lebensmittel	2 663	2 744	72 002	84 981
Spezialfabriken	180	139	10 697	8 712
Staatsbetriebe	143	130	169 620	172 603
Verschiedene	2 507	3 124	85 941	113 118
Insgesamt	17 205	22 521	1 081 073	1 677 364

Die wirtschaftlichen Auswirkungen einer derartig gesteigerten industriellen Belegung zeigten sich zunächst in einer beträchtlichen Herauffschraubung des Standard of Life. Setzt man Durchschnittskosten und Durchschnittslöhne für das Jahr 1913 mit 100 an, so ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

	Lebensunterhalt	Löhne
1913	100	100
1914	93	98
1915	89	98
1919	238	209
1920 März	325	291
1920 Juni	257	280

Welche Schlüsse aus diesen sozialwirtschaftlichen Angaben zu ziehen sind, soll später untersucht werden. Zunächst ergibt sich die Aufgabe, die Bedeutung der mit ungeheurem Ungestüm erfolgten Aufblähung der industriellen Wirtschaft Japans zu untersuchen. Im Jahre 1913 belief sich der Wert des Gesamtaußenhandels auf 1,5 Milliarden Yen, im Jahre 1918 war er auf 4, im Jahre 1919 auf 5 Milliarden Yen gestiegen. Die vor dem Kriege das Gemüt des japanischen Wirtschaftspolitikers oft bedrückende Passivität der Handelsbilanz hatte sich in ihr Gegenteil verkehrt; während des ganzen Krieges überwog der Wert der Einfuhr den Wert der Einfuhr. Zwar nahm im Jahre 1919 die Handelsbilanz bereits wieder ein passives Aussehen an, 1920 dann noch im verstärkten Maße. Überprüft man jedoch die Art der eingeführten Produkte, so ist ein Rückgang in der Einfuhr von Halbfabrikaten zu verzeichnen, woraus der Schluß auf eine Steigerung der Leistungen der japanischen Industrie gezogen werden kann, eine Vermehrung in der Einfuhr industrieller Rohstoffe, was einen Anstieg des Bedarfs bedeutet, und eine Vermehrung der Maschineneinfuhr. Die Ausfuhr ist dem Werte nach besonders für solche Erzeugnisse der japanischen Industrie gestiegen, Rohseide, Baumwollgarne und -gewebe, gewisse Chemikalien, Glas- und Gummiwaren, für die Japan sein Marktmonopol weiter auszubauen die besten Anlagen zeigte.

Die Folge der Entwicklung des japanischen Außenhandels war zunächst die Vermehrung der flüssigen Zahlungsmittel und damit die Umstülpung der Lage der Staatsfinanzen. Es gelang dem japanischen Staat, die bei Kriegsausbruch nahezu 2,5 Milliarden Yen betragende Staatsschuld restlos zu amortisieren, die im Inlande umlaufenden Noten und Schatzwechsel bis zu 80% ihres Betrages durch Gold zu decken und außerdem über eine Milliarde Yen durch Investierung im Auslande gut verzinslich anzulegen.

Seitdem im fernen Europa der Frieden geschlossen wurde, durch denselben Vertrag, zu dem sich auch das Land des Sonnenaufganges zustimmend verhalten hat, bietet das japanische Wirtschaftsleben mehr und mehr ein völlig verändertes Bild. Alle die emporgewucherten wirtschaftlichen Unternehmungen des Handels und der Industrie, die den Wirtschaftszustand des kriegerischen Japans so außergewöhnlich stipulierten, daß der unaufhörlich kreisende Gang der wirtschaftlichen Betätigung das ganze Land ständig unter Dampf hielt, standen plötzlich unter einer inner mehr sich ausbreitenden Lähmung, als deren Ursache die hartnäckige Stokung des Absatzes anzusehen war. Wenn Zahlen beweisen, so gibt das Vorhandensein von 190 360 Arbeitslosen gegen Ende des Jahres 1921 bei einer Gesamtbevölkerung von nicht ganz 56 Millionen eine deutliche Vorstellung. In zwei Beispielen, der Schiffbauindustrie, die sich im Kriege so besonders stark vergrößerte, und der Textilindustrie, mit dem wichtigsten Industriezweig der japanischen Wirtschaft, ist die gegenwärtige Lage der Industrie zu erkennen. Die Schiffbau- und Werftindustrie ist fast ohne Aufträge. Die Lage ist so trostlos, daß sich das Verkehrsdepartement an das Marineministerium mit dem Ansuchen gewendet hat, Bauaufträge von Kriegsschiffen an die unaufhörlich mit Arbeiter-schwierigkeiten kämpfende private Schiffbauindustrie zu vergeben. Die Entwicklung der japanischen Textilindustrie verhielt die besten Erfolge. Vor einem Vierteljahrhundert betrug der Wert der Ausfuhr an Baumwollgeweben 2 224 000 Yen, im Jahre 1920 dagegen 334 966 000 Yen. Besonders die chinesischen Märkte zeigten sich als ausnahmefähig, so daß die Vertreter der japanischen Textilindustrie dieses Absatzgebiet mehr und mehr ausbauen zu können hofften. Diese Erwartung hat sich jedoch durchaus nicht erfüllt. Durch den Zusammenbruch einer großen Zahl von führenden Firmen der Textilbranche um die Mitte des Jahres 1920 gestaltete sich die Marktlage so ungünstig, daß sich radikale Bestrebungen geltend zu machen begangen, die mit großem Ungestüm die Einführung eines Zollschutzes verlangten, woraus man wohl schließen muß, daß es mit der Beherrschung selbst der ostasiatischen Märkte nicht mehr gar so weit her sein kann.

Welches Bild bietet nun gegenwärtig das japanische Wirtschaftsleben im allgemeinen? Den Stand der W ä h r u n g kann man zwar als erträglich bezeichnen. Ende Januar 1922 lautete die Londoner Notierung des Yen bei einem Paritätsverhältnis Shilling 2,9,16 auf Shilling 2,3,—. Im August 1921 hatte sich der Yen auf Shilling 2,8,— hinaufbewegt. Selbst diese Schwankungen sind zwar für ein Land mit relativ normaler Wirtschaftslage immerhin empfindlich, bleiben jedoch in Grenzen, die den gleichmäßigen Verlauf der wirtschaftlichen Vorgänge nicht erheblich beeinflussen. Der Rückgang des Yen seit August 1921

kann jedoch ein schlimmer Anfang werden, da der Rückgang des Gesamtaußenhandels im ersten Halbjahre 1921 nahezu 50% ausmacht.

Die Entwicklung der inneren Kaufkraft des Landes gestaltete sich im Jahre 1921 in folgender Weise: Es betrug die Lebenshaltungskosten, nachdem vorher ein gewisses Abfallen der Teuerung zu beobachten war, im April 1921 das 2,5-fache, im Oktober 1921 sowie im November desselben Jahres das 2,8—2,9 fache im Vergleich zum Jahre 1913. Der Stand der Reallohne ist ein guter. Trotz mehrfacher Lohnherabsetzungen, die vor allen Dingen in der Schiffbauindustrie vorgenommen wurden, und die wiederholt zu heftigen sozialen Kämpfen, Streiks und Aussperrungen, führten, bewegt sich die allgemeine Lebenshaltung auf einer erträglichen Höhe. Die Ursache ist darin zu suchen, daß, wenigstens vorläufig, die Inlandsmärkte mit allen denjenigen Waren geradezu überschwemmt sind, die die einheimische japanische Industrie im Auslande nicht mehr absetzen kann.

Die unmittelbare Verriegelung der ausländischen Märkte für den Absatz japanischer Waren trägt jedoch nur zum Teil die Ursache an der Stagnation des japanischen Wirtschaftslebens, die sich noch weit mehr verschlimmern kann, als sich vorläufig absehen läßt. Zwar ist die japanische Ausfuhr, z. B. nach Deutschland, nicht unbedeutend gewesen. Sie betrug dem Werte nach im Jahre 1919: 63643 Yen, im Jahre 1920: 1064632 und von Januar bis Oktober 1921: 1967000 Yen. (Gesamtaußenhandel Japans im Jahre 1921 ungefähr 2,9 Milliarden Yen, davon Ausfuhr 1,3 Milliarden Yen.) Viel verhängnisvoller als der Verlust der mitteleuropäischen Märkte sind aber die Wirkungen, die durch die weltwirtschaftspolitische Planlosigkeit des Friedensvertrages von Versailles erzeugt werden. Im Hinblick darauf leidet das japanische Wirtschaftsleben in ähnlicher Weise wie das der Vereinigten Staaten. Der Währungszustand der Mehrzahl der europäischen Länder macht sie nicht nur einfuhrunfähig, sondern zu einer ständigen Gefahr für die Stabilität der Marktlage. Gewolltes und ungewolltes Dumping, letzteres viel häufiger, da ein valutakranker Wirtschaftsorganismus seine Heilung instinktiv durch die Erzielung von Ausfuhrgewinnen suchen wird, verdirbt auf allen Märkten die Preise. Die Abwehrmaßnahmen der betroffenen Staaten (wozu das ganz Europa krankmachende, ewige Auf und Ab der Marktbewise durch die periodische Ableistung der Reparationszahlungen tritt) führen, abgesehen von den unvermeidlichen Rückschlägen auf das eigene Wirtschaftsleben, zu ständigen Unterbrechungen des geregelten Ganges im weltwirtschaftlichen Warenaustausch.

Aus diesen Ursachen war die wirtschaftliche Krise in Japan um die Mitte des Jahres 1920 zu erklären. Anzeichen für eine

Wiederholung dieser Krise haben sich bereits mehrfach gezeigt; wie sie das japanische Wirtschaftsleben überstehen wird, ist nicht abzusehen. Die sozialen Verhältnisse schließen Überraschungen nicht aus. Die Lage der Staatsfinanzen gibt zwar zu Befürchtungen keinen unmittelbaren Anlaß, kann jedoch dann ungünstiger werden, wenn sich das die Basis für das gesamte Wirtschaftsleben bildende Golddeckungsverhältnis durch eine sich vergrößernde Passivität der Handelsbilanz ändern muß. Auch der „Ferne Osten“ kann nur wünschen, daß die unersöhnliche, jeder tieferen Einsicht bare europäische Politik vernünftigeren Erwägungen Platz macht, damit die naturnotwendige Versorgung der wirtschaftstätigen Menschheit mit materiellen und kulturellen Gütern wieder einen geregelten Verlauf nimmt.

Die Ursachen der Zerrüttung der Weltwirtschaft.

Das Bild, das sich aus den vorstehenden Darstellungen von der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Staaten ergibt, zeigt trotz der unterschiedlichen Erscheinungsformen in den verschiedenen Ländern deutlich die Hauptmerkmale der weltwirtschaftlichen Lage nach dem Kriege: den Verfall einer einstmals blühenden, in Gütererzeugung und Austausch sich aufs glücklichste ergänzenden und in diesem Sinne solidarischen internationalen Wirtschaft.

In doppelter Hinsicht endete der Krieg mit Überproduktion: Einmal deshalb, weil während des Krieges nahezu in allen Ländern, auch in den bisher wenig industrialisierten, neue Industrien aufgebaut worden waren. Diese Industrien konnten während des Krieges auf Absatz rechnen, weil der größte Teil der industriellen Welt mit Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt war. Jetzt mußten sie in Norwegen, der Schweiz, Holland, Südamerika, Indien, den Vereinigten Staaten usw. erst ihre Lebensfähigkeit unter normaleren wirtschaftlichen Verhältnissen beweisen. Teilweise gelang dieser Beweis; dort nämlich, wo, wie z. B. in Indien, besondere Umstände tatsächlich vorhandene Möglichkeiten industrieller Produktion bisher unterdrückt hatten. Im allgemeinen hieß es nach Kriegsende: nicht nur Umbau der Kriegswirtschaft auf Friedensproduktion, sondern auch Abbau derjenigen Produktion, die sich nur im Kriege, nicht aber in Friedenszeiten halten konnte. Dieser Prozeß ist bis heute nicht beendet. Ein typisches Beispiel für die durch den Krieg hervorgerufene Über-

produktion bietet die Entwicklung der Handelsflotten während des Krieges. Die Lage des Frachtenmarktes hat jetzt zur Stilllegung eines Teils der Welthandelsflotte geführt.

Dieser Prozeß war umso schmerzlicher, als man die Nachkriegskonjunktur überschätzt hatte. Der Bedarf, den man erwartete, war allerdings da, aber er konnte aus Mangel an Kaufkraft nicht befriedigt werden. So erwiesen sich die großen Warenvorräte, die in den nordischen Ländern und Holland für Deutschland, Mitteleuropa und Rußland aufgespeichert waren, als unverkäuflich, ebenso wie die Läger in Südamerika und Ostasien. Durch diese mißglückte Spekulation des Handels und durch den bald von ihr ausgehenden Preisdruck verschärfte sich naturgemäß der Kampf, den die im Kriege erwachsenen Industrien aller Länder um ihre Existenz führen mußten. Diese mißglückten Handels-transaktionen brachten aber gleichzeitig die Handels- und Zahlungsbilanzen einer ganzen Reihe von Ländern in Unordnung und führte zu Erschütterungen der Valuta dieser Länder und zu oft sehr scharfen Kreditkrisen.

Aber alle diese wirtschaftlichen Krankheitsherde hätten saniert werden können. Das war nur eine Frage der Zeit. Die Läger leerten sich allmählich, und die Industrien bildeten sich zurück. Noch nach jeder Krise, die hervorgerufen worden ist durch übermäßige industrielle Expansion, stand der Produktionsapparat der Welt — soviel auch wieder von ihm hätte abgebaut werden müssen — erweitert da. Aber es gab da Krankheitsherde, die sich nicht heilen ließen, ohne großzügige Maßnahmen internationaler Solidarität. Der eine hieß Rußland, das allmählich aus der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung ausgeschaltet worden war. Diesen Ausfall hätte die Welt, wenn auch unter schweren Zuckungen, noch ertragen. Aber es war da ein zweiter, der hieß Deutschland. Die Ausschaltung Deutschlands aber kann die Welt niemals ertragen, denn Deutschland bedeutet für den Weltmarkt ein Vielfaches von dem, was Rußland bedeutet hat und jemals bedeuten wird. Deutschland war der beste Kunde von Rußland, Norwegen, Holland, Belgien, der Schweiz, Italien und Österreich-Ungarn, zweitbesten von Großbritannien, Schweden und Dänemark, drittbesten von Frankreich. Es war die bedeutendste Zufuhrquelle für Rußland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Holland, die Schweiz, Italien, Österreich-Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Heute steht Deutschland vor der Sorge, ob es seine Rohstoffzufuhr decken kann, um die Ausfuhr im bisherigen Umfange von etwa 4 bis 5 Milliarden Goldmark im Jahr aufrecht erhalten zu können. Und in der Tat ist das fraglich. Denn wie erhält sich eine Wirtschaft, die jährlich mit einer Passivität der Zahlungsbilanz

von 2 Milliarden Goldmark und dazu mit einer beträchtlichen Reparationsbarzahlung zu rechnen hat, die ferner im Inlande noch anderthalb Milliarden Sachleistungen für Reparationszwecke finanzieren soll, aufrecht? Nur durch den Export von Papiermark, durch den das Passivum der Zahlungsbilanz gedeckt wird. Sobald dieser Export von Papiermark aufhört, unmöglich gemacht wird, weil ein Käuferstreit der Ausländer gegen die Mark einsetzt, ist Deutschland tatsächlich vom Weltmarkte verdrängt. Aber auch schon wie die Dinge heute liegen, bedeutet das Erlahmen der deutschen Kaufkraft, zusammen mit dem sonstigen Ausfall an mittel- und osteuropäischer Kaufkraft, die furchtbarste Wunde am Wirtschaftskörper der Welt. Der als Abnehmer versagende Staat wird nun — was die Krise noch verschärft — gleichzeitig bevorzugter Exporteur. Bevorzugt deshalb, weil er infolge seines im Auslande schnell sinkenden Geldwertes, seiner im Inlande langsamer an Kaufkraft verlierenden Währung instande ist, billiger zu liefern, als alle andern Industriestaaten. Die Preisbewegung am Weltmarkt erhält dadurch ständig die Tendenz à la baisse. Je näher die Valuta der Konkurrenzstaaten der Goldparität steht, um so schlimmer für diese. Um so stärker sind sie genötigt, in ihren Preisen nachzulassen, umso schneller gehalten, die inländischen Produktionskosten (Arbeitslöhne) zu ermäßigen. Deutschland, das Land billiger, in fremde Währung umgerechnet, unerhört billiger Arbeit, bestimmt tatsächlich den Punkt, zu dem die Löhne der großen Industriestaaten, soweit sie durch die deutsche Konkurrenz direkt oder indirekt betroffen werden, tendieren.

Was den Zusammenbruch der internationalen Wirtschaft am hellsten beleuchtet, das ist ja die Entwicklung der Valuta der verschiedenen Länder. Aber darüber sollte kein Zweifel bestehen: die Valutakrankheit ist nicht das Hauptleiden. Sie ist die Nebenerscheinung einer tieferen organischen Erkrankung der Staatsfinanzen und der Zahlungsbilanzen, eine Nachwirkung der durch den Krieg und der auf ihn folgenden Friedensverträge verursachten Erschütterung und Verwirrung der einzelnen Volkswirtschaften. Nur wenn der Ursprung der in den vorangegangenen Einzelbarstellungen geschilderten Wirrnisse klar erkannt wird, ist eine allmähliche Gesundung zu erreichen. Immer stärker bricht sich in der Welt die Erkenntnis Bahn, daß die Regelung des Reparationsproblems keine Angelegenheit ist, die lediglich zwischen den in der Entente zusammengeschlossenen Ländern und Deutschland zu ordnen wäre, sondern daß hier ein Problem der Lösung harret, das alle an der Weltwirtschaft beteiligten Staaten gleichmäßig angeht. Es wurde im Verlauf dieser Darstellung nachgewiesen, in welsch außerordentlich schwerwiegender Weise die ungerechte Verteilung der Lasten, wie sie der Friedensvertrag und die auf seiner Grundlage Deutsch-

42. 06. 60

land aufgezwungenen Verpflichtungen darstellen, auf die Gesamtheit der Volkswirtschaften zurückwirkt. Der Lösung dieses Problems wird man näher kommen, wenn endlich darauf verzichtet wird, diese Fragen unter dem politischen Gesichtswinkel zu betrachten, und wenn alle Beteiligten sie als das erkennen, was sie in Wirklichkeit sind: eine Lebensfrage der Weltwirtschaft und damit der Menschheit überhaupt.

Z

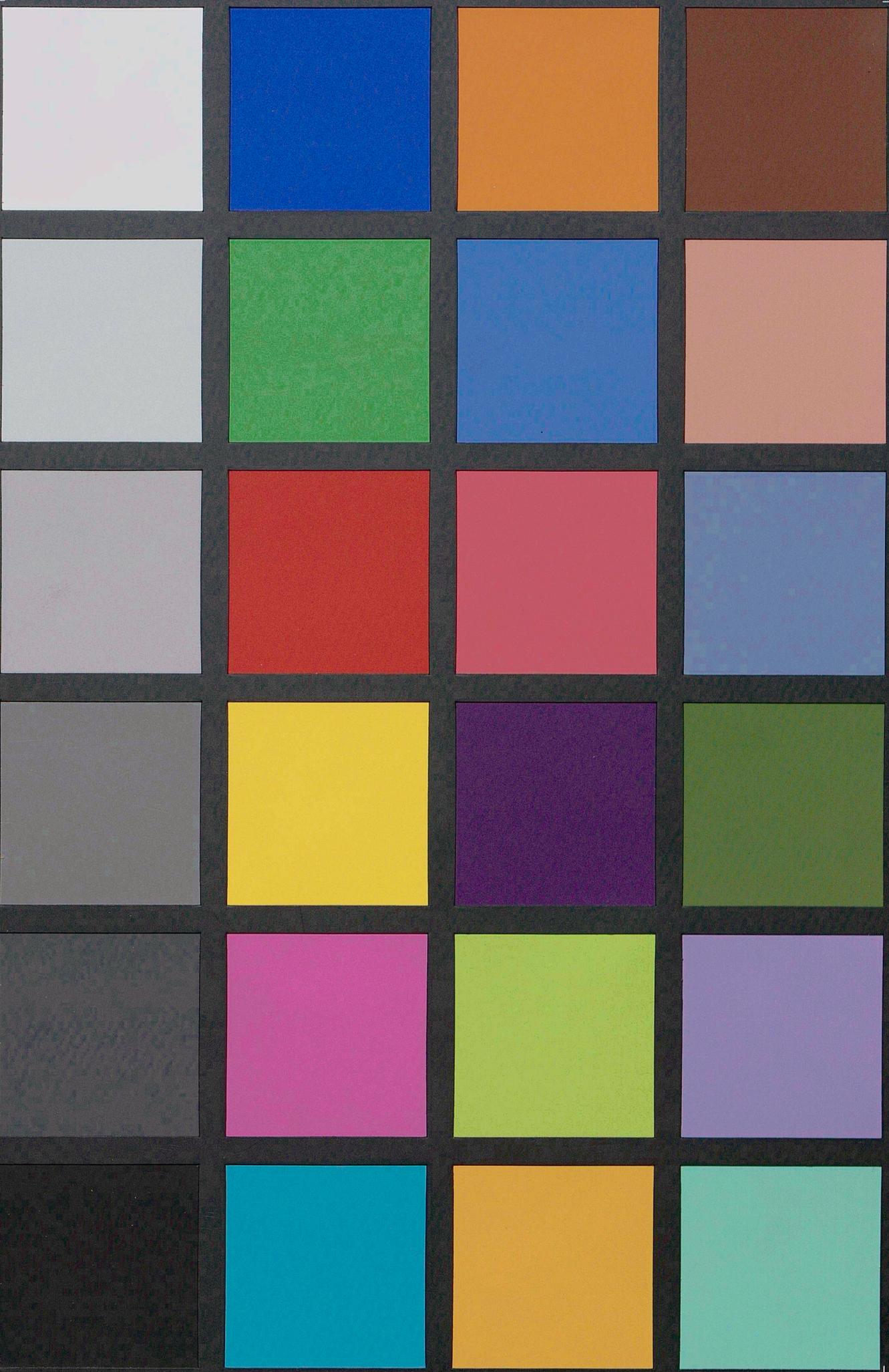
880/80/41395(6)

X13<8041395600011

D 1

x-rite

colorchecker CLASSIC



D 1

Freie Universität  Berlin